Deutscher Bundestag **Drucksache 18/9520**

18. Wahlperiode 05.09.2016

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015

A. Problem und Ziel

Die von Menschen verursachte Klimaänderung und ihre Folgen gefährden weltweit unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Es ist daher erforderlich, die Treibhausgasemissionen aus menschlichen Aktivitäten schnellstmöglich und nachhaltig zu verringern.

Mit der Annahme des Übereinkommens von Paris am 12. Dezember 2015 hat die 21. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen entschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimaänderung beschlossen. Die Vertragsparteien werden immer ambitioniertere Maßnahmen ergreifen, um die Erderwärmung deutlich unter 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten. Es sollen sogar Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C zu begrenzen. Das Übereinkommen formuliert überdies das ehrgeizige Ziel, in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts Treibhausgasneutralität zu erreichen. Neben der Reduzierung von Treibhausgasemissionen steht auch die Anpassung an den Klimawandel im Mittelpunkt des Übereinkommens.

B. Lösung

Zustimmung des Deutschen Bundestages gemäß Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes in Form eines Bundesgesetzes. Das Gesetz bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Durch die Übernahme der sich aus dem Übereinkommen von Paris ergebenden Verpflichtungen werden keine zusätzlichen Kosten für die öffentlichen Haushalte verursacht. Kosten durch Folgeentscheidungen müssen sich in die haushalts- und finanzpolitischen Vorgaben der Bundesregierung einfügen.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Kein Erfüllungsaufwand.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Zusätzliche Kosten für die Wirtschaft sind nicht zu erwarten. Insbesondere Bürokratiekosten aus Informationspflichten sind nicht zu erwarten.

Das Gesetz setzt einen internationalen Vertrag 1:1 um. Daher wird kein Anwendungsfall der „One-in, one-out-Regel“ für neue Regelungsvorhaben der Bundesregierung begründet (siehe Kabinettbeschluss vom 25. März 2015).

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Aus dem Übereinkommen von Paris ergibt sich kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

F. Weitere Kosten

Weitere Kosten beziehungsweise Auswirkungen auf das Preisniveau sind derzeit nicht ersichtlich.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 5. September 2016

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015

mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKRG ist als Anlage 2 beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist dem Bundesrat am 12. August 2016 als besonders eilbedürftig zugeleitet worden.

Die Stellungnahme des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf sowie die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates werden unverzüglich nachgereicht.

Mit freundlichen Grüßen

Angela Merkel

Anlage 1

Entwurf

Gesetz zu dem Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in New York am 22. April 2016 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015 wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 21 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen von Paris ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da es sich, soweit es in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union fällt, auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Übereinkommen von Paris nach seinem Artikel 21 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Durch die Übernahme der sich aus dem Übereinkommen von Paris ergebenden Verpflichtungen werden keine zusätzlichen Kosten für die öffentlichen Haushalte verursacht.

Die Verpflichtung, alle fünf Jahre national festgelegte Klimaschutzbeiträge („nationally determined contributions“) zu erarbeiten, zu übermitteln und nationale Maßnahmen zu ergreifen, um die Ziele dieser Beiträge zu verwirklichen (Artikel 4 Absatz 2), stellt den Vertragsparteien frei, welche Ziele sie sich konkret setzen und welche Maßnahmen zur Umsetzung sie ergreifen. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten werden einen gemeinsamen national festgelegten Beitrag haben. Unionsintern haben sich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten bereits ein Treibhausgasreduzierungsziel von mindestens 40 Prozent bis zum Jahr 2030 im Vergleich zum Jahr 1990 gesetzt (Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 24. Oktober 2014, Dokument EUCO 169/14). Dieses Ziel haben die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten am 6. März 2015 als beabsichtigten national festgelegten Beitrag („intended nationally determined contribution“) vorgelegt (UNFCCC Submission by Latvia and the European Commission on behalf of the European Union and its Member States). Die Entscheidung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten zur internen Aufteilung des gemeinsamen Ziels von mindestens 40 Prozent bis zum Jahr 2030 im Vergleich zum Jahr 1990, die sogenannte Lastenteilungsentscheidung, steht noch aus. Die Europäische Kommission legt hierzu voraussichtlich im Juli 2016 einen Legislativvorschlag vor. Kosten, die die Lastenteilungsentscheidung für die öffentlichen Haushalte verursachen kann, sind im Kontext dieses Legislativvorschlags zu beurteilen. Die Kosten durch das EU-Treibhausgasreduzierungsziel müssen sich in die haushalts- und finanzpolitischen Vorgaben der Bundesregierung einfügen.

Durch die Übernahme der Verpflichtung, finanzielle Mittel bereitzustellen, um in Fortführung der bestehenden Verpflichtungen aus dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen vom 9. Mai 1992 über Klimaänderungen (im Folgenden: Klimarahmenübereinkommen) (BGBl. 1993 II S. 1783, 1784) die Entwicklungsländer bei Minderung und Anpassung zu unterstützen (Artikel 9 Absatz 1), werden keine zusätzlichen Kosten für die öffentlichen Haushalte verursacht. Deutschland muss aufgrund dieser Verpflichtung keine Mittel bereitstellen, die nicht ohnehin bereits nach dem Klimarahmenübereinkommen bereitgestellt werden müssen. In welchem Umfang sich Deutschland darüber hinaus an der vorgesehenen Mobilisierung weiterer Mittel der Klimafinanzierung (Artikel 9 Absatz 3) beteiligt, wird durch das Übereinkommen von Paris nicht vorgegeben. Zur Umsetzung der 2009 in Kopenhagen seitens der Industrieländer getroffenen Zusage sollen ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar Klimafinanzierung mobilisiert werden. Deutschland strebt an, seine Klimafinanzierung bis 2020 in Bezug auf 2014 zu verdoppeln. Hierfür ist im Rahmen des Eckwertebeschlusses in der Finanzplanung Vorsorge getroffen.

Durch die Übernahme der Verpflichtungen, die sich im Zusammenhang mit dem erweiterten Transparenzrahmen (Artikel 13) ergeben, werden keine zusätzlichen Kosten für die öffentlichen Haushalte verursacht. Der erweiterte Transparenzrahmen zielt hinsichtlich der Transparenz für Minderung insbesondere darauf ab, dass zukünftig auch Entwicklungs- und Schwellenländer in dem Umfang Emissionsinventare führen und darüber Bericht erstatten, in dem Industriestaaten dies ohnehin bereits tun (Artikel 13 Absatz 7). Für Deutschland ergeben sich daraus keine zusätzlichen Kosten für die öffentlichen Haushalte. Auch aus der Verpflichtung der Industrieländer, Informationen über die Unterstützung bereitzustellen, die sie Entwicklungsländern gewährt haben (Artikel 13 Absatz 9), ergeben sich keine spezifisch dem Übereinkommen von Paris zuweisbaren zusätzlichen Kosten. Grund hierfür ist, dass im Rahmen der Weiterentwicklung der OECD/DAC-Methodik ohnehin eine detailliertere Berichterstattung in diesem Bereich erforderlich sein wird.

Durch die Übernahme der Verpflichtung, Pläne und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu ergreifen (Artikel 7 Absatz 9), werden unmittelbar keine zusätzlichen Kosten für die öffentlichen Haushalte verursacht. Die Bestimmung ist so offen formuliert, dass sie den Vertragsparteien sehr weitreichend überlässt, wie sie zur Umsetzung tätig werden.

Die Haushalte der Länder und der Gemeinden werden durch die Umsetzung des Übereinkommens von Paris nicht belastet. Zusätzliche Kosten für die Wirtschaft beziehungsweise Auswirkungen auf das Verbraucherpreisniveau sind gegenwärtig nicht zu erwarten.

Mit dem Übereinkommen von Paris sind die klimafreundliche Umgestaltung und Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft feste Größen des wirtschaftlichen Handelns geworden und notwendige Bedingung, um internationale Wettbewerbsfähigkeit zu wahren. Es geht in der Umsetzung des Übereinkommens von Paris nun darum, bei der Transformation zu einer treibhausgasneutralen Wirtschaft und Gesellschaft die dadurch entstehenden Chancen zur Steigerung der Wohlfahrt zu nutzen. Strategisch ausgerichteter Klimaschutz, der auf Innovation und Modernisierung setzt und damit den ohnehin stattfindenden Wandel gestaltet, ist ein entscheidender Antrieb für Lebensqualität und ein Motor für Wohlstand und Beschäftigung.

Übereinkommen von Paris

Paris Agreement

Accord de Paris

(Übersetzung)

The Parties to this Agreement,

Being Parties to the United Nations Framework Convention on Climate Change, hereinafter referred to as "the Convention",

Pursuant to the Durban Platform for Enhanced Action established by decision 1/CP.17 of the Conference of the Parties to the Convention at its seventeenth session,

In pursuit of the objective of the Convention, and being guided by its principles, including the principle of equity and common but differentiated responsibilities and respective capabilities, in the light of different national circumstances,

Recognizing the need for an effective and progressive response to the urgent threat of climate change on the basis of the best available scientific knowledge,

Also recognizing the specific needs and special circumstances of developing country Parties, especially those that are particularly vulnerable to the adverse effects of climate change, as provided for in the Convention,

Taking full account of the specific needs and special situations of the least developed countries with regard to funding and transfer of technology,

Recognizing that Parties may be affected not only by climate change, but also by the impacts of the measures taken in response to it,

Emphasizing the intrinsic relationship that climate change actions, responses and impacts have with equitable access to sustainable development and eradication of poverty,

Recognizing the fundamental priority of safeguarding food security and ending hunger, and the particular vulnerabilities of food production systems to the adverse impacts of climate change,

Les Parties au présent Accord,

Étant Parties à la Convention-cadre des Nations Unies sur les changements climatiques, ci-après dénommée «la Convention»,

Agissant en application de la plateforme de Durban pour une action renforcée adoptée par la décision 1/CP.17 de la Conférence des Parties à la Convention à sa dix-septième session,

Soucieuses d'atteindre l'objectif de la Convention, et guidées par ses principes, y compris le principe de l'équité et des responsabilités communes mais différenciées et des capacités respectives, eu égard aux différentes situations nationales,

Reconnaissant la nécessité d'une riposte efficace et progressive à la menace pressante des changements climatiques en se fondant sur les meilleures connaissances scientifiques disponibles,

Reconnaissant aussi les besoins spécifiques et la situation particulière des pays en développement Parties, surtout de ceux qui sont particulièrement vulnérables aux effets néfastes des changements climatiques, comme le prévoit la Convention,

Tenant pleinement compte des besoins spécifiques et de la situation particulière des pays les moins avancés en ce qui concerne le financement et le transfert de technologies,

Reconnaissant que les Parties peuvent être touchées non seulement par les changements climatiques, mais aussi par les effets des mesures de riposte à ces changements,

Soulignant que l'action et la riposte face aux changements climatiques et les effets des changements climatiques sont intrinsèquement liés à un accès équitable au développement durable et à l'élimination de la pauvreté,

Reconnaissant la priorité fondamentale consistant à protéger la sécurité alimentaire et à venir à bout de la faim, et la vulnérabilité particulière des systèmes de production alimentaire aux effets néfastes des change-

Die Vertragsparteien dieses Übereinkommens –

als Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, im Folgenden als „Rahmenübereinkommen“ bezeichnet,

gestützt auf die durch Beschluss 1/CP.17 der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens auf ihrer siebzehnten Tagung eingerichteten Durban-Plattform für verstärktes Handeln,

in Verfolgung des Zieles des Rahmenübereinkommens und geleitet von seinen Grundsätzen einschließlich des Grundsatzes der Gerechtigkeit und der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten angesichts der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten,

in Anerkennung der Notwendigkeit einer wirksamen und fortschreitenden Reaktion auf die akute Bedrohung durch Klimaänderungen auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse,

zudem in Anerkennung der speziellen Bedürfnisse und besonderen Gegebenheiten der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, vor allem derjenigen, die besonders anfällig für die nachteiligen Auswirkungen der Klimaänderungen sind, wie im Rahmenübereinkommen vorgesehen,

unter voller Berücksichtigung der speziellen Bedürfnisse und der besonderen Lage der am wenigsten entwickelten Länder hinsichtlich der Finanzierung und der Weitergabe von Technologie,

in Anerkennung dessen, dass die Vertragsparteien nicht nur von den Klimaänderungen, sondern auch von den Auswirkungen der zu ihrer Bewältigung ergriffenen Maßnahmen betroffen sein können,

unter Betonung dessen, dass zwischen dem Vorgehen gegen und der Bewältigung von Klimaänderungen und ihren Auswirkungen sowie dem gerechten Zugang zu nachhaltiger Entwicklung und der Beseitigung der Armut ein innerer Zusammenhang besteht,

in Anerkennung dessen, dass die Gewährleistung der Ernährungssicherheit und die Beendigung des Hungers grundsätzlich Vorrang haben und dass die Systeme der Nahrungsmittelerzeugung gegenüber den

ments climatiques,

nachteiligen Auswirkungen der Klimaänderungen besonders anfällig sind,

Taking into account the imperatives of a just transition of the workforce and the creation of decent work and quality jobs in accordance with nationally defined development priorities,

Tenant compte des impératifs d'une transition juste pour la population active et de la création d'emplois décents et de qualité conformément aux priorités de développement définies au niveau national,

unter Berücksichtigung der zwingenden Notwendigkeit eines gerechten Strukturwandels für die arbeitende Bevölkerung und der Schaffung menschenwürdiger Arbeit und hochwertiger Arbeitsplätze im Einklang mit den national festgelegten Entwicklungsprioritäten,

Acknowledging that climate change is a common concern of humankind, Parties should, when taking action to address climate change, respect, promote and consider their respective obligations on human rights, the right to health, the rights of indigenous peoples, local communities, migrants, children, persons with disabilities and people in vulnerable situations and the right to development, as well as gender equality, empowerment of women and intergenerational equity,

Conscientes que les changements climatiques sont un sujet de préoccupation pour l'humanité tout entière et que, lorsqu'elles prennent des mesures face à ces changements, les Parties devraient respecter, promouvoir et prendre en considération leurs obligations respectives concernant les droits de l'Homme, le droit à la santé, les droits des peuples autochtones, des communautés locales, des migrants, des enfants, des personnes handicapées et des personnes en situation vulnérable et le droit au développement, ainsi que l'égalité des sexes, l'autonomisation des femmes et l'équité entre les générations,

in der Erkenntnis, dass die Klimaänderungen die ganze Menschheit mit Sorge erfüllen, sollen die Vertragsparteien beim Vorgehen gegen Klimaänderungen ihre jeweiligen Verpflichtungen im Hinblick auf die Menschenrechte, das Recht auf Gesundheit, die Rechte von indigenen Völkern, lokalen Gemeinschaften, Migranten, Kindern, Menschen mit Behinderungen und besonders schutzbedürftigen Menschen und das Recht auf Entwicklung sowie die Gleichstellung der Geschlechter, die Stärkung der Rolle der Frau und die Gerechtigkeit zwischen den Generationen achten, fördern und berücksichtigen,

Recognizing the importance of the conservation and enhancement, as appropriate, of sinks and reservoirs of the greenhouse gases referred to in the Convention,

Reconnaissant l'importance de la conservation et, le cas échéant, du renforcement des puits et réservoirs des gaz à effet de serre visés dans la Convention,

in Anerkennung der Bedeutung der Erhaltung und gegebenenfalls Erweiterung von Senken und Speichern der im Rahmenübereinkommen genannten Treibhausgase,

Noting the importance of ensuring the integrity of all ecosystems, including oceans, and the protection of biodiversity, recognized by some cultures as Mother Earth, and noting the importance for some of the concept of "climate justice", when taking action to address climate change,

Notant qu'il importe de veiller à l'intégrité de tous les écosystèmes, y compris les océans, et à la protection de la biodiversité, reconnue par certaines cultures comme la Terre nourricière, et notant l'importance pour certains de la notion de «justice climatique», dans l'action menée face aux changements climatiques,

in Anbetracht dessen, wie wichtig es ist, die Integrität aller Ökosysteme einschließlich der Meere und den Schutz der biologischen Vielfalt, in manchen Kulturen als Mutter Erde gewürdigt, zu gewährleisten, und in Anbetracht der großen Bedeutung, die der Begriff „Klimagerechtigkeit" für manche im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen Klimaänderungen hat,

Affirming the importance of education, training, public awareness, public participation, public access to information and cooperation at all levels on the matters addressed in this Agreement,

Affirmant l'importance de l'éducation, de la formation, de la sensibilisation, de la participation du public, de l'accès de la population à l'information et de la coopération à tous les niveaux sur les questions traitées dans le présent Accord,

in Bekräftigung der Bedeutung von Bildung, Ausbildung und öffentlichem Bewusstsein, der Beteiligung der Öffentlichkeit, des öffentlichen Zugangs zu Informationen und der Zusammenarbeit auf allen Ebenen in den von diesem Übereinkommen erfassten Angelegenheiten,

Recognizing the importance of the engagements of all levels of government and various actors, in accordance with respective national legislations of Parties, in addressing climate change,

Reconnaissant l'importance de la participation des pouvoirs publics à tous les niveaux et des divers acteurs, conformément aux législations nationales respectives des Parties, dans la lutte contre les changements climatiques,

in Anerkennung dessen, wie wichtig es ist, dass sich alle staatlichen Ebenen und verschiedene Akteure bei der Bewältigung der Klimaänderungen in Übereinstimmung mit den jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien einbringen,

Also recognizing that sustainable lifestyles and sustainable patterns of consumption and production, with developed country Parties taking the lead, play an important role in addressing climate change,

Reconnaissant également que des modes de vie durables et des modes durables de consommation et de production, les pays développés Parties montrant la voie, jouent un rôle important pour faire face aux changements climatiques,

zudem in der Erkenntnis, dass nachhaltige Lebensweisen und nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, hinsichtlich derer die Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, die Führung übernehmen, eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Klimaänderungen spielen –

Have agreed as follows:

Sont convenues de ce qui suit:

sind wie folgt übereingekommen:

Article 1

For the purpose of this Agreement, the definitions contained in Article 1 of the Convention shall apply. In addition:

(a) "Convention" means the United Nations Framework Convention on Climate Change, adopted in New York on 9 May 1992;

Article premier

Aux fins du présent Accord, les définitions énoncées à l'article premier de la Convention sont applicables. En outre:

a) On entend par «Convention» la Convention-cadre des Nations Unies sur les changements climatiques, adoptée à New York le 9 mai 1992;

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Übereinkommens finden die in Artikel 1 des Rahmenübereinkommens enthaltenen Begriffsbestimmungen Anwendung. Darüber hinaus

a) bedeutet „Rahmenübereinkommen" das am 9. Mai 1992 in New York angenommene Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen;

(b) "Conference of the Parties" means the Conference of the Parties to the Convention;

(c) "Party" means a Party to this Agreement.

b) On entend par «Conférence des Parties» la Conférence des Parties à la Convention;

c) On entend par «Partie» une Partie au présent Accord.

b) bedeutet „Konferenz der Vertragsparteien" die Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens;

c) bedeutet „Vertragspartei" eine Vertragspartei dieses Übereinkommens.

Article 2

1. This Agreement, in enhancing the implementation of the Convention, including its objective, aims to strengthen the global response to the threat of climate change, in the context of sustainable development and efforts to eradicate poverty, including by:

(a) Holding the increase in the global average temperature to well below 2°C above pre-industrial levels and pursuing efforts to limit the temperature increase to 1.5°C above pre-industrial levels, recognizing that this would significantly reduce the risks and impacts of climate change;

(b) Increasing the ability to adapt to the adverse impacts of climate change and foster climate resilience and low greenhouse gas emissions development, in a manner that does not threaten food production; and

(c) Making finance flows consistent with a pathway towards low greenhouse gas emissions and climate-resilient development.

2. This Agreement will be implemented to reflect equity and the principle of common but differentiated responsibilities and respective capabilities, in the light of different national circumstances.

Article 2

1. Le présent Accord, en contribuant à la mise en œuvre de la Convention, notamment de son objectif, vise à renforcer la riposte mondiale à la menace des changements climatiques, dans le contexte du développement durable et de la lutte contre la pauvreté, notamment en:

a) Contenant l'élévation de la température moyenne de la planète nettement en dessous de 2 °C par rapport aux niveaux préindustriels et en poursuivant l'action menée pour limiter l'élévation de la température à 1,5 °C par rapport aux niveaux préindustriels, étant entendu que cela réduirait sensiblement les risques et les effets des changements climatiques;

b) Renforçant les capacités d'adaptation aux effets néfastes des changements climatiques et en promouvant la résilience à ces changements et un développement à faible émission de gaz à effet de serre, d'une manière qui ne menace pas la production alimentaire;

c) Rendant les flux financiers compatibles avec un profil d'évolution vers un développement à faible émission de gaz à effet de serre et résilient aux changements climatiques.

2. Le présent Accord sera appliqué conformément à l'équité et au principe des responsabilités communes mais différenciées et des capacités respectives, eu égard aux différentes situations nationales.

Artikel 2

(1) Dieses Übereinkommen zielt darauf ab, durch Verbesserung der Durchführung des Rahmenübereinkommens einschließlich seines Zieles die weltweite Reaktion auf die Bedrohung durch Klimaänderungen im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung und den Bemühungen zur Beseitigung der Armut zu verstärken, indem unter anderem

a) der Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau gehalten wird und Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, da erkannt wurde, dass dies die Risiken und Auswirkungen der Klimaänderungen erheblich verringern würde;

b) die Fähigkeit zur Anpassung an die nachteiligen Auswirkungen der Klimaänderungen erhöht und die Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimaänderungen sowie eine hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarme Entwicklung so gefördert wird, dass die Nahrungsmittelerzeugung nicht bedroht wird;

c) die Finanzmittelflüsse in Einklang gebracht werden mit einem Weg hin zu einer hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarmen und gegenüber Klimaänderungen widerstandsfähigen Entwicklung.

(2) Dieses Übereinkommen wird als Ausdruck der Gerechtigkeit und des Grundsatzes der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten angesichts der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten durchgeführt.

Article 3

As nationally determined contributions to the global response to climate change, all Parties are to undertake and communicate ambitious efforts as defined in Articles 4, 7, 9, 10, 11 and 13 with the view to achieving the purpose of this Agreement as set out in Article 2. The efforts of all Parties will represent a progression over time, while recognizing the need to support developing country Parties for the effective implementation of this Agreement.

Article 3

À titre de contributions déterminées au niveau national à la riposte mondiale aux changements climatiques, il incombe à toutes les Parties d'engager et de communiquer des efforts ambitieux au sens des articles 4, 7, 9, 10, 11 et 13 en vue de réaliser l'objet du présent Accord tel qu'énoncé à l'article 2. Les efforts de toutes les Parties représenteront une progression dans le temps, tout en reconnaissant la nécessité d'aider les pays en développement Parties pour que le présent Accord soit appliqué efficacement.

Artikel 3

Zur Verwirklichung des in Artikel 2 genannten Zieles dieses Übereinkommens sind von allen Vertragsparteien als national festgelegte Beiträge zu der weltweiten Reaktion auf Klimaänderungen ehrgeizige Anstrengungen im Sinne der Artikel 4, 7, 9, 10, 11 und 13 zu unternehmen und zu übermitteln. Die Anstrengungen aller Vertragsparteien werden im Laufe der Zeit eine Steigerung darstellen, wobei die Notwendigkeit anerkannt wird, die Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, bei der wirksamen Durchführung dieses Übereinkommens zu unterstützen.

Article 4

1. In order to achieve the long-term temperature goal set out in Article 2, Parties aim to reach global peaking of greenhouse gas emissions as soon as possible, recognizing that peaking will take longer for developing country Parties, and to undertake rapid

Article 4

1. En vue d'atteindre l'objectif de température à long terme énoncé à l'article 2, les Parties cherchent à parvenir au plafonnement mondial des émissions de gaz à effet de serre dans les meilleurs délais, étant entendu que le plafonnement prendra davan-

Artikel 4

(1) Zum Erreichen des in Artikel 2 genannten langfristigen Temperaturziels sind die Vertragsparteien bestrebt, so bald wie möglich den weltweiten Scheitelpunkt der Emissionen von Treibhausgasen zu erreichen, wobei anerkannt wird, dass der zeit-

reductions thereafter in accordance with best available science, so as to achieve a balance between anthropogenic emissions by sources and removals by sinks of greenhouse gases in the second half of this century, on the basis of equity, and in the context of sustainable development and efforts to eradicate poverty.

2. Each Party shall prepare, communicate and maintain successive nationally determined contributions that it intends to achieve. Parties shall pursue domestic mitigation measures, with the aim of achieving the objectives of such contributions.

3. Each Party's successive nationally determined contribution will represent a progression beyond the Party's then current nationally determined contribution and reflect its highest possible ambition, reflecting its common but differentiated responsibilities and respective capabilities, in the light of different national circumstances.

4. Developed country Parties should continue taking the lead by undertaking economy-wide absolute emission reduction targets. Developing country Parties should continue enhancing their mitigation efforts, and are encouraged to move over time towards economy-wide emission reduction or limitation targets in the light of different national circumstances.

5. Support shall be provided to developing country Parties for the implementation of this Article, in accordance with Articles 9, 10 and 11, recognizing that enhanced support for developing country Parties will allow for higher ambition in their actions.

6. The least developed countries and small island developing States may prepare and communicate strategies, plans and actions for low greenhouse gas emissions development reflecting their special circumstances.

7. Mitigation co-benefits resulting from Parties' adaptation actions and/or economic diversification plans can contribute to mitigation outcomes under this Article.

8. In communicating their nationally determined contributions, all Parties shall provide the information necessary for clarity, transparency and understanding in accordance with decision 1/CP.21 and any relevant decisions of the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties

tage de temps pour les pays en développement Parties, et à opérer des réductions rapidement par la suite conformément aux meilleures données scientifiques disponibles de façon à parvenir à un équilibre entre les émissions anthropiques par les sources et les absorptions anthropiques par les puits de gaz à effet de serre au cours de la deuxième moitié du siècle, sur la base de l'équité, et dans le contexte du développement durable et de la lutte contre la pauvreté.

2. Chaque Partie établit, communique et actualise les contributions déterminées au niveau national successives qu'elle prévoit de réaliser. Les Parties prennent des mesures internes pour l'atténuation en vue de réaliser les objectifs desdites contributions.

3. La contribution déterminée au niveau national suivante de chaque Partie représentera une progression par rapport à la contribution déterminée au niveau national antérieure et correspondra à son niveau d'ambition le plus élevé possible, compte tenu de ses responsabilités communes mais différenciées et de ses capacités respectives, eu égard aux différentes situations nationales.

4. Les pays développés Parties devraient continuer de montrer la voie en assumant des objectifs de réduction des émissions en chiffres absolus à l'échelle de l'économie. Les pays en développement Parties devraient continuer d'accroître leurs efforts d'atténuation, et sont encouragés à passer progressivement à des objectifs de réduction ou de limitation des émissions à l'échelle de l'économie eu égard aux différentes situations nationales.

5. Un appui est fourni aux pays en développement Parties pour l'application du présent article, conformément aux articles 9, 10 et 11, étant entendu qu'un appui renforcé en faveur des pays en développement Parties leur permettra de prendre des mesures plus ambitieuses.

6. Les pays les moins avancés et les petits États insulaires en développement peuvent établir et communiquer des stratégies, plans et mesures de développement à faible émission de gaz à effet de serre correspondant à leur situation particulière.

7. Les retombées bénéfiques, dans le domaine de l'atténuation, des mesures d'adaptation et/ou des plans de diversification économique des Parties peuvent contribuer aux résultats d'atténuation en application du présent article.

8. En communiquant leurs contributions déterminées au niveau national, toutes les Parties présentent l'information nécessaire à la clarté, la transparence et la compréhension conformément à la décision 1/CP.21 et à toutes les décisions pertinentes de la Conférence des Parties agissant comme

liche Rahmen für das Erreichen des Scheitelpunkts bei den Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, größer sein wird, und danach rasche Reduktionen im Einklang mit den besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnissen herbeizuführen, um in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts ein Gleichgewicht zwischen den anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen und dem Abbau solcher Gase durch Senken auf der Grundlage der Gerechtigkeit und im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung und der Bemühungen zur Beseitigung der Armut herzustellen.

(2) Jede Vertragspartei erarbeitet, übermittelt und behält aufeinanderfolgende national festgelegte Beiträge bei, die sie zu erreichen beabsichtigt. Die Vertragsparteien ergreifen innerstaatliche Minderungsmaßnahmen, um die Ziele dieser Beiträge zu verwirklichen.

(3) Jeder nachfolgende national festgelegte Beitrag einer Vertragspartei wird eine Steigerung gegenüber ihrem zum fraglichen Zeitpunkt geltenden national festgelegten Beitrag darstellen und ihre größtmögliche Ambition unter Berücksichtigung ihrer gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und ihrer jeweiligen Fähigkeiten angesichts der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten ausdrücken.

(4) Die Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, sollen weiterhin die Führung übernehmen, indem sie sich zu absoluten gesamtwirtschaftlichen Emissionsreduktionszielen verpflichten. Die Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, sollen ihre Minderungsanstrengungen weiter verstärken; sie werden ermutigt, mit der Zeit angesichts der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten auf gesamtwirtschaftliche Emissionsreduktions- oder -begrenzungsziele überzugehen.

(5) Den Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, wird Unterstützung bei der Durchführung dieses Artikels in Übereinstimmung mit den Artikeln 9, 10 und 11 gewährt, wobei anerkannt wird, dass eine verstärkte Unterstützung ihnen die Möglichkeit eröffnen wird, sich für ihre Maßnahmen höhere Ambitionen zu setzen.

(6) Die am wenigsten entwickelten Länder und die kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern können Strategien, Pläne und Maßnahmen für eine hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarme Entwicklung erarbeiten und übermitteln, die ihre besonderen Gegebenheiten widerspiegeln.

(7) Der Zusatznutzen für die Minderung, der sich aus den Anpassungsmaßnahmen und/oder Plänen zur wirtschaftlichen Diversifizierung der Vertragsparteien ergibt, kann zu den Minderungsergebnissen aufgrund dieses Artikels beitragen.

(8) Bei der Übermittlung ihrer national festgelegten Beiträge stellen alle Vertragsparteien die erforderlichen Informationen zur Gewährleistung der Eindeutigkeit, Transparenz und Verständlichkeit in Übereinstimmung mit Beschluss 1/CP.21 und allen einschlägigen Beschlüssen der als Tagung der

to this Agreement.

9. Each Party shall communicate a nationally determined contribution every five years in accordance with decision 1/CP.21 and any relevant decisions of the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement and be informed by the outcomes of the global stocktake referred to in Article 14.

10. The Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement shall consider common time frames for nationally determined contributions at its first session.

11. A Party may at any time adjust its existing nationally determined contribution with a view to enhancing its level of ambition, in accordance with guidance adopted by the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement.

12. Nationally determined contributions communicated by Parties shall be recorded in a public registry maintained by the secretariat.

13. Parties shall account for their nationally determined contributions. In accounting for anthropogenic emissions and removals corresponding to their nationally determined contributions, Parties shall promote environmental integrity, transparency, accuracy, completeness, comparability and consistency, and ensure the avoidance of double counting, in accordance with guidance adopted by the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement.

14. In the context of their nationally determined contributions, when recognizing and implementing mitigation actions with respect to anthropogenic emissions and removals, Parties should take into account, as appropriate, existing methods and guidance under the Convention, in the light of the provisions of paragraph 13 of this Article.

15. Parties shall take into consideration in the implementation of this Agreement the concerns of Parties with economies most affected by the impacts of response measures, particularly developing country Parties.

16. Parties, including regional economic integration organizations and their member States, that have reached an agreement to act jointly under paragraph 2 of this Article shall notify the secretariat of the terms of that agreement, including the emission level allocated to each Party within the relevant time period, when they communicate their nationally determined contributions. The secretariat shall in turn inform the Parties

réunion des Parties au présent Accord.

9. Chaque Partie communique une contribution déterminée au niveau national tous les cinq ans conformément à la décision 1/CP.21 et à toutes les décisions pertinentes de la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord de Paris et en tenant compte des résultats du bilan mondial prévu à l'article 14.

10. La Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord examine des calendriers communs pour les contributions déterminées au niveau national à sa première session.

11. Une Partie peut à tout moment modifier sa contribution déterminée au niveau national afin d'en relever le niveau d'ambition, conformément aux directives adoptées par la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord.

12. Les contributions déterminées au niveau national communiquées par les Parties sont consignées dans un registre public tenu par le secrétariat.

13. Les Parties rendent compte de leurs contributions déterminées au niveau national. Dans la comptabilisation des émissions et des absorptions anthropiques correspondant à leurs contributions déterminées au niveau national, les Parties promeuvent l'intégrité environnementale, la transparence, l'exactitude, l'exhaustivité, la comparabilité et la cohérence, et veillent à ce qu'un double comptage soit évité, conformément aux directives adoptées par la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord.

14. Dans le contexte de leurs contributions déterminées au niveau national, lorsqu'elles indiquent et appliquent des mesures d'atténuation concernant les émissions et les absorptions anthropiques, les Parties devraient tenir compte, selon qu'il convient, des méthodes et des directives en vigueur conformément à la Convention, compte tenu des dispositions du paragraphe 13 du présent article.

15. Les Parties tiennent compte, dans la mise en œuvre du présent Accord, des préoccupations des Parties dont l'économie est particulièrement touchée par les effets des mesures de riposte, en particulier les pays en développement Parties.

16. Les Parties, y compris les organisations régionales d'intégration économique et leurs États membres, qui se sont mises d'accord pour agir conjointement en application du paragraphe 2 du présent article, notifient au secrétariat les termes de l'accord pertinent, y compris le niveau d'émissions attribué à chaque Partie pendant la période considérée, au moment de communiquer leurs contributions détermi-

Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien zur Verfügung.

(9) Jede Vertragspartei übermittelt alle fünf Jahre einen national festgelegten Beitrag in Übereinstimmung mit Beschluss 1/CP.21 und allen einschlägigen Beschlüssen der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien; sie wird von den Ergebnissen der in Artikel 14 genannten weltweiten Bestandsaufnahme unterrichtet.

(10) Die als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienende Konferenz der Vertragsparteien prüft auf ihrer ersten Tagung gemeinsame Zeitrahmen für die national festgelegten Beiträge.

(11) Eine Vertragspartei kann ihren bestehenden national festgelegten Beitrag jederzeit in Übereinstimmung mit den Leitlinien, die von der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien beschlossen werden, anpassen, um ihr Ambitionsniveau anzuheben.

(12) Die von den Vertragsparteien übermittelten national festgelegten Beiträge werden in ein vom Sekretariat geführtes öffentliches Register eingetragen.

(13) Die Vertragsparteien rechnen über ihre national festgelegten Beiträge ab. Bei der Abrechnung über die anthropogenen Emissionen und den Abbau entsprechend ihren national festgelegten Beiträgen fördern die Vertragsparteien die Umweltintegrität, Transparenz, Genauigkeit, Vollständigkeit, Vergleichbarkeit sowie Konsistenz und gewährleisten die Vermeidung von Doppelzählungen im Einklang mit den Leitlinien, die von der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien beschlossen werden.

(14) Im Zusammenhang mit ihren national festgelegten Beiträgen sollen die Vertragsparteien bei der Anerkennung und Umsetzung von Minderungsmaßnahmen im Hinblick auf die anthropogenen Emissionen und den Abbau, soweit angemessen, die aufgrund des Rahmenübereinkommens bestehenden Methoden und Leitlinien im Lichte des Absatzes 13 berücksichtigen.

(15) Bei der Durchführung dieses Übereinkommens berücksichtigen die Vertragsparteien die Sorgen derjenigen Vertragsparteien, deren Wirtschaft von den Auswirkungen der Gegenmaßnahmen am stärksten betroffen ist, insbesondere der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind.

(16) Die Vertragsparteien einschließlich der Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration und ihrer Mitgliedstaaten, die eine Vereinbarung getroffen haben, bei der Anwendung des Absatzes 2 gemeinsam zu handeln, notifizieren dem Sekretariat zum Zeitpunkt der Übermittlung ihrer national festgelegten Beiträge die Bedingungen dieser Vereinbarung einschließlich des jeder Vertragspartei innerhalb des betreffenden

and signatories to the Convention of the terms of that agreement.

nées au niveau national. Le secrétariat informe à son tour les Parties à la Convention et les signataires des termes de l'accord.

Zeitraums zugeteilten Emissionsniveaus. Das Sekretariat unterrichtet seinerseits die Vertragsparteien und die Unterzeichner des Rahmenübereinkommens über die Bedingungen der Vereinbarung.

17. Each party to such an agreement shall be responsible for its emission level as set out in the agreement referred to in paragraph 16 of this Article in accordance with paragraphs 13 and 14 of this Article and Articles 13 and 15.

17. Chaque Partie à un accord de ce type est responsable de son niveau d'émissions indiqué dans l'accord visé au paragraphe 16 du présent article conformément aux paragraphes 13 et 14 du présent article et aux articles 13 et 15.

(17) Jede Partei einer solchen Vereinbarung ist in Übereinstimmung mit den Absätzen 13 und 14 dieses Artikels und mit den Artikeln 13 und 15 für ihr Emissionsniveau, das in der in Absatz 16 dieses Artikels bezeichneten Vereinbarung angegeben ist, verantwortlich.

18. If Parties acting jointly do so in the framework of, and together with, a regional economic integration organization which is itself a Party to this Agreement, each member State of that regional economic integration organization individually, and together with the regional economic integration organization, shall be responsible for its emission level as set out in the agreement communicated under paragraph 16 of this Article in accordance with paragraphs 13 and 14 of this Article and Articles 13 and 15.

18. Si des Parties agissant conjointement le font dans le cadre d'une organisation régionale d'intégration économique qui est elle-même partie au présent Accord, et en concertation avec elle, chaque État membre de cette organisation régionale d'intégration économique, à titre individuel et conjointement avec l'organisation régionale d'intégration économique, est responsable de son niveau d'émissions indiqué dans l'accord communiqué en application du paragraphe 16 du présent article conformément aux paragraphes 13 et 14 du présent article et aux articles 13 et 15.

(18) Wenn gemeinsam handelnde Vertragsparteien im Rahmen und zusammen mit einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration handeln, die selbst Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, ist jeder Mitgliedstaat dieser Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration einzeln sowie zusammen mit der Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration in Übereinstimmung mit den Absätzen 13 und 14 dieses Artikels und mit den Artikeln 13 und 15 für sein Emissionsniveau, das in der nach Absatz 16 dieses Artikels notifizierten Vereinbarung angegeben ist, verantwortlich.

19. All Parties should strive to formulate and communicate long-term low greenhouse gas emission development strategies, mindful of Article 2 taking into account their common but differentiated responsibilities and respective capabilities, in the light of different national circumstances.

19. Toutes les Parties devraient s'employer à formuler et communiquer des stratégies à long terme de développement à faible émission de gaz à effet de serre, en gardant à l'esprit l'article 2 compte tenu de leurs responsabilités communes mais différenciées et de leurs capacités respectives, eu égard aux différentes situations nationales.

(19) Eingedenk des Artikels 2 und unter Berücksichtigung ihrer gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten angesichts der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten sollen sich alle Vertragsparteien um die Ausarbeitung und Übermittlung langfristiger Strategien für eine hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarme Entwicklung bemühen.

Article 5

1. Parties should take action to conserve and enhance, as appropriate, sinks and reservoirs of greenhouse gases as referred to in Article 4, paragraph 1(d), of the Convention, including forests.

2. Parties are encouraged to take action to implement and support, including through results-based payments, the existing framework as set out in related guidance and decisions already agreed under the Convention for: policy approaches and positive incentives for activities relating to reducing emissions from deforestation and forest degradation, and the role of conservation, sustainable management of forests and enhancement of forest carbon stocks in developing countries; and alternative policy approaches, such as joint mitigation and adaptation approaches for the integral and sustainable management of forests, while reaffirming the importance of incentivizing, as appropriate, non-carbon benefits associated with such approaches.

Article 5

1. Les Parties devraient prendre des mesures pour conserver et, le cas échéant, renforcer les puits et réservoirs de gaz à effet de serre comme le prévoit l'alinéa d) du paragraphe 1 de l'article 4 de la Convention, notamment les forêts.

2. Les Parties sont invitées à prendre des mesures pour appliquer et étayer, notamment par des versements liés aux résultats, le cadre existant défini dans les directives et les décisions pertinentes déjà adoptées en vertu de la Convention pour: les démarches générales et les mesures d'incitation positive concernant les activités liées à la réduction des émissions résultant du déboisement et de la dégradation des forêts, et le rôle de la conservation, de la gestion durable des forêts et de l'accroissement des stocks de carbone forestiers dans les pays en développement; et d'autres démarches générales, notamment des démarches conjointes en matière d'atténuation et d'adaptation pour la gestion intégrale et durable des forêts, tout en réaffirmant qu'il importe de promouvoir, selon qu'il convient, les avantages non liés au carbone associés à de telles démarches.

Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien sollen Maßnahmen zur Erhaltung und gegebenenfalls Verbesserung von Senken und Speichern von Treibhausgasen, darunter Wälder, nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe d des Rahmenübereinkommens ergreifen.

(2) Die Vertragsparteien werden ermutigt, unter anderem durch ergebnisbasierte Zahlungen Maßnahmen zur Umsetzung und Unterstützung des vorhandenen Rahmens zu ergreifen, der durch die aufgrund des Rahmenübereinkommens bereits vereinbarten diesbezüglichen Leitlinien und Beschlüsse geschaffen wurde, und zwar im Hinblick auf Politikansätze und positive Anreize für Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Reduktion der Emissionen aufgrund der Entwaldung und der Verschlechterung des Zustands der Wälder und die Rolle der Erhaltung und nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder und die Erhöhung der in ihnen gespeicherten Kohlenstoffvorräte in den Entwicklungsländern sowie im Hinblick auf alternative Politikansätze wie etwa gemeinsame Minderungs- und Anpassungsansätze für die integrierte und nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder, wobei erneut bekräftigt wird, wie wichtig gegebenenfalls die Förderung des mit diesen Ansätzen verbundenen Nutzens des Waldes über seine Funktion als Kohlenstoffspeicher hinaus durch bestimmte Anreize ist.

Article 6

1. Parties recognize that some Parties choose to pursue voluntary cooperation in the implementation of their nationally determined contributions to allow for higher ambition in their mitigation and adaptation actions and to promote sustainable development and environmental integrity.

2. Parties shall, where engaging on a voluntary basis in cooperative approaches that involve the use of internationally transferred mitigation outcomes towards nationally determined contributions, promote sustainable development and ensure environmental integrity and transparency, including in governance, and shall apply robust accounting to ensure, inter alia, the avoidance of double counting, consistent with guidance adopted by the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement.

3. The use of internationally transferred mitigation outcomes to achieve nationally determined contributions under this Agreement shall be voluntary and authorized by participating Parties.

4. A mechanism to contribute to the mitigation of greenhouse gas emissions and support sustainable development is hereby established under the authority and guidance of the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement for use by Parties on a voluntary basis. It shall be supervised by a body designated by the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement, and shall aim:

(a) To promote the mitigation of greenhouse gas emissions while fostering sustainable development;

(b) To incentivize and facilitate participation in the mitigation of greenhouse gas emissions by public and private entities authorized by a Party;

(c) To contribute to the reduction of emission levels in the host Party, which will benefit from mitigation activities resulting in emission reductions that can also be used by another Party to fulfil its nationally determined contribution; and

(d) To deliver an overall mitigation in global emissions.

5. Emission reductions resulting from the mechanism referred to in paragraph 4 of this Article shall not be used to demonstrate

Article 6

1. Les Parties reconnaissent que certaines Parties décident de coopérer volontairement dans la mise en œuvre de leurs contributions déterminées au niveau national pour relever le niveau d'ambition de leurs mesures d'atténuation et d'adaptation et pour promouvoir le développement durable et l'intégrité environnementale.

2. Les Parties, lorsqu'elles mènent à titre volontaire des démarches concertées passant par l'utilisation de résultats d'atténuation transférés au niveau international aux fins des contributions déterminées au niveau national, promeuvent le développement durable et garantissent l'intégrité environnementale et la transparence, y compris en matière de gouvernance, et appliquent un système fiable de comptabilisation, afin notamment d'éviter un double comptage, conformément aux directives adoptées par la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord.

3. L'utilisation de résultats d'atténuation transférés au niveau international pour réaliser les contributions déterminées au niveau national en vertu du présent Accord revêt un caractère volontaire et est soumise à l'autorisation des Parties participantes.

4. Il est établi un mécanisme pour contribuer à l'atténuation des émissions de gaz à effet de serre et promouvoir le développement durable, placé sous l'autorité de la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord, dont il suit les directives, à l'intention des Parties, qui l'utilisent à titre volontaire. Il est supervisé par un organe désigné par la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord, et a pour objet de:

a) Promouvoir l'atténuation des émissions de gaz à effet de serre tout en favorisant le développement durable;

b) Promouvoir et faciliter la participation à l'atténuation des gaz à effet de serre d'entités publiques et privées autorisées par une Partie;

c) Contribuer à la réduction des niveaux d'émissions dans la Partie hôte, qui bénéficiera d'activités d'atténuation donnant lieu à des réductions d'émissions qui peuvent aussi être utilisées par une autre Partie pour remplir sa contribution déterminée au niveau national;

d) Permettre une atténuation globale des émissions mondiales.

5. Les réductions d'émissions résultant du mécanisme visé au paragraphe 4 du présent article ne sont pas utilisées pour

Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien erkennen an, dass sich manche von ihnen für eine freiwillige Zusammenarbeit bei der Umsetzung ihrer national festgelegten Beiträge entscheiden, um sich für ihre Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen höhere Ambitionen setzen zu können und um die nachhaltige Entwicklung und die Umweltintegrität zu fördern.

(2) Beteiligen sich Vertragsparteien auf freiwilliger Grundlage an kooperativen Ansätzen, die die Verwendung international übertragener Minderungsergebnisse zum Erreichen der national festgelegten Beiträge beinhalten, so fördern sie die nachhaltige Entwicklung und gewährleisten die Umweltintegrität und die Transparenz, auch beim Verwaltungshandeln; sie wenden im Einklang mit den Leitlinien, die von der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien beschlossen wurden, ein verlässliches Abrechnungsverfahren an, um unter anderem die Vermeidung von Doppelzählungen zu gewährleisten.

(3) Die Verwendung international übertragener Minderungsergebnisse zum Erreichen der national festgelegten Beiträge nach diesem Übereinkommen ist freiwillig und bedarf der Genehmigung durch die teilnehmenden Vertragsparteien.

(4) Hiermit wird ein Mechanismus zur Minderung der Emissionen von Treibhausgasen und zur Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung unter der Weisungsbefugnis und Leitung der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien eingesetzt, der von den Vertragsparteien auf freiwilliger Grundlage genutzt werden kann. Er wird von einem Gremium beaufsichtigt, das von der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien bestimmt wird, und ist darauf gerichtet,

a) die Minderung der Emissionen von Treibhausgasen zu fördern und gleichzeitig die nachhaltige Entwicklung zu unterstützen;

b) die Beteiligung der durch eine Vertragspartei ermächtigten öffentlichen und privaten Rechtsträger an der Minderung der Emissionen von Treibhausgasen durch bestimmte Anreize zu fördern und zu erleichtern;

c) zur Absenkung des Emissionsniveaus bei der als Gastland dienenden Vertragspartei beizutragen, die Nutzen aus den Minderungstätigkeiten ziehen wird, aus denen sich Emissionsreduktionen ergeben, die auch von einer anderen Vertragspartei zur Erfüllung ihres national festgelegten Beitrags verwendet werden können;

d) eine allgemeine Minderung der weltweiten Emissionen zu erreichen.

(5) Die Emissionsreduktionen, die sich aus dem in Absatz 4 genannten Mechanismus ergeben, dürfen nicht zum Nachweis

achievement of the host Party's nationally determined contribution if used by another Party to demonstrate achievement of its nationally determined contribution.

établir la réalisation de la contribution déterminée au niveau national de la Partie hôte, si elles sont utilisées par une autre Partie pour établir la réalisation de sa propre contribution déterminée au niveau national.

des Erreichens des national festgelegten Beitrags der als Gastland dienenden Vertragspartei verwendet werden, wenn sie von einer anderen Vertragspartei zum Nachweis des Erreichens ihres national festgelegten Beitrags verwendet werden.

6. The Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement shall ensure that a share of the proceeds from activities under the mechanism referred to in paragraph 4 of this Article is used to cover administrative expenses as well as to assist developing country Parties that are particularly vulnerable to the adverse effects of climate change to meet the costs of adaptation.

6. La Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord de Paris veille à ce qu'une part des fonds provenant d'activités menées au titre du mécanisme visé au paragraphe 4 du présent article soit utilisée pour couvrir les dépenses administratives ainsi que pour aider les pays en développement Parties qui sont particulièrement vulnérables aux effets néfastes des changements climatiques à financer le coût de l'adaptation.

(6) Die als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienende Konferenz der Vertragsparteien stellt sicher, dass ein Teil der Erlöse aus Tätigkeiten im Rahmen des in Absatz 4 genannten Mechanismus dazu verwendet wird, die Verwaltungskosten zu decken sowie die für die nachteiligen Auswirkungen der Klimaänderungen besonders anfälligen Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, dabei zu unterstützen, die Anpassungskosten zu tragen.

7. The Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement shall adopt rules, modalities and procedures for the mechanism referred to in paragraph 4 of this Article at its first session.

7. La Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord de Paris adopte des règles, des modalités et des procédures pour le mécanisme visé au paragraphe 4 du présent article à sa première session.

(7) Die als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienende Konferenz der Vertragsparteien beschließt auf ihrer ersten Tagung Regeln, Modalitäten und Verfahren für den in Absatz 4 genannten Mechanismus.

8. Parties recognize the importance of integrated, holistic and balanced non-market approaches being available to Parties to assist in the implementation of their nationally determined contributions, in the context of sustainable development and poverty eradication, in a coordinated and effective manner, including through, inter alia, mitigation, adaptation, finance, technology transfer and capacity-building, as appropriate. These approaches shall aim to:

(a) Promote mitigation and adaptation ambition;

(b) Enhance public and private sector participation in the implementation of nationally determined contributions; and

(c) Enable opportunities for coordination across instruments and relevant institutional arrangements.

8. Les Parties reconnaissent l'importance de disposer de démarches non fondées sur le marché intégrées, globales et équilibrées pour les aider dans la mise en œuvre de leur contribution déterminée au niveau national, dans le contexte du développement durable et de l'élimination de la pauvreté, d'une manière coordonnée et efficace, notamment par l'atténuation, l'adaptation, le financement, le transfert de technologies et le renforcement des capacités, selon qu'il convient. Ces démarches visent à:

a) Promouvoir l'ambition en matière d'atténuation et d'adaptation;

b) Renforcer la participation des secteurs public et privé à la mise en œuvre des contributions déterminées au niveau national;

c) Faciliter des possibilités de coordination entre les instruments et les dispositifs institutionnels pertinents.

(8) Die Vertragsparteien erkennen an, wie wichtig es ist, dass ihnen integrierte, ganzheitliche und ausgewogene nicht marktbasierte Ansätze zur Verfügung stehen, die sie bei der Umsetzung ihrer national festgelegten Beiträge im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung und der Beseitigung der Armut in abgestimmter und wirksamer Weise, unter anderem durch Minderung, Anpassung, Finanzierung, Weitergabe von Technologie und Aufbau von Kapazitäten, soweit angemessen, unterstützen. Diese Ansätze sind darauf gerichtet,

a) die Ambition auf dem Gebiet der Minderung und Anpassung zu fördern;

b) die Beteiligung des öffentlichen und des privaten Sektors an der Umsetzung der national festgelegten Beiträge zu verbessern;

c) Gelegenheiten für eine Koordinierung zwischen den Instrumenten und den einschlägigen institutionellen Regelungen zu ermöglichen.

9. A framework for non-market approaches to sustainable development is hereby defined to promote the non-market approaches referred to in paragraph 8 of this Article.

9. Il est défini un cadre pour les démarches non fondées sur le marché en matière de développement durable afin de promouvoir les démarches non fondées sur le marché visées au paragraphe 8 du présent article.

(9) Hiermit wird ein Rahmen für nicht marktbasierte Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung festgelegt, um die in Absatz 8 genannten nicht marktbasierten Ansätze zu fördern.

Article 7

1. Parties hereby establish the global goal on adaptation of enhancing adaptive capacity, strengthening resilience and reducing vulnerability to climate change, with a view to contributing to sustainable development and ensuring an adequate adaptation response in the context of the temperature goal referred to in Article 2.

2. Parties recognize that adaptation is a global challenge faced by all with local, subnational, national, regional and inter-

Article 7

1. Les Parties établissent l'objectif mondial en matière d'adaptation consistant à renforcer les capacités d'adaptation, à accroître la résilience aux changements climatiques et à réduire la vulnérabilité à ces changements, en vue de contribuer au développement durable et de garantir une riposte adéquate en matière d'adaptation dans le contexte de l'objectif de température énoncé à l'article 2.

2. Les Parties reconnaissent que l'adaptation est un défi mondial qui se pose à tous, comportant des dimensions locales,

Artikel 7

(1) Hiermit legen die Vertragsparteien das globale Ziel für die Anpassung durch die Verbesserung der Anpassungsfähigkeit, die Stärkung der Widerstandsfähigkeit und die Verringerung der Anfälligkeit gegenüber Klimaänderungen fest, um einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten und eine angemessene Reaktion auf dem Gebiet der Anpassung im Zusammenhang mit dem in Artikel 2 genannten Temperaturziel zu gewährleisten.

(2) Die Vertragsparteien erkennen an, dass die Anpassung für alle eine weltweite Herausforderung mit lokalen, subnationalen,

national dimensions, and that it is a key component of and makes a contribution to the long-term global response to climate change to protect people, livelihoods and ecosystems, taking into account the urgent and immediate needs of those developing country Parties that are particularly vulnerable to the adverse effects of climate change.

3. The adaptation efforts of developing country Parties shall be recognized, in accordance with the modalities to be adopted by the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement at its first session.

4. Parties recognize that the current need for adaptation is significant and that greater levels of mitigation can reduce the need for additional adaptation efforts, and that greater adaptation needs can involve greater adaptation costs.

5. Parties acknowledge that adaptation action should follow a country-driven, gender-responsive, participatory and fully transparent approach, taking into consideration vulnerable groups, communities and ecosystems, and should be based on and guided by the best available science and, as appropriate, traditional knowledge, knowledge of indigenous peoples and local knowledge systems, with a view to integrating adaptation into relevant socioeconomic and environmental policies and actions, where appropriate.

6. Parties recognize the importance of support for and international cooperation on adaptation efforts and the importance of taking into account the needs of developing country Parties, especially those that are particularly vulnerable to the adverse effects of climate change.

7. Parties should strengthen their cooperation on enhancing action on adaptation, taking into account the Cancun Adaptation Framework, including with regard to:

(a) Sharing information, good practices, experiences and lessons learned, including, as appropriate, as these relate to science, planning, policies and implementation in relation to adaptation actions;

(b) Strengthening institutional arrangements, including those under the Convention that serve this Agreement, to support the synthesis of relevant information and knowledge, and the provision of

infranationales, nationales, régionales et internationales, et que c'est un élément clef de la riposte mondiale à long terme face aux changements climatiques, à laquelle elle contribue, afin de protéger les populations, les moyens d'existence et les écosystèmes, en tenant compte des besoins urgents et immédiats des pays en développement Parties qui sont particulièrement vulnérables aux effets néfastes des changements climatiques.

3. Les efforts d'adaptation des pays en développement Parties sont reconnus conformément aux modalités qui seront adoptées par la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord, à sa première session.

4. Les Parties reconnaissent que le besoin actuel d'adaptation est important, que des niveaux d'atténuation plus élevés peuvent réduire la nécessité d'efforts supplémentaires d'adaptation, et que des besoins d'adaptation plus élevés peuvent entraîner des coûts d'adaptation plus importants.

5. Les Parties reconnaissent que l'action pour l'adaptation devrait suivre une démarche impulsée par les pays, sensible à l'égalité des sexes, participative et totalement transparente, prenant en considération les groupes, les communautés et les écosystèmes vulnérables, et devrait tenir compte et s'inspirer des meilleures données scientifiques disponibles et, selon qu'il convient, des connaissances traditionnelles, du savoir des peuples autochtones et des systèmes de connaissances locaux, en vue d'intégrer l'adaptation dans les politiques et les mesures socioéconomiques et environnementales pertinentes, s'il y a lieu.

6. Les Parties reconnaissent l'importance de l'appui et de la coopération internationale aux efforts d'adaptation et la nécessité de prendre en considération les besoins des pays en développement Parties, notamment de ceux qui sont particulièrement vulnérables aux effets néfastes des changements climatiques.

7. Les Parties devraient intensifier leur coopération en vue d'améliorer l'action pour l'adaptation, compte tenu du Cadre de l'adaptation de Cancún, notamment afin:

a) D'échanger des renseignements, des bonnes pratiques, des expériences et des enseignements, y compris, selon qu'il convient, pour ce qui est des connaissances scientifiques, de la planification, des politiques et de la mise en œuvre relatives aux mesures d'adaptation;

b) De renforcer les dispositifs institutionnels, notamment ceux relevant de la Convention qui concourent à l'application du présent Accord, pour faciliter la synthèse des informations et des

nationalen, regionalen und internationalen Dimensionen ist und dass sie als Schlüsselfaktor einen Beitrag zu der langfristigen weltweiten Reaktion auf die Klimaänderungen zum Schutz der Menschen, der Existenzgrundlagen und der Ökosysteme leistet, wobei die vordringlichen und unmittelbaren Bedürfnisse der für die nachteiligen Auswirkungen der Klimaänderungen besonders anfälligen Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, berücksichtigt werden.

(3) Die Anpassungsbemühungen der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, werden im Einklang mit den Modalitäten anerkannt, die von der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien auf ihrer ersten Tagung zu beschließen sind.

(4) Die Vertragsparteien erkennen an, dass der derzeitige Anpassungsbedarf erheblich ist, dass sich durch ein höheres Minderungsniveau die Notwendigkeit zusätzlicher Anpassungsbemühungen verringern kann und dass ein höherer Anpassungsbedarf höhere Anpassungskosten mit sich bringen kann.

(5) Die Vertragsparteien bestätigen, dass mit den Anpassungsmaßnahmen ein von den Ländern ausgehender, geschlechtergerechter, partizipatorischer und vollständig transparenter Ansatz unter Berücksichtigung von besonders schutzbedürftigen Gruppen, Gemeinschaften und Ökosystemen verfolgt werden soll und dass die Anpassungsmaßnahmen auf die besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und gegebenenfalls traditionelles Wissen, das Wissen indigener Völker und lokale Wissenssysteme gegründet und ausgerichtet sein sollen, um zu erreichen, dass die Anpassung, soweit angemessen, in die einschlägigen sozioökonomischen und umweltrelevanten Politiken und Maßnahmen einbezogen wird.

(6) Die Vertragsparteien erkennen an, wie wichtig Unterstützung und internationale Zusammenarbeit bei Anpassungsbemühungen sind, und wie wichtig es ist, die Bedürfnisse der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, vor allem derjenigen, die besonders anfällig für die nachteiligen Auswirkungen der Klimaänderungen sind, zu berücksichtigen.

(7) Die Vertragsparteien sollen ihre Zusammenarbeit bei der Verstärkung der Anpassungsbemühungen unter Berücksichtigung des Anpassungsrahmens von Cancún intensivieren, auch im Hinblick auf

a) den Austausch von Informationen, bewährten Verfahren, Erfahrungen und Erkenntnissen, gegebenenfalls auch solcher, die sich auf die Wissenschaft, die Planung, die Politik und die Umsetzung im Zusammenhang mit Anpassungsmaßnahmen beziehen;

b) die Stärkung der institutionellen Regelungen einschließlich derjenigen aufgrund des Rahmenübereinkommens, die diesem Übereinkommen dienen, um die Zusammenführung der einschlägi-

technical support and guidance to Parties;

(c) Strengthening scientific knowledge on climate, including research, systematic observation of the climate system and early warning systems, in a manner that informs climate services and supports decision-making;

(d) Assisting developing country Parties in identifying effective adaptation practices, adaptation needs, priorities, support provided and received for adaptation actions and efforts, and challenges and gaps, in a manner consistent with encouraging good practices; and

(e) Improving the effectiveness and durability of adaptation actions.

8. United Nations specialized organizations and agencies are encouraged to support the efforts of Parties to implement the actions referred to in paragraph 7 of this Article, taking into account the provisions of paragraph 5 of this Article.

9. Each Party shall, as appropriate, engage in adaptation planning processes and the implementation of actions, including the development or enhancement of relevant plans, policies and/or contributions, which may include:

(a) The implementation of adaptation actions, undertakings and/or efforts;

(b) The process to formulate and implement national adaptation plans;

(c) The assessment of climate change impacts and vulnerability, with a view to formulating nationally determined prioritized actions, taking into account vulnerable people, places and ecosystems;

(d) Monitoring and evaluating and learning from adaptation plans, policies, programmes and actions; and

(e) Building the resilience of socioeconomic and ecological systems, including through economic diversification and sustainable management of natural resources.

10. Each Party should, as appropriate, submit and update periodically an adaptation communication, which may include its priorities, implementation and support needs, plans and actions, without creating any additional burden for developing country Parties.

connaissances pertinentes et la fourniture d'un appui et de conseils techniques aux Parties;

c) D'améliorer les connaissances scientifiques sur le climat, y compris la recherche, l'observation systématique du système climatique et les systèmes d'alerte précoce, d'une manière qui soutienne les services climatiques et appuie la prise de décisions;

d) D'aider les pays en développement Parties à recenser les pratiques efficaces et les besoins en matière d'adaptation, les priorités, l'appui fourni et l'appui reçu aux mesures et efforts d'adaptation, ainsi que les problèmes et les lacunes selon des modalités qui promeuvent les bonnes pratiques;

e) D'accroître l'efficacité et la pérennité des mesures d'adaptation.

8. Les institutions et les organismes spécialisés des Nations Unies sont invités à appuyer les efforts des Parties visant à réaliser les mesures définies au paragraphe 7 du présent article, compte tenu des dispositions du paragraphe 5 du présent article.

9. Chaque Partie entreprend, selon qu'il convient, des processus de planification de l'adaptation et met en œuvre des mesures qui consistent notamment à mettre en place ou à renforcer des plans, politiques et/ou contributions utiles, y compris en faisant intervenir:

a) La réalisation de mesures, d'engagements et/ou d'efforts dans le domaine de l'adaptation;

b) Le processus visant à formuler et réaliser des plans nationaux d'adaptation;

c) L'évaluation des effets des changements climatiques et de la vulnérabilité à ces changements en vue de formuler des mesures prioritaires déterminées au niveau national, compte tenu des populations, des lieux et des écosystèmes vulnérables;

d) Le suivi et l'évaluation des plans, des politiques, des programmes et des mesures d'adaptation et les enseignements à retenir;

e) Le renforcement de la résilience des systèmes socioéconomiques et écologiques, notamment par la diversification économique et la gestion durable des ressources naturelles.

10. Chaque Partie devrait, selon qu'il convient, présenter et actualiser périodiquement une communication relative à l'adaptation, où pourront figurer ses priorités, ses besoins en matière de mise en œuvre et d'appui, ses projets et ses mesures, sans imposer de charge

gen Informationen und Kenntnisse und die Gewährung technischer Unterstützung und Beratung an die Vertragsparteien zu erleichtern;

c) die Verbesserung der klimawissenschaftlichen Erkenntnisse unter Einbeziehung der Forschung, der systematischen Beobachtung des Klimasystems und der Frühwarnsysteme in einer den Klimadiensten als Grundlage dienenden und die Entscheidungsfindung unterstützenden Weise;

d) die Unterstützung der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, bei der Bestimmung wirksamer Anpassungsverfahren, des Anpassungsbedarfs, der Prioritäten, der gewährten und erhaltenen Unterstützung für Anpassungsmaßnahmen und -bemühungen sowie der Probleme und Lücken in einer mit der Förderung bewährter Verfahren im Einklang stehenden Weise;

e) die Verbesserung der Wirksamkeit und Dauerhaftigkeit der Anpassungsmaßnahmen.

(8) Die Sonderorganisationen und die anderen Organisationen der Vereinten Nationen werden ermutigt, die Bemühungen der Vertragsparteien zur Durchführung der in Absatz 7 genannten Maßnahmen unter Berücksichtigung des Absatzes 5 zu unterstützen.

(9) Jede Vertragspartei befasst sich gegebenenfalls mit Prozessen zur Planung der Anpassung und der Durchführung von Maßnahmen einschließlich der Ausarbeitung oder Verbesserung einschlägiger Pläne, Politiken und/oder Beiträge, wozu Folgendes gehören kann:

a) die Durchführung von Anpassungsmaßnahmen, -projekten und/oder -bemühungen;

b) der Prozess der Erstellung und Umsetzung nationaler Anpassungspläne;

c) die Abschätzung der Auswirkungen der Klimaänderungen und der Anfälligkeit gegenüber den Klimaänderungen, um die national festgelegten Vorrangmaßnahmen unter Berücksichtigung der besonders gefährdeten Menschen, Orte und Ökosysteme festzulegen;

d) die Überwachung und Bewertung der Anpassungspläne, -politiken, -programme und -maßnahmen und der damit verbundene Erkenntnisgewinn;

e) die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der sozioökonomischen und ökologischen Systeme, unter anderem durch wirtschaftliche Diversifizierung und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen.

(10) Jede Vertragspartei soll gegebenenfalls regelmäßig eine Anpassungsmitteilung, die ihre Prioritäten, ihren Durchführungs- und Unterstützungsbedarf, ihre Pläne und Maßnahmen enthalten kann, vorlegen und auf den neuesten Stand bringen, wobei für die Vertragsparteien, die Entwicklungslän-

supplémentaire aux pays en développement Parties.

der sind, keine zusätzliche Belastung entstehen soll.

11. The adaptation communication referred to in paragraph 10 of this Article shall be, as appropriate, submitted and updated periodically, as a component of or in conjunction with other communications or documents, including a national adaptation plan, a nationally determined contribution as referred to in Article 4, paragraph 2, and/or a national communication.

11. La communication relative à l'adaptation dont il est question au paragraphe 10 du présent article est, selon qu'il convient, soumise et actualisée périodiquement, intégrée à d'autres communications ou documents ou présentée parallèlement, notamment dans un plan national d'adaptation, dans une contribution déterminée au niveau national conformément au paragraphe 2 de l'article 4, et/ou dans une communication nationale.

(11) Die in Absatz 10 genannte Anpassungsmitteilung wird gegebenenfalls als Bestandteil von oder in Verbindung mit anderen Mitteilungen oder Dokumenten, darunter auch einem nationalen Anpassungsplan, einem national festgelegten Beitrag im Sinne des Artikels 4 Absatz 2 und/oder einer nationalen Mitteilung, vorgelegt und regelmäßig auf den neuesten Stand gebracht.

12. The adaptation communications referred to in paragraph 10 of this Article shall be recorded in a public registry maintained by the secretariat.

12. La communication relative à l'adaptation mentionnée au paragraphe 10 du présent article est consignée dans un registre public tenu par le secrétariat.

(12) Die in Absatz 10 genannten Anpassungsmitteilungen werden in ein vom Sekretariat geführtes öffentliches Register eingetragen.

13. Continuous and enhanced international support shall be provided to developing country Parties for the implementation of paragraphs 7, 9, 10 and 11 of this Article, in accordance with the provisions of Articles 9, 10 and 11.

13. Un appui international renforcé est fourni en permanence aux pays en développement Parties aux fins de l'application des paragraphes 7, 9, 10 et 11 du présent article, conformément aux dispositions des articles 9, 10 et 11.

(13) Den Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, wird in Übereinstimmung mit den Artikeln 9, 10 und 11 fortlaufende und verstärkte internationale Unterstützung für die Durchführung der Absätze 7, 9, 10 und 11 gewährt.

14. The global stocktake referred to in Article 14 shall, inter alia:

(a) Recognize adaptation efforts of developing country Parties;

(b) Enhance the implementation of adaptation action taking into account the adaptation communication referred to in paragraph 10 of this Article;

(c) Review the adequacy and effectiveness of adaptation and support provided for adaptation; and

(d) Review the overall progress made in achieving the global goal on adaptation referred to in paragraph 1 of this Article.

14. Le bilan mondial prévu à l'article 14 vise notamment à:

a) Prendre en compte les efforts d'adaptation des pays en développement Parties;

b) Renforcer la mise en œuvre de mesures d'adaptation en tenant compte de la communication sur l'adaptation mentionnée au paragraphe 10 du présent article;

c) Examiner l'adéquation et l'efficacité de l'adaptation et de l'appui fourni en matière d'adaptation;

d) Examiner les progrès d'ensemble accomplis dans la réalisation de l'objectif mondial en matière d'adaptation énoncé au paragraphe 1 du présent article.

(14) Durch die in Artikel 14 genannte weltweite Bestandsaufnahme werden unter anderem

a) die Anpassungsbemühungen der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, anerkannt;

b) die Durchführung der Anpassungsmaßnahmen unter Berücksichtigung der in Absatz 10 genannten Anpassungsmitteilungen verbessert;

c) die Angemessenheit und Wirksamkeit der Anpassung und der dafür gewährten Unterstützung überprüft;

d) die insgesamt erzielten Fortschritte beim Erreichen des in Absatz 1 genannten globalen Anpassungsziels überprüft.

Article 8

1. Parties recognize the importance of averting, minimizing and addressing loss and damage associated with the adverse effects of climate change, including extreme weather events and slow onset events, and the role of sustainable development in reducing the risk of loss and damage.

2. The Warsaw International Mechanism for Loss and Damage associated with Climate Change Impacts shall be subject to the authority and guidance of the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement and may be enhanced and strengthened, as determined by the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement.

3. Parties should enhance understanding, action and support, including through the Warsaw International Mechanism, as appropriate, on a cooperative and facilitative basis with respect to loss and damage

Article 8

1. Les Parties reconnaissent la nécessité d'éviter les pertes et préjudices liés aux effets néfastes des changements climatiques, notamment les phénomènes météorologiques extrêmes et les phénomènes qui se manifestent lentement, de les réduire au minimum et d'y remédier, ainsi que le rôle joué par le développement durable dans la réduction du risque de pertes et préjudices.

2. Le Mécanisme international de Varsovie relatif aux pertes et préjudices liés aux incidences des changements climatiques est placé sous l'autorité de la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord, dont il suit les directives, et peut être amélioré et renforcé conformément aux décisions de la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord.

3. Les Parties devraient améliorer la compréhension, l'action et l'appui, notamment par le biais du Mécanisme international de Varsovie, selon que de besoin, dans le cadre de la coopération et de la facilita-

Artikel 8

(1) Die Vertragsparteien erkennen an, wie wichtig es ist, Verluste und Schäden, die mit den nachteiligen Auswirkungen der Klimaänderungen einschließlich extremer Wetterereignisse und sich langsam anbahnender Ereignisse verbunden sind, zu vermeiden, auf ein Mindestmaß zu verringern und zu bewältigen, und welche Rolle die nachhaltige Entwicklung bei der Verringerung der Gefahr von Verlusten und Schäden spielt.

(2) Der Internationale Mechanismus von Warschau für Verluste und Schäden, die mit Klimaänderungen verbunden sind, unterliegt der Weisungsbefugnis und Leitung der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien und kann nach Maßgabe der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien verbessert und verstärkt werden.

(3) Die Vertragsparteien sollen das Verständnis, die Maßnahmen und die Unterstützung, gegebenenfalls auch im Rahmen des Internationalen Mechanismus von Warschau, in kooperativer und vermittelnder

associated with the adverse effects of climate change.

4. Accordingly, areas of cooperation and facilitation to enhance understanding, action and support may include:

(a) Early warning systems;

(b) Emergency preparedness;

(c) Slow onset events;

(d) Events that may involve irreversible and permanent loss and damage;

(e) Comprehensive risk assessment and management;

(f) Risk insurance facilities, climate risk pooling and other insurance solutions;

(g) Non-economic losses; and

(h) Resilience of communities, livelihoods and ecosystems.

5. The Warsaw International Mechanism shall collaborate with existing bodies and expert groups under the Agreement, as well as relevant organizations and expert bodies outside the Agreement.

Article 9

1. Developed country Parties shall provide financial resources to assist developing country Parties with respect to both mitigation and adaptation in continuation of their existing obligations under the Convention.

2. Other Parties are encouraged to provide or continue to provide such support voluntarily.

3. As part of a global effort, developed country Parties should continue to take the lead in mobilizing climate finance from a wide variety of sources, instruments and channels, noting the significant role of public funds, through a variety of actions, including supporting country-driven strategies, and taking into account the needs and priorities of developing country Parties. Such mobilization of climate finance should represent a progression beyond previous efforts.

4. The provision of scaled-up financial resources should aim to achieve a balance between adaptation and mitigation, taking into account country-driven strategies, and the priorities and needs of developing

tion, eu égard aux pertes et préjudices liés aux effets néfastes des changements climatiques.

4. En conséquence, les domaines de coopération et de facilitation visant à améliorer la compréhension, l'action et l'appui sont notamment les suivants:

a) Les systèmes d'alerte précoce;

b) La préparation aux situations d'urgence;

c) Les phénomènes qui se manifestent lentement;

d) Les phénomènes susceptibles de causer des pertes et préjudices irréversibles et permanents;

e) L'évaluation et la gestion complètes des risques;

f) Les dispositifs d'assurance dommages, la mutualisation des risques climatiques et les autres solutions en matière d'assurance;

g) Les pertes autres qu'économiques;

h) La résilience des communautés, des moyens de subsistance et des écosystèmes.

5. Le Mécanisme international de Varsovie collabore avec les organes et groupes d'experts relevant de l'Accord, ainsi qu'avec les organisations et les organes d'experts compétents qui n'en relèvent pas.

Article 9

1. Les pays développés Parties fournissent des ressources financières pour venir en aide aux pays en développement Parties aux fins tant de l'atténuation que de l'adaptation dans la continuité de leurs obligations au titre de la Convention.

2. Les autres Parties sont invitées à fournir ou à continuer de fournir ce type d'appui à titre volontaire.

3. Dans le cadre d'un effort mondial, les pays développés Parties devraient continuer de montrer la voie en mobilisant des moyens de financement de l'action climatique provenant d'un large éventail de sources, d'instruments et de filières, compte tenu du rôle notable que jouent les fonds publics, par le biais de diverses actions, notamment en appuyant des stratégies impulsées par les pays et en tenant compte des besoins et des priorités des pays en développement Parties. Cette mobilisation de moyens de financement de l'action climatique devrait représenter une progression par rapport aux efforts antérieurs.

4. La fourniture de ressources financières accrues devrait viser à parvenir à un équilibre entre l'adaptation et l'atténuation, en tenant compte des stratégies impulsées par les pays et des priorités et besoins des pays

Weise im Hinblick auf die mit den nachteiligen Auswirkungen der Klimaänderungen verbundenen Verluste und Schäden verbessern.

(4) Folglich können zu den Bereichen der Kooperation und Vermittlung mit dem Ziel der Stärkung des Verständnisses, der Maßnahmen und der Unterstützung folgende gehören:

a) Frühwarnsysteme;

b) Notfallvorsorge;

c) sich langsam anbahnende Ereignisse;

d) möglicherweise zu unumkehrbaren und dauerhaften Verlusten und Schäden führende Ereignisse;

e) umfassende Risikobewertung und umfassendes Risikomanagement;

f) Risikoversicherungsfazilitäten, Bündelung von Klimarisiken und andere Versicherungslösungen;

g) nichtwirtschaftliche Verluste;

h) Widerstandsfähigkeit von Gemeinschaften, Existenzgrundlagen und Ökosystemen.

(5) Der Internationale Mechanismus von Warschau arbeitet mit den aufgrund des Übereinkommens bestehenden Gremien und Sachverständigengruppen sowie mit einschlägigen Organisationen und Sachverständigengremien außerhalb des Übereinkommens zusammen.

Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, stellen finanzielle Mittel bereit, um in Fortführung ihrer bestehenden Verpflichtungen aus dem Rahmenübereinkommen die Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, sowohl bei der Minderung als auch bei der Anpassung zu unterstützen.

(2) Die anderen Vertragsparteien werden ermutigt, diese Unterstützung auf freiwilliger Grundlage zu gewähren oder fortzusetzen.

(3) Im Rahmen eines weltweiten Bemühens sollen die Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, weiterhin die Führung dabei übernehmen, Mittel der Klimafinanzierung aus ganz verschiedenen Quellen, mittels ganz verschiedener Instrumente und über ganz verschiedene Wege unter Beachtung der bedeutenden Rolle öffentlicher Mittel durch verschiedene Maßnahmen einschließlich der Unterstützung der von den Ländern ausgehenden Strategien zu mobilisieren, wobei sie die Bedürfnisse und Prioritäten der Vertragsparteien berücksichtigen, die Entwicklungsländer sind. Diese Mobilisierung von Mitteln der Klimafinanzierung soll eine Steigerung gegenüber den bisherigen Bemühungen darstellen.

(4) Durch die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel soll ein Gleichgewicht zwischen Anpassung und Minderung angestrebt werden, und zwar unter Berücksichtigung der von den Ländern ausgehenden

country Parties, especially those that are particularly vulnerable to the adverse effects of climate change and have significant capacity constraints, such as the least developed countries and small island developing States, considering the need for public and grant-based resources for adaptation.

en développement Parties, notamment de ceux qui sont particulièrement vulnérables aux effets néfastes des changements climatiques et dont les capacités sont très insuffisantes comme les pays les moins avancés, et les petits États insulaires en développement, eu égard à la nécessité de prévoir des ressources d'origine publique et sous forme de dons pour l'adaptation.

Strategien sowie der Prioritäten und Bedürfnisse der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, vor allem derjenigen, die besonders anfällig für die nachteiligen Auswirkungen der Klimaänderungen sind und erhebliche Kapazitätsengpässe haben, wie etwa die am wenigsten entwickelten Länder und die kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern, sowie unter Berücksichtigung der Notwendigkeit öffentlicher Mittel und aus Zuschüssen bestehender Mittel für die Anpassung.

5. Developed country Parties shall biennially communicate indicative quantitative and qualitative information related to paragraphs 1 and 3 of this Article, as applicable, including, as available, projected levels of public financial resources to be provided to developing country Parties. Other Parties providing resources are encouraged to communicate biennially such information on a voluntary basis.

5. Les pays développés Parties communiquent tous les deux ans des informations quantitatives et qualitatives à caractère indicatif ayant trait aux paragraphes 1 et 3 du présent article, selon qu'il convient, notamment, s'ils sont disponibles, les montants prévus des ressources financières publiques à accorder aux pays en développement Parties. Les autres Parties qui fournissent des ressources sont invitées à communiquer ces informations tous les deux ans à titre volontaire.

(5) Die Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, übermitteln alle zwei Jahre als Anhaltspunkt dienende quantitative und qualitative Informationen im Zusammenhang mit den Absätzen 1 und 3, soweit zutreffend, einschließlich, soweit verfügbar, Informationen über die voraussichtliche Höhe der öffentlichen Finanzmittel, die den Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, zur Verfügung gestellt werden sollen. Die anderen Vertragsparteien, die Mittel zur Verfügung stellen, werden ermutigt, diese Informationen alle zwei Jahre auf freiwilliger Grundlage zu übermitteln.

6. The global stocktake referred to in Article 14 shall take into account the relevant information provided by developed country Parties and/or Agreement bodies on efforts related to climate finance.

6. Le bilan mondial prévu à l'article 14 prendra en compte les informations pertinentes communiquées par les pays développés Parties et/ou les organes créés en vertu de l'Accord sur les efforts liés au financement de l'action climatique.

(6) Die in Artikel 14 genannte weltweite Bestandsaufnahme berücksichtigt die von den Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, und/oder den Organen dieses Übereinkommens zur Verfügung gestellten einschlägigen Informationen über die Bemühungen im Zusammenhang mit der Klimafinanzierung.

7. Developed country Parties shall provide transparent and consistent information on support for developing country Parties provided and mobilized through public interventions biennially in accordance with the modalities, procedures and guidelines to be adopted by the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement, at its first session, as stipulated in Article 13, paragraph 13. Other Parties are encouraged to do so.

7. Les pays développés Parties communiquent tous les deux ans des informations transparentes et cohérentes sur l'appui fourni aux pays en développement Parties et mobilisé par des interventions publiques, conformément aux modalités, procédures et lignes directrices que la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord adoptera à sa première session, comme il est prévu au paragraphe 13 de l'article 13. Les autres Parties sont invitées à faire de même.

(7) Die Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, übermitteln alle zwei Jahre im Einklang mit den Modalitäten, Verfahren und Leitlinien, die von der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien auf ihrer ersten Tagung nach Artikel 13 Absatz 13 zu beschließen sind, transparente und konsistente Informationen über die geleistete und die durch öffentliches Handeln mobilisierte Unterstützung für die Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind. Die anderen Vertragsparteien werden ermutigt, dasselbe zu tun.

8. The Financial Mechanism of the Convention, including its operating entities, shall serve as the financial mechanism of this Agreement.

8. Le Mécanisme financier de la Convention, y compris ses entités fonctionnelles, remplit les fonctions de mécanisme financier du présent Accord.

(8) Der Finanzierungsmechanismus des Rahmenübereinkommens einschließlich seiner Aufgaben erfüllenden Einrichtungen dient als Finanzierungsmechanismus dieses Übereinkommens.

9. The institutions serving this Agreement, including the operating entities of the Financial Mechanism of the Convention, shall aim to ensure efficient access to financial resources through simplified approval procedures and enhanced readiness support for developing country Parties, in particular for the least developed countries and small island developing States, in the context of their national climate strategies and plans.

9. Les institutions concourant à l'application du présent Accord, y compris les entités fonctionnelles du Mécanisme financier de la Convention, visent à garantir l'accès effectif aux ressources financières par le biais de procédures d'approbation simplifiées et d'un appui renforcé à la préparation en faveur des pays en développement Parties, en particulier des pays les moins avancés et des petits États insulaires en développement, dans le cadre de leurs stratégies et leurs plans nationaux relatifs au climat.

(9) Die Institutionen, die diesem Übereinkommen dienen, einschließlich der Aufgaben erfüllenden Einrichtungen des Finanzierungsmechanismus des Rahmenübereinkommens bemühen sich um die Gewährleistung eines effizienten Zugangs zu finanziellen Mitteln durch vereinfachte Genehmigungsverfahren und verstärkte Unterstützung im Bereich der Leistungsbereitschaft für die Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder und die kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern, im Rahmen ihrer nationalen Klimaschutzstrategien und -pläne.

Article 10

1. Parties share a long-term vision on the importance of fully realizing technology development and transfer in order to improve resilience to climate change and to reduce greenhouse gas emissions.

2. Parties, noting the importance of technology for the implementation of mitigation and adaptation actions under this Agreement and recognizing existing technology deployment and dissemination efforts, shall strengthen cooperative action on technology development and transfer.

3. The Technology Mechanism established under the Convention shall serve this Agreement.

4. A technology framework is hereby established to provide overarching guidance to the work of the Technology Mechanism in promoting and facilitating enhanced action on technology development and transfer in order to support the implementation of this Agreement, in pursuit of the long-term vision referred to in paragraph 1 of this Article.

5. Accelerating, encouraging and enabling innovation is critical for an effective, long-term global response to climate change and promoting economic growth and sustainable development. Such effort shall be, as appropriate, supported, including by the Technology Mechanism and, through financial means, by the Financial Mechanism of the Convention, for collaborative approaches to research and development, and facilitating access to technology, in particular for early stages of the technology cycle, to developing country Parties.

6. Support, including financial support, shall be provided to developing country Parties for the implementation of this Article, including for strengthening cooperative action on technology development and transfer at different stages of the technology cycle, with a view to achieving a balance between support for mitigation and adaptation. The global stocktake referred to in Article 14 shall take into account available information on efforts related to support on technology development and transfer for developing country Parties.

Article 10

1. Les Parties partagent une vision à long terme de l'importance qu'il y a à donner pleinement effet à la mise au point et au transfert de technologies de façon à accroître la résilience aux changements climatiques et à réduire les émissions de gaz à effet de serre.

2. Les Parties, notant l'importance de la technologie pour la mise en œuvre de mesures d'atténuation et d'adaptation en vertu du présent Accord et prenant acte des efforts entrepris pour déployer et diffuser la technologie, renforcent l'action de coopération concernant la mise au point et le transfert de technologies.

3. Le Mécanisme technologique créé en vertu de la Convention concourt à l'application du présent Accord.

4. Il est créé un cadre technologique chargé de donner des directives générales aux travaux du Mécanisme technologique visant à promouvoir et faciliter une action renforcée en matière de mise au point et de transfert de technologies de façon à appuyer la mise en œuvre du présent Accord, aux fins de la vision à long terme mentionnée au paragraphe 1 du présent article.

5. Il est essentiel d'accélérer, d'encourager et de permettre l'innovation pour une riposte mondiale efficace à long terme face aux changements climatiques et au service de la croissance économique et du développement durable. Cet effort sera appuyé, selon qu'il convient, y compris par le Mécanisme technologique et, sous la forme de moyens financiers, par le Mécanisme financier de la Convention, afin de mettre en place des collaborations en matière de recherche-développement et de faciliter l'accès des pays en développement Parties à la technologie, en particulier aux premiers stades du cycle technologique.

6. Un appui, financier notamment, est fourni aux pays en développement Parties aux fins de l'application du présent article, y compris pour le renforcement d'une action de coopération en matière de mise au point et de transfert de technologies à différents stades du cycle technologique, en vue de parvenir à un équilibre entre l'appui à l'atténuation et l'appui à l'adaptation. Le bilan mondial prévu à l'article 14 prend en compte les informations disponibles sur les activités d'appui à la mise au point et au transfert de technologies en faveur des pays en développement Parties.

Artikel 10

(1) Die Vertragsparteien haben eine gemeinsame langfristige Vision von der Bedeutung einer uneingeschränkten Verwirklichung der Entwicklung und Weitergabe von Technologie für die Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimaänderungen und die Verringerung der Emissionen von Treibhausgasen.

(2) In Kenntnis der Bedeutung von Technologien für die Durchführung von Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen im Rahmen dieses Übereinkommens und in Anerkennung der bisherigen Bemühungen um ihre Anwendung und Verbreitung verstärken die Vertragsparteien die gemeinsamen Maßnahmen im Bereich der Entwicklung und Weitergabe von Technologie.

(3) Der aufgrund des Rahmenübereinkommens geschaffene Technologiemechanismus dient diesem Übereinkommen.

(4) Hiermit wird ein Technologierahmen geschaffen, der übergeordnete Leitlinien für die Arbeit des Technologiemechanismus in Verbindung mit der Förderung und Erleichterung verstärkter Anstrengungen bei der Entwicklung und Weitergabe von Technologie vorgibt, um die Durchführung dieses Übereinkommens in Verfolgung der in Absatz 1 genannten langfristigen Vision zu unterstützen.

(5) Die Beschleunigung, Förderung und Ermöglichung von Innovationen ist von entscheidender Bedeutung für eine wirksame und langfristige weltweite Reaktion auf die Klimaänderungen und für die Förderung des Wirtschaftswachstums und der nachhaltigen Entwicklung. Diese Bemühungen werden gegebenenfalls, auch durch den Technologiemechanismus und mit finanziellen Mitteln auch durch den Finanzierungsmechanismus des Rahmenübereinkommens, unterstützt, um partnerschaftliche Ansätze im Bereich der Forschung und Entwicklung zu fördern und den Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, den Zugang zu Technologien, insbesondere in den Frühphasen des Technologiezyklus, zu erleichtern.

(6) Den Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, wird Unterstützung einschließlich finanzieller Unterstützung bei der Durchführung dieses Artikels einschließlich der Verstärkung der gemeinsamen Maßnahmen im Bereich der Entwicklung und Weitergabe von Technologie in den verschiedenen Phasen des Technologiezyklus gewährt, um ein Gleichgewicht zwischen der Unterstützung bei der Minderung und der Unterstützung bei der Anpassung herzustellen. Die in Artikel 14 genannte weltweite Bestandsaufnahme berücksichtigt die verfügbaren Informationen über die Bemühungen im Zusammenhang mit der Unterstützung im Bereich der Entwicklung und Weitergabe von Technologie zugunsten der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind.

Article 11

1. Capacity-building under this Agreement should enhance the capacity and ability of developing country Parties, in particular countries with the least capacity, such as the least developed countries, and those that are particularly vulnerable to the adverse effects of climate change, such as small island developing States, to take effective climate change action, including, inter alia, to implement adaptation and mitigation actions, and should facilitate technology development, dissemination and deployment, access to climate finance, relevant aspects of education, training and public awareness, and the transparent, timely and accurate communication of information.

2. Capacity-building should be country-driven, based on and responsive to national needs, and foster country ownership of Parties, in particular, for developing country Parties, including at the national, subnational and local levels. Capacity-building should be guided by lessons learned, including those from capacity-building activities under the Convention, and should be an effective, iterative process that is participatory, cross-cutting and gender-responsive.

3. All Parties should cooperate to enhance the capacity of developing country Parties to implement this Agreement. Developed country Parties should enhance support for capacity-building actions in developing country Parties.

4. All Parties enhancing the capacity of developing country Parties to implement this Agreement, including through regional, bilateral and multilateral approaches, shall regularly communicate on these actions or measures on capacity-building. Developing country Parties should regularly communicate progress made on implementing capacity-building plans, policies, actions or measures to implement this Agreement.

5. Capacity-building activities shall be enhanced through appropriate institutional arrangements to support the implementation of this Agreement, including the appropriate institutional arrangements established under the Convention that serve this Agreement. The Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement shall, at its first session, consider and adopt a decision on the initial institutional arrangements for capacity-building.

Article 11

1. Le renforcement des capacités au titre du présent Accord devrait contribuer à améliorer les aptitudes et les capacités des pays en développement Parties, en particulier ceux qui ont les plus faibles capacités, tels que les pays les moins avancés, et ceux qui sont particulièrement vulnérables aux effets néfastes des changements climatiques comme les petits États insulaires en développement, afin qu'ils puissent lutter efficacement contre les changements climatiques, notamment mettre en œuvre des mesures d'adaptation et d'atténuation, et devrait faciliter la mise au point, la diffusion et le déploiement de technologies, l'accès à des moyens de financement de l'action climatique, les aspects pertinents de l'éducation, de la formation et de la sensibilisation de la population, et la communication transparente et précise d'informations en temps voulu.

2. Le renforcement des capacités devrait être impulsé par les pays, prendre en compte et satisfaire les besoins nationaux et favoriser l'appropriation par les Parties, en particulier pour les pays en développement Parties, notamment aux niveaux national, infranational et local. Il devrait s'inspirer des enseignements tirés de l'expérience, notamment des activités de renforcement des capacités menées dans le cadre de la Convention, et représenter un processus efficace, itératif, participatif, transversal et sensible à l'égalité des sexes.

3. Toutes les Parties devraient coopérer en vue d'accroître la capacité des pays en développement Parties de mettre en œuvre le présent Accord. Les pays développés Parties devraient étoffer l'appui apporté aux mesures de renforcement des capacités dans les pays en développement Parties.

4. Toutes les Parties qui s'emploient à accroître la capacité des pays en développement Parties de mettre en œuvre le présent Accord, y compris par des démarches régionales, bilatérales et multilatérales, font régulièrement connaître ces mesures ou initiatives de renforcement des capacités. Les pays en développement Parties devraient régulièrement informer des progrès réalisés dans l'application de plans, politiques, initiatives ou mesures de renforcement des capacités visant à mettre en œuvre le présent Accord.

5. Les activités de renforcement des capacités sont étoffées par le biais de dispositifs institutionnels appropriés visant à appuyer la mise en œuvre du présent Accord, y compris les dispositifs institutionnels appropriés créés en application de la Convention qui concourent à l'application du présent Accord. À sa première session, la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord examinera et adoptera une décision sur les dispositifs institutionnels initiaux relatifs au

Artikel 11

(1) Durch den Kapazitätsaufbau im Rahmen dieses Übereinkommens sollen die Kapazität und die Fähigkeit der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, insbesondere der Länder mit den geringsten Kapazitäten wie etwa der am wenigsten entwickelten Länder, und der für die nachteiligen Auswirkungen der Klimaänderungen besonders anfälligen Länder wie etwa der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern, wirksame Schritte zur Bewältigung der Klimaänderungen unter anderem durch die Durchführung von Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen, gestärkt und die Entwicklung, Verbreitung und Anwendung von Technologie, der Zugang zu Klimafinanzierung, einschlägige Aspekte der Bildung, der Ausbildung und des öffentlichen Bewusstseins und die transparente, rechtzeitige und genaue Weiterleitung von Informationen erleichtert werden.

(2) Der Kapazitätsaufbau soll von den Ländern ausgehen, auf den nationalen Bedürfnissen beruhen und darauf eingehen und die Eigenverantwortung der Vertragsparteien, insbesondere der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, auch auf nationaler, subnationaler und lokaler Ebene fördern. Er soll sich auf die Erkenntnisse unter anderem aus den Tätigkeiten zum Kapazitätsaufbau aufgrund des Rahmenübereinkommens stützen und ein wirksamer, schrittweiser Prozess sein, der partizipatorisch, übergreifend und geschlechtergerecht ist.

(3) Alle Vertragsparteien sollen zusammenarbeiten, um die Kapazitäten der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, zur Durchführung dieses Übereinkommens zu stärken. Die Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, sollen die Unterstützung für Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau in den Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, verstärken.

(4) Alle Vertragsparteien, die die Kapazität der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, zur Durchführung dieses Übereinkommens unter anderem durch regionale, bilaterale und multilaterale Ansätze stärken, berichten regelmäßig über diese Tätigkeiten oder Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau. Die Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, sollen regelmäßig über die Fortschritte bei der Umsetzung der Pläne, Politiken, Tätigkeiten oder Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten zur Durchführung dieses Übereinkommens berichten.

(5) Die Tätigkeiten zum Aufbau von Kapazitäten werden durch geeignete institutionelle Regelungen zur Unterstützung der Durchführung dieses Übereinkommens verstärkt, darunter auch die aufgrund des Rahmenübereinkommens geschaffenen institutionellen Regelungen, die diesem Übereinkommen dienen. Die als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienende Konferenz der Vertragsparteien prüft und fasst auf ihrer ersten Tagung einen Beschluss über die anfänglichen institutio-

renforcement des capacités.

nellen Regelungen für den Kapazitätsaufbau.

Article 12

Parties shall cooperate in taking measures, as appropriate, to enhance climate change education, training, public awareness, public participation and public access to information, recognizing the importance of these steps with respect to enhancing actions under this Agreement.

Article 12

Les Parties coopèrent en prenant, selon qu'il convient, des mesures pour améliorer l'éducation, la formation, la sensibilisation, la participation du public et l'accès de la population à l'information dans le domaine des changements climatiques, compte tenu de l'importance que revêtent de telles mesures pour renforcer l'action engagée au titre du présent Accord.

Artikel 12

Soweit angebracht, arbeiten die Vertragsparteien dabei zusammen, Maßnahmen zur Verbesserung der Bildung, der Ausbildung, des öffentlichen Bewusstseins, der Beteiligung der Öffentlichkeit und des öffentlichen Zugangs zu Informationen auf dem Gebiet der Klimaänderungen zu ergreifen, wobei sie die Bedeutung dieser Schritte für die Verstärkung der Maßnahmen aufgrund dieses Übereinkommens anerkennen.

Article 13

1. In order to build mutual trust and confidence and to promote effective implementation, an enhanced transparency framework for action and support, with built-in flexibility which takes into account Parties' different capacities and builds upon collective experience is hereby established.

2. The transparency framework shall provide flexibility in the implementation of the provisions of this Article to those developing country Parties that need it in the light of their capacities. The modalities, procedures and guidelines referred to in paragraph 13 of this Article shall reflect such flexibility.

3. The transparency framework shall build on and enhance the transparency arrangements under the Convention, recognizing the special circumstances of the least developed countries and small island developing States, and be implemented in a facilitative, non-intrusive, non-punitive manner, respectful of national sovereignty, and avoid placing undue burden on Parties.

4. The transparency arrangements under the Convention, including national communications, biennial reports and biennial update reports, international assessment and review and international consultation and analysis, shall form part of the experience drawn upon for the development of the modalities, procedures and guidelines under paragraph 13 of this Article.

5. The purpose of the framework for transparency of action is to provide a clear understanding of climate change action in the light of the objective of the Convention as set out in its Article 2, including clarity and tracking of progress towards achieving Parties' individual nationally determined contributions under Article 4, and Parties' adaptation actions under Article 7, including good practices, priorities, needs and gaps, to inform the global stocktake under Article 14.

Article 13

1. Afin de renforcer la confiance mutuelle et de promouvoir une mise en œuvre efficace, il est créé un cadre de transparence renforcé des mesures et de l'appui, assorti d'une certaine flexibilité, qui tient compte des capacités différentes des Parties et qui s'appuie sur l'expérience collective.

2. Le cadre de transparence accorde aux pays en développement Parties qui en ont besoin, compte tenu de leurs capacités, une certaine flexibilité dans la mise en œuvre des dispositions du présent article. Les modalités, procédures et lignes directrices prévues au paragraphe 13 du présent article tiennent compte de cette flexibilité.

3. Le cadre de transparence s'appuie sur les dispositifs relatifs à la transparence prévus en vertu de la Convention et les renforce en tenant compte de la situation particulière des pays les moins avancés et des petits États insulaires en développement, et doit être mis en œuvre d'une façon qui soit axée sur la facilitation, qui ne soit ni intrusive ni punitive, qui respecte la souveraineté nationale et qui évite d'imposer une charge excessive aux Parties.

4. Les dispositifs relatifs à la transparence prévus en vertu de la Convention, notamment les communications nationales, les rapports biennaux et les rapports biennaux actualisés, l'évaluation et l'examen au niveau international et les consultations et analyses internationales, font partie de l'expérience mise à profit pour l'élaboration des modalités, procédures et lignes directrices visées au paragraphe 13 du présent article.

5. Le cadre de transparence des mesures vise à fournir une image claire des mesures relatives aux changements climatiques à la lumière de l'objectif énoncé à l'article 2 de la Convention, notamment en éclairant et en suivant les progrès accomplis par chaque Partie en vue de s'acquitter de sa contribution déterminée au niveau national au titre de l'article 4 et de mettre en œuvre ses mesures d'adaptation au titre de l'article 7, notamment les bonnes pratiques, les priorités, les besoins et les lacunes, afin d'éclairer le bilan mondial prévu à

Artikel 13

(1) Hiermit wird zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und zur Förderung einer wirksamen Umsetzung ein erweiterter Transparenzrahmen für Maßnahmen und Unterstützung geschaffen, der durch eine inhärente Flexibilität die unterschiedlichen Kapazitäten der Vertragsparteien berücksichtigt und auf gemeinsamen Erfahrungen aufbaut.

(2) Der Transparenzrahmen bietet denjenigen Vertragsparteien, die Entwicklungsländer und in Anbetracht ihrer Kapazitäten darauf angewiesen sind, Flexibilität bei der Durchführung dieses Artikels. Die in Absatz 13 genannten Modalitäten, Verfahren und Leitlinien tragen dieser Flexibilität Rechnung.

(3) Der Transparenzrahmen stützt sich auf die Transparenzregelungen aufgrund des Rahmenübereinkommens und verstärkt sie, wobei die besonderen Gegebenheiten der am wenigsten entwickelten Länder und der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern berücksichtigt werden; er wird in einer vermittelnden, zurückhaltenden und nicht auf Strafen ausgerichteten Weise unter Achtung der nationalen Souveränität angewendet und vermeidet es, die Vertragsparteien unangemessenen zu belasten.

(4) Die Transparenzregelungen aufgrund des Rahmenübereinkommens einschließlich der nationalen Mitteilungen, der Zweijahresberichte und der aktualisierten Zweijahresberichte, der internationalen Bewertung und Überprüfung und der internationalen Konsultation und Analyse sind Bestandteil der Erfahrungen, auf die bei der Erarbeitung der Modalitäten, Verfahren und Leitlinien nach Absatz 13 zurückgegriffen wird.

(5) Zweck des Rahmens für die Transparenz der Maßnahmen ist es, als Beitrag zu der weltweiten Bestandsaufnahme nach Artikel 14 ein klares Verständnis zu vermitteln über die Maßnahmen zur Bewältigung der Klimaänderungen im Lichte des Zieles des Rahmenübereinkommens nach dessen Artikel 2, unter anderem durch Verdeutlichung und Verfolgung der Fortschritte beim Erreichen der jeweiligen national festgelegten Beiträge der Vertragsparteien nach Artikel 4, und über die Anpassungsmaßnahmen der Vertragsparteien nach Artikel 7,

l'article 14.

unter Einbeziehung der bewährten Verfahren, Prioritäten, Bedürfnisse und Lücken.

6. The purpose of the framework for transparency of support is to provide clarity on support provided and received by relevant individual Parties in the context of climate change actions under Articles 4, 7, 9, 10 and 11, and, to the extent possible, to provide a full overview of aggregate financial support provided, to inform the global stocktake under Article 14.

6. Le cadre de transparence de l'appui vise à donner une image claire de l'appui fourni et de l'appui reçu par chaque Partie concernée dans le contexte des mesures prises à l'égard des changements climatiques au titre des articles 4, 7, 9, 10 et 11, et, dans la mesure du possible, une vue d'ensemble de l'appui financier global fourni, pour éclairer le bilan mondial prévu à l'article 14.

(6) Zweck des Rahmens für die Transparenz der Unterstützung ist es, als Beitrag zu der weltweiten Bestandsaufnahme nach Artikel 14 klare Angaben über die von den einzelnen Vertragsparteien jeweils gewährte beziehungsweise erhaltene Unterstützung im Rahmen der Maßnahmen zur Bewältigung der Klimaänderungen nach den Artikeln 4, 7, 9, 10 und 11 zu erlangen und, soweit möglich, einen vollständigen Überblick über die insgesamt gewährte finanzielle Unterstützung zu bieten.

7. Each Party shall regularly provide the following information:

(a) A national inventory report of anthropogenic emissions by sources and removals by sinks of greenhouse gases, prepared using good practice methodologies accepted by the Intergovernmental Panel on Climate Change and agreed upon by the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement; and

(b) Information necessary to track progress made in implementing and achieving its nationally determined contribution under Article 4.

7. Chaque Partie fournit régulièrement les informations ci-après:

a) Un rapport national d'inventaire des émissions anthropiques par les sources et des absorptions anthropiques par les puits de gaz à effet de serre, établi selon les méthodes constituant de bonnes pratiques adoptées par le Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat et convenues par la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord;

b) Les informations nécessaires au suivi des progrès accomplis par chaque Partie dans la mise en œuvre et la réalisation de sa contribution déterminée au niveau national au titre de l'article 4.

(7) Jede Vertragspartei übermittelt regelmäßig folgende Informationen:

a) einen nationalen Bericht mit einem Verzeichnis der anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen und des Abbaus solcher Gase durch Senken, der anhand der von der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe für Klimaänderungen anerkannten und von der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien vereinbarten Methoden der guten Praxis erstellt wird;

b) die erforderlichen Informationen zur Verfolgung der Fortschritte bei der Umsetzung und dem Erreichen ihres national festgelegten Beitrags nach Artikel 4.

8. Each Party should also provide information related to climate change impacts and adaptation under Article 7, as appropriate.

8. Chaque Partie devrait également communiquer des informations sur les effets des changements climatiques et sur l'adaptation à ces changements au titre de l'article 7, selon qu'il convient.

(8) Jede Vertragspartei soll, soweit angebracht, auch Informationen über die Auswirkungen der Klimaänderungen und die Anpassung daran nach Artikel 7 übermitteln.

9. Developed country Parties shall, and other Parties that provide support should, provide information on financial, technology transfer and capacity-building support provided to developing country Parties under Articles 9, 10 and 11.

9. Les pays développés Parties doivent, et les autres Parties qui apportent un appui devraient, communiquer des informations sur l'appui fourni, sous la forme de ressources financières, d'un transfert de technologies et d'un renforcement des capacités, aux pays en développement Parties au titre des articles 9, 10 et 11.

(9) Die Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, müssen – und die anderen Vertragsparteien, die Unterstützung gewähren, sollen – Informationen über die Unterstützung übermitteln, die sie den Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, in Form von finanziellen Mitteln, Weitergabe von Technologie und Kapazitätsaufbau nach den Artikeln 9, 10 und 11 gewährt haben.

10. Developing country Parties should provide information on financial, technology transfer and capacity-building support needed and received under Articles 9, 10 and 11.

10. Les pays en développement Parties devraient communiquer des informations sur l'appui dont ils ont besoin et qu'ils ont reçu, sous la forme de ressources financières, d'un transfert de technologies et d'un renforcement des capacités au titre des articles 9, 10 et 11.

(10) Die Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, sollen Informationen über die Unterstützung übermitteln, die sie in Form von finanziellen Mitteln, Weitergabe von Technologie und Kapazitätsaufbau nach den Artikeln 9, 10 und 11 benötigt und erhalten haben.

11. Information submitted by each Party under paragraphs 7 and 9 of this Article shall undergo a technical expert review, in accordance with decision 1/CP.21. For those developing country Parties that need it in the light of their capacities, the review process shall include assistance in identifying capacity-building needs. In addition, each Party shall participate in a facilitative, multilateral consideration of progress with respect to efforts under Article 9, and its respective implementation and achievement of its nationally determined contribution.

11. Les informations communiquées par chaque Partie au titre des paragraphes 7 et 9 du présent article sont soumises à un examen technique par des experts, conformément à la décision 1/CP.21. Pour les pays en développement Parties qui en ont besoin compte tenu de leurs capacités, le processus d'examen les aide à définir leurs besoins en matière de renforcement des capacités. En outre, chaque Partie participe à un examen multilatéral, axé sur la facilitation, des progrès accomplis eu égard aux efforts entrepris en vertu de l'article 9, ainsi que dans la mise en œuvre et la réalisation de sa contribution déterminée au niveau national.

(11) Die von jeder Vertragspartei übermittelten Informationen nach den Absätzen 7 und 9 unterliegen einer technischen Überprüfung durch Sachverständige im Einklang mit Beschluss 1/CP.21. Bei den Vertragsparteien, die Entwicklungsländer und in Anbetracht ihrer Kapazitäten darauf angewiesen sind, umfasst der Überprüfungsprozess auch Hilfe bei der Bestimmung des Bedarfs im Bereich des Kapazitätsaufbaus. Außerdem beteiligt sich jede Vertragspartei an einer vermittelnden multilateralen Erörterung der Fortschritte im Hinblick auf die Bemühungen nach Artikel 9 und auf die jeweilige Umsetzung und das Erreichen ihres national festgelegten Beitrags.

12. The technical expert review under this paragraph shall consist of a consideration of the Party's support provided, as relevant, and its implementation and achievement of its nationally determined contribution. The review shall also identify areas of improvement for the Party, and include a review of the consistency of the information with the modalities, procedures and guidelines referred to in paragraph 13 of this Article, taking into account the flexibility accorded to the Party under paragraph 2 of this Article. The review shall pay particular attention to the respective national capabilities and circumstances of developing country Parties.

12. L'examen technique par des experts prévu dans ce paragraphe porte sur l'appui fourni par la Partie concernée, selon qu'il convient, ainsi que sur la mise en œuvre et la réalisation de sa contribution déterminée au niveau national. Il met en évidence les domaines se prêtant à des améliorations chez la Partie concernée et vérifie que les informations communiquées sont conformes aux modalités, procédures et lignes directrices visées au paragraphe 13 du présent article, compte tenu de la flexibilité accordée à la Partie concernée conformément au paragraphe 2 de cet article. Il prête une attention particulière aux capacités et situations nationales respectives des pays en développement Parties.

(12) Die technische Überprüfung durch Sachverständige nach diesem Absatz besteht, soweit zutreffend, aus einer Prüfung der gewährten Unterstützung der Vertragspartei und ihrer Umsetzung und ihrem Erreichen ihres national festgelegten Beitrags. Die Überprüfung gibt außerdem Aufschluss über verbesserungswürdige Bereiche bei der Vertragspartei und umfasst auch eine Prüfung, ob die Informationen mit den in Absatz 13 genannten Modalitäten, Verfahren und Leitlinien unter Berücksichtigung der dieser Vertragspartei nach Absatz 2 eingeräumten Flexibilität entsprechen. Besondere Aufmerksamkeit gebührt bei der Überprüfung den jeweiligen nationalen Fähigkeiten und Gegebenheiten der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind.

13. The Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement shall, at its first session, building on experience from the arrangements related to transparency under the Convention, and elaborating on the provisions in this Article, adopt common modalities, procedures and guidelines, as appropriate, for the transparency of action and support.

13. À sa première session, en s'appuyant sur l'expérience tirée des dispositifs relatifs à la transparence prévus en vertu de la Convention, et en précisant les dispositions du présent article, la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord adopte des modalités, des procédures et des lignes directrices communes, selon qu'il convient, aux fins de la transparence des mesures et de l'appui.

(13) Die als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienende Konferenz der Vertragsparteien beschließt auf ihrer ersten Tagung auf der Grundlage der Erfahrungen aus den transparenzbezogenen Regelungen aufgrund des Rahmenübereinkommens und in Ausführung dieses Artikels gemeinsame Modalitäten, Verfahren beziehungsweise Leitlinien für die Transparenz der Maßnahmen und der Unterstützung.

14. Support shall be provided to developing countries for the implementation of this Article.

14. Un appui est fourni aux pays en développement aux fins de la mise en œuvre du présent article.

(14) Den Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, wird Unterstützung bei der Durchführung dieses Artikels gewährt.

15. Support shall also be provided for the building of transparency-related capacity of developing country Parties on a continuous basis.

15. Un appui est également fourni pour renforcer en permanence les capacités des pays en développement Parties en matière de transparence.

(15) Ferner wird den Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, fortlaufend Unterstützung beim Aufbau transparenzbezogener Kapazitäten gewährt.

Article 14

1. The Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement shall periodically take stock of the implementation of this Agreement to assess the collective progress towards achieving the purpose of this Agreement and its long-term goals (referred to as the "global stocktake"). It shall do so in a comprehensive and facilitative manner, considering mitigation, adaptation and the means of implementation and support, and in the light of equity and the best available science.

2. The Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement shall undertake its first global stocktake in 2023 and every five years thereafter unless otherwise decided by the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement.

3. The outcome of the global stocktake shall inform Parties in updating and enhancing, in a nationally determined manner, their actions and support in accordance with the relevant provisions of this Agreement, as well as in enhancing international cooperation for climate action.

Article 14

1. La Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord fait périodiquement le bilan de la mise en œuvre du présent Accord afin d'évaluer les progrès collectifs accomplis dans la réalisation de l'objet du présent Accord et de ses buts à long terme (ci-après dénommé «bilan mondial»). Elle s'y emploie d'une manière globale, axée sur la facilitation, en prenant en considération l'atténuation, l'adaptation, les moyens de mise en œuvre et l'appui et en tenant compte de l'équité et des meilleures données scientifiques disponibles.

2. La Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord procède à son premier bilan mondial en 2023 et tous les cinq ans par la suite sauf si elle adopte une décision contraire.

3. Les résultats du bilan mondial éclairent les Parties dans l'actualisation et le renforcement de leurs mesures et de leur appui selon des modalités déterminées au niveau national, conformément aux dispositions pertinentes du présent Accord, ainsi que dans l'intensification de la coopération internationale pour l'action climatique.

Artikel 14

(1) Die als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienende Konferenz der Vertragsparteien führt in regelmäßigen Abständen eine Bestandsaufnahme der Durchführung dieses Übereinkommens durch, um die gemeinsamen Fortschritte bei der Verwirklichung des Zwecks dieses Übereinkommens und seiner langfristigen Ziele zu bewerten (als „weltweite Bestandsaufnahme" bezeichnet). Sie handelt dabei in umfassender und vermittelnder Weise unter Berücksichtigung von Minderung, Anpassung und Mitteln zur Durchführung und Unterstützung sowie im Lichte der Gerechtigkeit und der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse.

(2) Die als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienende Konferenz der Vertragsparteien führt ihre erste weltweite Bestandsaufnahme im Jahr 2023 und danach alle fünf Jahre durch, sofern sie nicht etwas anderes beschließt.

(3) Das Ergebnis der weltweiten Bestandsaufnahme dient zur Unterrichtung der Vertragsparteien für die auf nationaler Ebene zu entscheidende Aktualisierung und Verstärkung ihrer Maßnahmen und ihrer Unterstützung im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens sowie für die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit bei Klimaschutzmaßnahmen.

Article 15

1. A mechanism to facilitate implementation of and promote compliance with the provisions of this Agreement is hereby established.

2. The mechanism referred to in paragraph 1 of this Article shall consist of a committee that shall be expert-based and facilitative in nature and function in a manner that is transparent, non-adversarial and non-punitive. The committee shall pay particular attention to the respective national capabilities and circumstances of Parties.

3. The committee shall operate under the modalities and procedures adopted by the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement at its first session and report annually to the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement.

Article 16

1. The Conference of the Parties, the supreme body of the Convention, shall serve as the meeting of the Parties to this Agreement.

2. Parties to the Convention that are not Parties to this Agreement may participate as observers in the proceedings of any session of the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement. When the Conference of the Parties serves as the meeting of the Parties to this Agreement, decisions under this Agreement shall be taken only by those that are Parties to this Agreement.

3. When the Conference of the Parties serves as the meeting of the Parties to this Agreement, any member of the Bureau of the Conference of the Parties representing a Party to the Convention but, at that time, not a Party to this Agreement, shall be replaced by an additional member to be elected by and from amongst the Parties to this Agreement.

4. The Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement shall keep under regular review the implementation of this Agreement and shall make, within its mandate, the decisions necessary to promote its effective implementation. It shall perform the functions assigned to it by this Agreement and shall:

(a) Establish such subsidiary bodies as deemed necessary for the implementation of this Agreement; and

(b) Exercise such other functions as may be required for the implementation of this Agreement.

5. The rules of procedure of the Conference of the Parties and the financial procedures applied under the Convention shall

Article 15

1. Il est institué un mécanisme pour faciliter la mise en œuvre et promouvoir le respect des dispositions du présent Accord.

2. Le mécanisme visé au paragraphe 1 du présent article est constitué d'un comité d'experts et axé sur la facilitation, et fonctionne d'une manière qui est transparente, non accusatoire et non punitive. Le comité accorde une attention particulière à la situation et aux capacités nationales respectives des Parties.

3. Le comité exerce ses activités selon les modalités et procédures arrêtées par la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord à sa première session et lui rend compte chaque année.

Article 16

1. En tant qu'organe suprême de la Convention, la Conférence des Parties agit comme réunion des Parties au présent Accord.

2. Les Parties à la Convention qui ne sont pas Parties au présent Accord peuvent participer en qualité d'observateurs aux travaux de toute session de la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord. Lorsque la Conférence des Parties agit comme réunion des Parties au présent Accord, les décisions au titre dudit Accord sont prises uniquement par les Parties à la Convention qui sont Parties à l'Accord.

3. Lorsque la Conférence des Parties agit comme réunion des Parties au présent Accord, tout membre du Bureau de la Conférence des Parties représentant une Partie à la Convention mais qui, à ce moment-là, n'est pas Partie au présent Accord, est remplacé par un nouveau membre élu par les Parties à l'Accord et parmi celles-ci.

4. La Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord fait régulièrement le point de la mise en œuvre du présent Accord et prend, dans les limites de son mandat, les décisions nécessaires pour en promouvoir la mise en œuvre effective. Elle exerce les fonctions qui lui sont conférées par le présent Accord et:

a) Elle crée les organes subsidiaires jugés nécessaires à la mise en œuvre du présent Accord;

b) Elle exerce les autres fonctions qui peuvent se révéler nécessaires aux fins de la mise en œuvre du présent Accord.

5. Le règlement intérieur de la Conférence des Parties et les procédures financières appliquées au titre de la Convention

Artikel 15

(1) Hiermit wird ein Mechanismus zur Erleichterung der Durchführung und zur Förderung der Einhaltung der Bestimmungen dieses Übereinkommens eingerichtet.

(2) Der in Absatz 1 genannte Mechanismus besteht aus einem Ausschuss, der sich aus Sachverständigen zusammensetzt, einen vermittelnden Charakter hat und in einer transparenten, als nicht streitig angelegten und nicht auf Strafen ausgerichteten Weise handelt. Der Ausschuss berücksichtigt besonders die jeweiligen nationalen Fähigkeiten und Gegebenheiten der Vertragsparteien.

(3) Der Ausschuss nimmt seine Aufgaben nach den Modalitäten und Verfahren wahr, die von der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien auf ihrer ersten Tagung beschlossen werden, und erstattet dieser jährlich Bericht.

Artikel 16

(1) Die Konferenz der Vertragsparteien als oberstes Gremium des Rahmenübereinkommens dient als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens.

(2) Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens, die nicht Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, können an den Beratungen jeder Tagung der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien als Beobachter teilnehmen. Dient die Konferenz der Vertragsparteien als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens, so werden Beschlüsse aufgrund dieses Übereinkommens nur von den Vertragsparteien dieses Übereinkommens gefasst.

(3) Dient die Konferenz der Vertragsparteien als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens, so wird jedes Mitglied des Präsidiums der Konferenz der Vertragsparteien, das eine Vertragspartei des Rahmenübereinkommens, aber zu dem Zeitpunkt keine Vertragspartei dieses Übereinkommens vertritt, durch ein zusätzliches Mitglied ersetzt, das von den Vertragsparteien dieses Übereinkommens aus den eigenen Reihen zu wählen ist.

(4) Die als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienende Konferenz der Vertragsparteien überprüft in regelmäßigen Abständen die Durchführung dieses Übereinkommens und fasst im Rahmen ihres Auftrags die notwendigen Beschlüsse, um seine wirksame Durchführung zu fördern. Sie erfüllt die ihr aufgrund dieses Übereinkommens zugewiesenen Aufgaben und

a) setzt die zur Durchführung dieses Übereinkommens für notwendig erachteten Nebenorgane ein;

b) erfüllt die zur Durchführung dieses Übereinkommens notwendigen sonstigen Aufgaben.

(5) Die Geschäftsordnung der Konferenz der Vertragsparteien und die aufgrund des Rahmenübereinkommens angewendete Fi-

be applied *mutatis mutandis* under this Agreement, except as may be otherwise decided by consensus by the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement.

6. The first session of the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement shall be convened by the secretariat in conjunction with the first session of the Conference of the Parties that is scheduled after the date of entry into force of this Agreement. Subsequent ordinary sessions of the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement shall be held in conjunction with ordinary sessions of the Conference of the Parties, unless otherwise decided by the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement.

7. Extraordinary sessions of the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement shall be held at such other times as may be deemed necessary by the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement or at the written request of any Party, provided that, within six months of the request being communicated to the Parties by the secretariat, it is supported by at least one third of the Parties.

8. The United Nations and its specialized agencies and the International Atomic Energy Agency, as well as any State member thereof or observers thereto not party to the Convention, may be represented at sessions of the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement as observers. Any body or agency, whether national or international, governmental or non-governmental, which is qualified in matters covered by this Agreement and which has informed the secretariat of its wish to be represented at a session of the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement as an observer, may be so admitted unless at least one third of the Parties present object. The admission and participation of observers shall be subject to the rules of procedure referred to in paragraph 5 of this Article.

Article 17

1. The secretariat established by Article 8 of the Convention shall serve as the secretariat of this Agreement.

2. Article 8, paragraph 2, of the Convention on the functions of the secretariat, and Article 8, paragraph 3, of the Convention, on the arrangements made for the functioning of the secretariat, shall apply *mutatis mutandis* to this Agreement. The secretariat shall, in addition, exercise the functions assigned to it under this Agreement and by

s'appliquent *mutatis mutandis* au titre du présent Accord, sauf si la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord en décide autrement par consensus.

6. Le secrétariat convoque la première session de la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord à l'occasion de la première session de la Conférence des Parties prévue après l'entrée en vigueur du présent Accord. Les sessions ordinaires ultérieures de la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord coïncideront avec les sessions ordinaires de la Conférence des Parties, à moins que la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord n'en décide autrement.

7. La Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord tient des sessions extraordinaires à tout autre moment lorsqu'elle le juge nécessaire ou si une Partie en fait la demande par écrit, à condition que cette demande soit appuyée par un tiers au moins des Parties dans les six mois qui suivent sa communication aux Parties par le secrétariat.

8. L'Organisation des Nations Unies, ses institutions spécialisées et l'Agence internationale de l'énergie atomique, ainsi que tout État membre d'une de ces organisations ou doté du statut d'observateur auprès de l'une d'elles qui n'est pas Partie à la Convention, peuvent être représentés aux sessions de la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord en qualité d'observateurs. Tout organe ou organisme, national ou international, gouvernemental ou non gouvernemental, qui est compétent dans les domaines visés par le présent Accord et qui a fait savoir au secrétariat qu'il souhaitait être représenté en qualité d'observateur à une session de la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord peut y être admis en cette qualité à moins qu'un tiers au moins des Parties présentes n'y fassent objection. L'admission et la participation d'observateurs sont régies par le règlement intérieur visé au paragraphe 5 du présent article.

Article 17

1. Le secrétariat créé en application de l'article 8 de la Convention assure le secrétariat du présent Accord.

2. Le paragraphe 2 de l'article 8 de la Convention relatif aux fonctions de secrétariat et le paragraphe 3 de ce même article concernant les dispositions voulues pour son fonctionnement s'appliquent *mutatis mutandis* au présent Accord. Le secrétariat exerce en outre les fonctions qui lui sont confiées au titre du présent Accord et par la

nanzordnung finden sinngemäß im Rahmen dieses Übereinkommens Anwendung, sofern nicht die als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienende Konferenz der Vertragsparteien durch Konsens etwas anderes beschließt.

(6) Die erste Tagung der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien wird vom Sekretariat in Verbindung mit der ersten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien einberufen, die nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens anberaumt wird. Nachfolgende ordentliche Tagungen der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien finden in Verbindung mit ordentlichen Tagungen der Konferenz der Vertragsparteien statt, sofern nicht die als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienende Konferenz der Vertragsparteien etwas anderes beschließt.

(7) Außerordentliche Tagungen der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien finden statt, wenn es die als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienende Konferenz der Vertragsparteien für notwendig erachtet oder eine Vertragspartei schriftlich beantragt, sofern dieser Antrag innerhalb von sechs Monaten nach seiner Übermittlung durch das Sekretariat von mindestens einem Drittel der Vertragsparteien unterstützt wird.

(8) Die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen und die Internationale Atomenergie-Organisation sowie jeder Mitgliedstaat einer solchen Organisation oder jeder Beobachter bei einer solchen Organisation, der nicht Vertragspartei des Rahmenübereinkommens ist, können auf den Tagungen der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien als Beobachter vertreten sein. Jede Stelle, national oder international, staatlich oder nichtstaatlich, die in von diesem Übereinkommen erfassten Angelegenheiten fachlich befähigt ist und dem Sekretariat ihren Wunsch mitgeteilt hat, auf einer Tagung der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien als Beobachter vertreten zu sein, kann als solcher zugelassen werden, sofern nicht mindestens ein Drittel der anwesenden Vertragsparteien widerspricht. Die Zulassung und Teilnahme von Beobachtern unterliegen der in Absatz 5 bezeichneten Geschäftsordnung.

Artikel 17

(1) Das nach Artikel 8 des Rahmenübereinkommens eingesetzte Sekretariat dient als Sekretariat dieses Übereinkommens.

(2) Artikel 8 Absatz 2 des Rahmenübereinkommens über die Aufgaben des Sekretariats und Artikel 8 Absatz 3 des Rahmenübereinkommens über die für sein ordnungsgemäßes Arbeiten zu treffenden Vorkehrungen finden sinngemäß auf dieses Übereinkommen Anwendung. Das Sekretariat erfüllt darüber hinaus die ihm aufgrund dieses

the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement.

Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord.

Übereinkommens und von der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien zugewiesenen Aufgaben.

Article 18

1. The Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice and the Subsidiary Body for Implementation established by Articles 9 and 10 of the Convention shall serve, respectively, as the Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice and the Subsidiary Body for Implementation of this Agreement. The provisions of the Convention relating to the functioning of these two bodies shall apply *mutatis mutandis* to this Agreement. Sessions of the meetings of the Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice and the Subsidiary Body for Implementation of this Agreement shall be held in conjunction with the meetings of, respectively, the Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice and the Subsidiary Body for Implementation of the Convention.

2. Parties to the Convention that are not Parties to this Agreement may participate as observers in the proceedings of any session of the subsidiary bodies. When the subsidiary bodies serve as the subsidiary bodies of this Agreement, decisions under this Agreement shall be taken only by those that are Parties to this Agreement.

3. When the subsidiary bodies established by Articles 9 and 10 of the Convention exercise their functions with regard to matters concerning this Agreement, any member of the bureaux of those subsidiary bodies representing a Party to the Convention but, at that time, not a Party to this Agreement, shall be replaced by an additional member to be elected by and from amongst the Parties to this Agreement.

Article 18

1. L'Organe subsidiaire de conseil scientifique et technologique et l'Organe subsidiaire de mise en œuvre créés par les articles 9 et 10 de la Convention font office, respectivement, d'Organe subsidiaire de conseil scientifique et technologique et d'Organe subsidiaire de mise en œuvre du présent Accord. Les dispositions de la Convention relatives au fonctionnement de ces deux organes s'appliquent *mutatis mutandis* au présent Accord. Les réunions de l'Organe subsidiaire de conseil scientifique et technologique et de l'Organe subsidiaire de mise en œuvre du présent Accord coïncident avec celles de l'Organe subsidiaire de conseil scientifique et technologique et de l'Organe subsidiaire de mise en œuvre de la Convention.

2. Les Parties à la Convention qui ne sont pas Parties au présent Accord peuvent participer en qualité d'observateurs aux travaux de toute session des organes subsidiaires. Lorsque les organes subsidiaires agissent en tant qu'organes subsidiaires du présent Accord, les décisions au titre dudit Accord sont prises uniquement par les Parties à la Convention qui sont Parties à l'Accord.

3. Lorsque les organes subsidiaires créés par les articles 9 et 10 de la Convention exercent leurs fonctions dans un domaine qui relève du présent Accord, tout membre de leurs bureaux représentant une Partie à la Convention mais qui, à ce moment-là, n'est pas Partie au présent Accord, est remplacé par un nouveau membre élu par les Parties à l'Accord et parmi celles-ci.

Artikel 18

(1) Das Nebenorgan für wissenschaftliche und technologische Beratung und das Nebenorgan für die Durchführung, die nach Artikel 9 beziehungsweise 10 des Rahmenübereinkommens eingesetzt sind, dienen als Nebenorgan für wissenschaftliche und technologische Beratung beziehungsweise Nebenorgan für die Durchführung dieses Übereinkommens. Die Bestimmungen des Rahmenübereinkommens über die Arbeit dieser beiden Organe finden sinngemäß auf dieses Übereinkommen Anwendung. Tagungen des Nebenorgans für wissenschaftliche und technologische Beratung und des Nebenorgans für die Durchführung dieses Übereinkommens werden in Verbindung mit den Tagungen des Nebenorgans für wissenschaftliche und technologische Beratung beziehungsweise des Nebenorgans für die Durchführung des Rahmenübereinkommens abgehalten.

(2) Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens, die nicht Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, können an den Beratungen jeder Tagung der Nebenorgane als Beobachter teilnehmen. Dienen die Nebenorgane als Nebenorgane dieses Übereinkommens, so werden Beschlüsse aufgrund dieses Übereinkommens nur von den Vertragsparteien dieses Übereinkommens gefasst.

(3) Erfüllen die aufgrund der Artikel 9 und 10 des Rahmenübereinkommens eingesetzten Nebenorgane ihre Aufgaben im Zusammenhang mit Angelegenheiten, die dieses Übereinkommen betreffen, so wird jedes Mitglied der Präsidien dieser Nebenorgane, das eine Vertragspartei des Rahmenübereinkommens, aber zu dem Zeitpunkt keine Vertragspartei dieses Übereinkommens vertritt, durch ein zusätzliches Mitglied ersetzt, das von den Vertragsparteien dieses Übereinkommens aus den eigenen Reihen zu wählen ist.

Article 19

1. Subsidiary bodies or other institutional arrangements established by or under the Convention, other than those referred to in this Agreement, shall serve this Agreement upon a decision of the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement. The Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement shall specify the functions to be exercised by such subsidiary bodies or arrangements.

2. The Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to this Agreement may provide further guidance to such subsidiary bodies and institutional arrangements.

Article 19

1. Les organes subsidiaires ou les autres dispositifs institutionnels créés par la Convention ou qui en relèvent, autres que ceux mentionnés dans le présent Accord, concourent à l'application du présent Accord sur décision de la Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord. Celle-ci précise les fonctions qu'exerceront lesdits organes ou dispositifs.

2. La Conférence des Parties agissant comme réunion des Parties au présent Accord peut donner de nouvelles directives à ces organes subsidiaires et dispositifs institutionnels.

Artikel 19

(1) Die durch das Rahmenübereinkommen oder in seinem Rahmen eingesetzten Nebenorgane oder anderen institutionellen Regelungen, die nicht in diesem Übereinkommen genannt sind, dienen diesem Übereinkommen auf Beschluss der als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienenden Konferenz der Vertragsparteien. Die als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienende Konferenz der Vertragsparteien legt die von diesen Nebenorganen oder Regelungen zu erfüllenden Aufgaben fest.

(2) Die als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienende Konferenz der Vertragsparteien kann diesen Nebenorganen und institutionellen Regelungen weitere Maßgaben erteilen.

Article 20

1. This Agreement shall be open for signature and subject to ratification, acceptance or approval by States and regional economic integration organizations that are Parties to the Convention. It shall be open for signature at the United Nations Headquarters in New York from 22 April 2016 to 21 April 2017. Thereafter, this Agreement shall be open for accession from the day following the date on which it is closed for signature. Instruments of ratification, acceptance, approval or accession shall be deposited with the Depositary.

2. Any regional economic integration organization that becomes a Party to this Agreement without any of its member States being a Party shall be bound by all the obligations under this Agreement. In the case of regional economic integration organizations with one or more member States that are Parties to this Agreement, the organization and its member States shall decide on their respective responsibilities for the performance of their obligations under this Agreement. In such cases, the organization and the member States shall not be entitled to exercise rights under this Agreement concurrently.

3. In their instruments of ratification, acceptance, approval or accession, regional economic integration organizations shall declare the extent of their competence with respect to the matters governed by this Agreement. These organizations shall also inform the Depositary, who shall in turn inform the Parties, of any substantial modification in the extent of their competence.

Article 21

1. This Agreement shall enter into force on the thirtieth day after the date on which at least 55 Parties to the Convention accounting in total for at least an estimated 55 per cent of the total global greenhouse gas emissions have deposited their instruments of ratification, acceptance, approval or accession.

2. Solely for the limited purpose of paragraph 1 of this Article, “total global greenhouse gas emissions” means the most up-to-date amount communicated on or before the date of adoption of this Agreement by the Parties to the Convention.

3. For each State or regional economic integration organization that ratifies, accepts or approves this Agreement or accedes thereto after the conditions set out in paragraph 1 of this Article for entry into force have been fulfilled, this Agreement shall enter into force on the thirtieth day after the date of deposit by such State or regional economic integration organization of its instrument of ratification, acceptance, ap-

Article 20

1. Le présent Accord est ouvert à la signature et soumis à la ratification, l’acceptation ou l’approbation des États et des organisations régionales d’intégration économique qui sont Parties à la Convention. Il sera ouvert à la signature au Siège de l’Organisation des Nations Unies à New York du 22 avril 2016 au 21 avril 2017 et sera ouvert à l’adhésion dès le lendemain du jour où il cessera d’être ouvert à la signature. Les instruments de ratification, d’acceptation, d’approbation ou d’adhésion sont déposés auprès du Dépositaire.

2. Toute organisation régionale d’intégration économique qui devient Partie au présent Accord sans qu’aucun de ses États membres y soit Partie est liée par toutes les obligations découlant du présent Accord. Lorsqu’un ou plusieurs États membres d’une organisation régionale d’intégration économique sont Parties au présent Accord, cette organisation et ses États membres conviennent de leurs responsabilités respectives aux fins de l’exécution de leurs obligations au titre du présent Accord. En pareil cas, l’organisation et ses États membres ne sont pas habilités à exercer concurremment les droits découlant du présent Accord.

3. Dans leurs instruments de ratification, d’acceptation, d’approbation ou d’adhésion, les organisations régionales d’intégration économique indiquent l’étendue de leur compétence à l’égard des questions régies par le présent Accord. En outre, ces organisations informent le Dépositaire, qui en informe à son tour les Parties, de toute modification importante de l’étendue de leur compétence.

Article 21

1. Le présent Accord entre en vigueur le trentième jour qui suit la date du dépôt de leurs instruments de ratification, d’acceptation, d’approbation ou d’adhésion par au moins 55 Parties à la Convention qui représentent au total au moins un pourcentage estimé à 55 % du total des émissions mondiales de gaz à effet de serre.

2. Aux seules fins du paragraphe 1 du présent article, on entend par «total des émissions mondiales de gaz à effet de serre» la quantité la plus récente communiquée le jour de l’adoption du présent Accord par les Parties à la Convention ou avant cette date.

3. À l’égard de chaque État ou organisation régionale d’intégration économique qui ratifie, accepte ou approuve l’Accord ou y adhère une fois que les conditions requises pour l’entrée en vigueur énoncées au paragraphe 1 du présent article ont été remplies, le présent Accord entre en vigueur le trentième jour qui suit la date du dépôt par cet État ou cette organisation de son instrument de ratification, d’acceptation, d’appro-

Artikel 20

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Staaten und Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens sind, zur Unterzeichnung auf; es bedarf der Ratifikation, der Annahme oder der Genehmigung durch sie. Es liegt vom 22. April 2016 bis 21. April 2017 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf. Danach steht dieses Übereinkommen von dem Tag an, an dem es nicht mehr zur Unterzeichnung aufliegt, zum Beitritt offen. Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- und Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

(2) Jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die Vertragspartei dieses Übereinkommens wird, ohne dass einer ihrer Mitgliedstaaten Vertragspartei ist, ist durch alle Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen gebunden. Sind ein oder mehrere Mitgliedstaaten einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration Vertragspartei dieses Übereinkommens, so entscheiden die Organisation und ihre Mitgliedstaaten über ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen. In diesen Fällen sind die Organisation und die Mitgliedstaaten nicht berechtigt, die Rechte aufgrund dieses Übereinkommens gleichzeitig auszuüben.

(3) In ihren Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden erklären die Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration den Umfang ihrer Zuständigkeiten in Bezug auf die durch dieses Übereinkommen erfassten Angelegenheiten. Diese Organisationen teilen auch jede wesentliche Änderung des Umfangs ihrer Zuständigkeiten dem Verwahrer mit, der seinerseits die Vertragsparteien unterrichtet.

Artikel 21

(1) Dieses Übereinkommen tritt am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem mindestens 55 Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens, auf die insgesamt ein geschätzter Anteil von mindestens 55 v. H. der gesamten weltweiten Emissionen von Treibhausgasen entfällt, ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden hinterlegt haben.

(2) Einzig und allein für den Zweck des Absatzes 1 bedeutet „die gesamten weltweiten Emissionen von Treibhausgasen“ die aktuellste Menge, die von den Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens an oder vor dem Tag der Annahme dieses Übereinkommens übermittelt wurde.

(3) Für jeden Staat oder für jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, der beziehungsweise die nach Erfüllung der in Absatz 1 vorgesehenen Bedingungen für das Inkrafttreten dieses Übereinkommen ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beitritt, tritt dieses Übereinkommen am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde durch den

proval or accession.

4. For the purposes of paragraph 1 of this Article, any instrument deposited by a regional economic integration organization shall not be counted as additional to those deposited by its member States.

Article 22

The provisions of Article 15 of the Convention on the adoption of amendments to the Convention shall apply *mutatis mutandis* to this Agreement.

Article 23

1. The provisions of Article 16 of the Convention on the adoption and amendment of annexes to the Convention shall apply *mutatis mutandis* to this Agreement.

2. Annexes to this Agreement shall form an integral part thereof and, unless otherwise expressly provided for, a reference to this Agreement constitutes at the same time a reference to any annexes thereto. Such annexes shall be restricted to lists, forms and any other material of a descriptive nature that is of a scientific, technical, procedural or administrative character.

Article 24

The provisions of Article 14 of the Convention on settlement of disputes shall apply *mutatis mutandis* to this Agreement.

Article 25

1. Each Party shall have one vote, except as provided for in paragraph 2 of this Article.

2. Regional economic integration organizations, in matters within their competence, shall exercise their right to vote with a number of votes equal to the number of their member States that are Parties to this Agreement. Such an organization shall not exercise its right to vote if any of its member States exercises its right, and vice versa.

Article 26

The Secretary-General of the United Nations shall be the Depositary of this Agreement.

Article 27

No reservations may be made to this Agreement.

Article 28

1. At any time after three years from the date on which this Agreement has entered

bation ou d'adhésion.

4. Aux fins du paragraphe 1 du présent article, tout instrument déposé par une organisation régionale d'intégration économique ne s'ajoute pas à ceux qui sont déposés par les États membres de cette organisation.

Article 22

Les dispositions de l'article 15 de la Convention relatif à l'adoption d'amendements s'appliquent *mutatis mutandis* au présent Accord.

Article 23

1. Les dispositions de l'article 16 de la Convention relatives à l'adoption et à l'amendement d'annexes de la Convention s'appliquent *mutatis mutandis* au présent Accord.

2. Les annexes du présent Accord font partie intégrante de celui-ci et, sauf disposition contraire expresse, toute référence au présent Accord constitue en même temps une référence à ses annexes. Celles-ci se limitent à des listes, formules et autres documents descriptifs de caractère scientifique, technique, procédural ou administratif.

Article 24

Les dispositions de l'article 14 de la Convention relatif au règlement des différends s'appliquent *mutatis mutandis* au présent Accord.

Article 25

1. Chaque Partie dispose d'une voix, sous réserve des dispositions du paragraphe 2 du présent article.

2. Dans les domaines de leur compétence, les organisations régionales d'intégration économique disposent, pour exercer leur droit de vote, d'un nombre de voix égal au nombre de leurs États membres qui sont Parties au présent Accord. Ces organisations n'exercent pas leur droit de vote si l'un quelconque de leurs États membres exerce le sien, et inversement.

Article 26

Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies est le Dépositaire du présent Accord.

Article 27

Aucune réserve ne peut être faite au présent Accord.

Article 28

1. À l'expiration d'un délai de trois ans à compter de la date d'entrée en vigueur du

betreffenden Staat oder die betreffende Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration in Kraft.

(4) Für die Zwecke des Absatzes 1 zählt eine von einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration hinterlegte Urkunde nicht als zusätzliche Urkunde zu den von ihren Mitgliedstaaten hinterlegten Urkunden.

Artikel 22

Die Bestimmungen des Artikels 15 des Rahmenübereinkommens über die Beschlussfassung über Änderungen des Rahmenübereinkommens finden sinngemäß auf dieses Übereinkommen Anwendung.

Artikel 23

(1) Die Bestimmungen des Artikels 16 des Rahmenübereinkommens über die Beschlussfassung über Anlagen und Änderung von Anlagen des Rahmenübereinkommens finden sinngemäß auf dieses Übereinkommen Anwendung.

(2) Die Anlagen dieses Übereinkommens sind Bestandteil dieses Übereinkommens; sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vorgesehen ist, stellt eine Bezugnahme auf dieses Übereinkommen gleichzeitig eine Bezugnahme auf die Anlagen dar. Solche Anlagen sind auf Listen, Formblätter und andere erläuternde Materialien wissenschaftlicher, technischer, verfahrensmäßiger oder verwaltungstechnischer Art beschränkt.

Artikel 24

Die Bestimmungen des Artikels 14 des Rahmenübereinkommens über die Beilegung von Streitigkeiten finden sinngemäß auf dieses Übereinkommen Anwendung.

Artikel 25

(1) Jede Vertragspartei hat eine Stimme, sofern nicht in Absatz 2 etwas anderes bestimmt ist.

(2) Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration üben in Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit ihr Stimmrecht mit der Anzahl von Stimmen aus, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind. Eine solche Organisation übt ihr Stimmrecht nicht aus, wenn einer ihrer Mitgliedstaaten sein Stimmrecht ausübt, und umgekehrt.

Artikel 26

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen ist Verwahrer dieses Übereinkommens.

Artikel 27

Vorbehalte zu diesem Übereinkommen sind nicht zulässig.

Artikel 28

(1) Eine Vertragspartei kann jederzeit nach Ablauf von drei Jahren nach dem Zeitpunkt,

into force for a Party, that Party may withdraw from this Agreement by giving written notification to the Depositary.

2. Any such withdrawal shall take effect upon expiry of one year from the date of receipt by the Depositary of the notification of withdrawal, or on such later date as may be specified in the notification of withdrawal.

3. Any Party that withdraws from the Convention shall be considered as also having withdrawn from this Agreement.

Article 29

The original of this Agreement, of which the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Done at Paris this twelfth day of December two thousand and fifteen.

In witness whereof, the undersigned, being duly authorized to that effect, have signed this Agreement.

présent Accord à l'égard d'une Partie, cette Partie peut, à tout moment, le dénoncer par notification écrite adressée au Dépositaire.

2. Cette dénonciation prend effet à l'expiration d'un délai d'un an à compter de la date à laquelle le Dépositaire en reçoit notification, ou à toute date ultérieure pouvant être spécifiée dans ladite notification.

3. Toute Partie qui aura dénoncé la Convention sera réputée avoir dénoncé également le présent Accord.

Article 29

L'original du présent Accord, dont les textes anglais, arabe, chinois, espagnol, français et russe font également foi, sera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Fait à Paris le douze décembre deux mille quinze.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Accord.

zu dem dieses Übereinkommen für sie in Kraft getreten ist, durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation von diesem Übereinkommen zurücktreten.

(2) Der Rücktritt wird nach Ablauf eines Jahres nach dem Eingang der Rücktrittsnotifikation beim Verwahrer oder zu einem gegebenenfalls in der Rücktrittsnotifikation genannten späteren Zeitpunkt wirksam.

(3) Eine Vertragspartei, die vom Rahmenübereinkommen zurücktritt, gilt auch als von diesem Übereinkommen zurückgetreten.

Artikel 29

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Geschehen zu Paris am 12. Dezember 2015.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Denkschrift zum Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015

I. Allgemeines

1. Am 12. Dezember 2015 hat die 21. Konferenz der Vertragsparteien (COP21) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen vom 9. Mai 1992 über Klimaänderungen (im Folgenden: Klimarahmenübereinkommen) (BGBl. 1993 II S. 1783, 1784) in Paris den Text eines neuen Übereinkommens zum Klimaschutz angenommen. Mit dem Übereinkommen von Paris ist der Staatengemeinschaft ein historischer Schritt zur Stärkung von Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung gelungen: Die Parteien verpflichten sich, immer ambitioniertere Maßnahmen zu ergreifen, um die Erderwärmung deutlich unter 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten. Es sollen sogar Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C zu begrenzen. Das Übereinkommen formuliert überdies das ehrgeizige Ziel, in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts Treibhausgasneutralität zu erreichen. Neben der Reduzierung von Treibhausgasemissionen steht auch die Anpassung an den Klimawandel im Mittelpunkt des Übereinkommens. Auch wird die Konsistenz der Finanzmittelflüsse mit diesen Klimazielen als explizites und übergeordnetes Ziel des Übereinkommens definiert. Zugleich sichert das Übereinkommen finanzielle Unterstützung für die Entwicklungsländer, Technologieentwicklung, -transfer und Kapazitätsaufbau zu und verstärkt die Transparenz über die Klimaschutzmaßnahmen und die bereitgestellte Unterstützung. Auch der Umgang mit Verlusten und Schäden durch Klimawandel wird im Übereinkommen adressiert.

2. Der Fünfte Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change „IPCC“) von September 2013 und März/April 2014 bestätigt erneut, dass sich das Klima gegenwärtig ändert und dass dies auf menschlichen Einflüssen beruht. Die Bundesregierung teilt diese Auffassung des IPCC und macht sich die wesentlichen Ergebnisse des Fünften Sachstandsberichts, zusammengefasst in den nachfolgenden Nummern 3 bis 7, für ihre Klimaschutzpolitik zu eigen.

3. Die Erwärmung des Klimasystems ist eindeutig, und viele der seit den 1950er Jahren beobachteten Veränderungen des Klimasystems und der Umwelt sind seit Jahrzehnten bis Jahrtausenden nie aufgetreten. Die Atmosphäre und die Ozeane haben sich erwärmt, die Schnee- und Eismengen sind zurückgegangen, der Meeresspiegel ist angestiegen und die Konzentrationen der Treibhausgase haben zugenommen. Die Konzentrationen von Kohlendioxid, Methan und Lachgas sind auf Werte angestiegen, die seit mindestens den letzten 800 000 Jahren nicht vorgekommen sind. Die Kohlendioxidkonzentrationen sind seit der vorindustriellen Zeit um 40 Prozent angestiegen, primär durch die Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe und sekundär durch Nettoemissionen aufgrund von Landnutzungsänderungen. Jedes der letzten drei Jahrzehnte war an der Erdoberfläche wärmer als alle vorangegangenen Jahrzehnte seit dem Jahr 1850.

4. Der menschliche Einfluss auf das Klimasystem ist eindeutig. Dies folgt aus den ansteigenden Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre, dem positiven Strahlungsantrieb und der beobachteten Erwärmung. Die Indizien für den menschlichen Einfluss haben seit dem im Jahr 2007 veröffentlichten Vierten Sachstandsbericht des IPCC weiter zugenommen. Es ist äußerst wahrscheinlich, dass der menschliche Einfluss die Hauptursache der beobachteten Erwärmung seit Mitte des 20. Jahrhunderts war.

5. Ein ungebremster Ausstoß von Treibhausgasen könnte das Klimasystem verändern. Vielfältige und deutliche Veränderungen wären zu erwarten, etwa bei Niederschlägen, Eis und Schnee, der Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen, Meeresspiegelanstieg und der Versauerung der Ozeane. Alle Regionen der Erde wären betroffen. Viele der Veränderungen im Klimasystem blieben über Jahrhunderte bestehen, auch wenn keine Treibhausgase mehr freigesetzt würden. Diese Veränderungen hätten gravierende Auswirkungen auf den Menschen. Zahlreiche Risiken würden erhöht, etwa für die Nahrungssicherheit, die Verfügbarkeit von Wasserressourcen und die menschliche Gesundheit. Die größten Risiken hätten arme und sozial benachteiligte Gruppen zu tragen.

6. Wenn die Menschheit durch ambitionierte und rasche Klimaschutzmaßnahmen sicherstellt, dass die globale Temperatur im Vergleich zu vorindustriellen Bedingungen um nicht mehr als 2 °C steigt, können viele Risiken des Klimawandels durch ausreichende Anpassung noch einigermaßen beherrscht werden. Je stärker die 2-°C-Obergrenze überschritten wird, desto gravierender werden die Folgen für Gesellschaft und Wirtschaft sein. Ein globaler Temperaturanstieg um 4 °C und mehr gegenüber vorindustriellem Niveau würde sehr hohe Risiken für Menschen und Ökosysteme sowie unvermeidbare Schäden mit sich bringen.

7. Soll die globale Erwärmung begrenzt werden, sind dafür erhebliche Minderungen der Treibhausgasemissionen notwendig. Die Forschungsergebnisse zeigen, dass bei sehr ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen die Möglichkeit besteht, die globale Erwärmung unterhalb von 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten. Werden tiefgreifende globale Maßnahmen zum Klimaschutz verzögert, so erschwert dies die Einhaltung der 2-°C-Obergrenze, reduziert die Handlungsmöglichkeiten und steigert die künftigen Klimaschutzkosten erheblich. Ohne Klimaschutzanstrengungen wäre gegen Ende dieses Jahrhunderts mit einem Temperaturanstieg von mehr als 5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu rechnen.

8. Bei einer Erwärmung von nur 1,5 °C können die Risiken, zum Beispiel für empfindliche Ökosysteme wie Korallenriffe oder die Nahrungsmittelproduktion und zusätzlicher Meeresspiegelanstieg, verringert werden. Je später entschieden gehandelt wird, desto größer werden die Abhängigkeit von risikobehafteten Technologien und die Kosten von Klimaschutz. Dies unterstreicht die Dringlichkeit von sofortigen, ambi-

tionierten Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen.

9. Diese mit Klimasimulationen und anderen wissenschaftlichen Methoden gewonnenen Erkenntnisse sind ausreichend, um eine an Vorsorgegrundsätzen orientierte Klimapolitik zu begründen. Die internationale Staatengemeinschaft muss daher rasch alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu stabilisieren, auf dem gefährliche Störungen des Klimasystems und deren Folgen verhindert werden. Eine derartige Stabilisierung ist nur durch eine drastische Reduzierung der globalen Treibhausgasemissionen erreichbar.

10. Die Notwendigkeit weltweiter Maßnahmen zum Schutz des Klimas haben die Vereinten Nationen bereits im Jahr 1992 mit der Annahme des Klimarahmenübereinkommens anerkannt. Mit der Annahme des Protokolls von Kyoto zum Klimarahmenübereinkommen am 11. Dezember 1997 (BGBl. 2002 II S. 966, 967) verpflichteten sich die Industrieländer erstmals zu verbindlichen, quantitativen Zielvorgaben zur Reduktion von klimaschädlichen Treibhausgasen. Das Protokoll von Kyoto trat am 16. Februar 2005 in Kraft (BGBl. 2005 II S. 150). Der erste Verpflichtungszeitraum dauerte vom Beginn des Jahres 2008 bis zum Ende des Jahres 2012. Auf der Vertragsstaatenkonferenz in Doha im Jahr 2012 wurde der zweite Verpflichtungszeitraum beschlossen, der vom Beginn des Jahres 2013 bis zum Ende des Jahres 2020 dauert (BGBl. 2015 II S. 306, 307). Die EU und ihre Mitgliedstaaten übernahmen im zweiten Verpflichtungszeitraum das Ziel, ihre Emissionen um 20 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken.

11. Da das Protokoll von Kyoto für die Entwicklungs- und Schwellenländer keine Reduzierungsverpflichtungen vorsah und auch einige Industriestaaten nicht verbindlich verpflichtet wurden, einigten sich die Staaten auf der Vertragsstaatenkonferenz in Durban im Jahr 2011 darauf, einen Verhandlungsprozess für ein neues Klimaschutzübereinkommen zu starten, das alle Staaten in den Klimaschutz einbeziehen sollte. Dieser Verhandlungsprozess mündete auf der Vertragsstaatenkonferenz in Paris im Jahr 2015 in die Annahme des Übereinkommens von Paris.

12. Ein wesentlicher Unterschied zu vorherigen Klimaverhandlungsprozessen bestand darin, dass ein Großteil der Staaten entsprechend der auf der Vertragsstaatenkonferenz in Warschau im Jahr 2013 getroffenen Entscheidung 1/CP.19 (Dokument UNFCCC/CP/2013/10/Add.1) bereits im Vorfeld der Pariser Klimakonferenz seine „beabsichtigten national bestimmten Beiträge" („intended nationally determined contributions") zu dem Übereinkommen von Paris festgelegt und veröffentlicht hatte. Die EU und ihre Mitgliedstaaten übermittelten am 6. März 2015 den beabsichtigten national bestimmten Beitrag einer EU-internen Treibhausgasreduzierung von mindestens 40 Prozent bis zum Jahr 2030 im Vergleich zum Jahr 1990 (Vorlage Lettlands und der Europäischen Kommission im Namen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten – Beabsichtigte nationale Beiträge der EU und ihrer Mitgliedstaaten, 6. März 2015, vgl. Anlage 2 zur Denkschrift). Dieser entspricht dem Klimaziel der EU, das der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen am 24. Oktober 2014 beschlossen hatte (Dokument EUCO 169/14, vgl. Anlage 1 zur Denkschrift). Die Entscheidung der EU und ihrer Mitgliedstaaten zur internen Umsetzung dieses Ziels steht noch aus. Ein Legislativvorschlag der Kommission für die Sektoren, die dem Emissionshandel unterliegen, liegt bereits vor und wird verhandelt. Voraussichtlich Mitte des Jahres 2016 legt die EU-Kommission einen Legislativvorschlag zur Aufteilung des Klimaziels in den Sektoren außerhalb des Emissionshandels auf die einzelnen Mitgliedstaaten vor.

13. Durch den formalisierten Prozess zur vorherigen Übermittlung der beabsichtigten national bestimmten Beiträge war bei vielen Staaten bereits im Vorfeld ersichtlich, in welchem Umfang sie sich in die künftigen Anstrengungen zum Klimaschutz einbringen würden. Auf der Vertragsstaatenkonferenz in Paris waren die beabsichtigten national bestimmten Beiträge nicht Gegenstand der Verhandlungen. Vielmehr sehen das Übereinkommen von Paris (Artikel 4 Absatz 2) und die begleitende Entscheidung 1/CP.21 (Dokument UNFCCC/CP/2015/10/Add.1*, Paragraph 22; im Folgenden bezeichnet als „Umsetzungsbeschluss zum Übereinkommen") vor, dass die Vertragsparteien bei der Ratifikation des Übereinkommens ihren – dann nicht mehr lediglich „beabsichtigten" – „national bestimmten Beitrag" („nationally determined contribution") übermitteln.

14. Am 22. April 2016 fand in New York eine feierliche Zeremonie statt, bei der 175 Staaten das Übereinkommen von Paris unterzeichneten, darunter auch die EU und ihre Mitgliedstaaten. Außerdem hinterlegten 15 Staaten an diesem Tag bereits ihre Ratifikationsurkunden. Die EU und ihre Mitgliedstaaten werden das Übereinkommen von Paris gemeinsam ratifizieren, da es sich um ein sogenanntes gemischtes Abkommen handelt. Dies ergibt sich daraus, dass weder die EU noch die Mitgliedstaaten alleine die erforderlichen Kompetenzen hätten, um das gesamte Übereinkommen umzusetzen. Das Übereinkommen von Paris tritt in Kraft, wenn mindestens 55 Staaten, auf die mindestens 55 Prozent der weltweiten Treibhausgase entfallen, ihre Ratifikationsurkunde hinterlegt haben.

II. Besonderes

Präambel

In der Präambel haben die Parteien ihre Beweggründe und tragende Grundsätze des Übereinkommens niedergelegt:

Die Parteien haben sich von den Zielen und Grundsätzen des Klimarahmenübereinkommens leiten lassen und erkennen die akute Bedrohungslage durch den Klimawandel an. Sie heben die besonderen Bedürfnisse und Gegebenheiten der Entwicklungsländer hervor und unterstreichen den Zusammenhang zwischen Klimaschutz, nachhaltiger Entwicklung und Armutsbeseitigung.

---

* In Englisch abrufbar unter: http://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/10a01.pdf

Die Präambel verweist darüber hinaus auf Grundwerte wie die Menschenrechte, die Rechte von indigenen Völkern, lokalen Gemeinschaften, Migranten, Kindern, Menschen mit Behinderungen und besonders schutzbedürftigen Menschen und das Recht auf Entwicklung sowie die Gleichstellung der Geschlechter, die Stärkung der Rolle der Frau und die Generationengerechtigkeit. Die Parteien bekräftigen zudem die Bedeutung eines gerechten Strukturwandels für die arbeitende Bevölkerung.

Weiter heben die Parteien hervor, dass die Integrität aller Ökosysteme einschließlich der Meere und der Schutz der biologischen Vielfalt gewährleistet werden sollen.

Schließlich betonen die Parteien die Rolle nachhaltiger Lebensweisen und nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster.

Artikel 1

Dieser Artikel definiert eine Reihe von Begriffen und erklärt darüber hinaus die Begriffsbestimmungen aus Artikel 1 des Klimarahmenübereinkommens für anwendbar.

Artikel 2

Dieser Artikel definiert die übergeordneten Ziele des Übereinkommens.

A b s a t z 1 B u c h s t a b e a formuliert das Ziel, den Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau zu halten und Anstrengungen zu unternehmen, den Temperaturanstieg auf 1,5 °C zu begrenzen. Damit wird das in Artikel 2 des Klimarahmenübereinkommens enthaltene Ziel konkretisiert, eine gefährliche anthropogene Störung des Klimawandels zu verhindern. Die 2-°C-Obergrenze war bisher lediglich in Entscheidungen der Vertragsstaatenkonferenzen enthalten und wird nun erstmals in einem völkerrechtlichen Übereinkommen bekräftigt und mit der Formulierung „deutlich unter" zugleich ambitionierter als bisher üblich formuliert. Die zusätzliche Bezugnahme auf Anstrengungen zu einer Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 °C stellt einen Verhandlungserfolg der Inselstaaten und der besonders verletzlichen Staaten dar.

Nach A b s a t z 1 B u c h s t a b e b sollen Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel und eine emissionsarme Entwicklung gefördert werden, ohne dabei die Nahrungsmittelerzeugung zu bedrohen.

Gemäß A b s a t z 1 B u c h s t a b e c sollen die Finanzmittelflüsse in Einklang gebracht werden mit einem Weg hin zu einer emissionsarmen und gegenüber Klimaänderungen widerstandsfähigen Entwicklung. Die Bestimmung erfasst nicht nur die klassische Klima- und Entwicklungsfinanzierung zwischen Geber- und Empfängerländern, sondern bezieht sich auf alle relevanten öffentlichen wie privaten Finanzmittelflüsse. Dass die bedeutende Rolle von Finanzmittelflüssen für das Erreichen der Klimaschutzziele erstmals übergreifend und völkerrechtlich verankert wurde, ist ein Verhandlungserfolg der EU.

A b s a t z 2 betont, dass die Durchführung des Übereinkommens an der Gerechtigkeit und dem Grundsatz der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten orientiert ist. Die Formulierung kann als eine moderne Interpretation des bereits im Klimarahmenübereinkommen enthaltenen Grundsatzes der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten verstanden werden, da sie stärker auf die individuellen nationalen Gegebenheiten Bezug nimmt.

Artikel 3

Dieser Artikel stellt klar, dass sämtliche Vertragsparteien zur Verwirklichung des in Artikel 2 genannten Zieles ehrgeizige Anstrengungen unternehmen, die in den maßgeblichen Bestimmungen des Übereinkommens von Paris näher definiert werden. Zudem betont der Artikel, dass die Anstrengungen über die Zeit kontinuierlich gesteigert werden sollen, wobei auch der Unterstützungsbedarf von Entwicklungsländern anerkannt wird.

Artikel 4

Dieser Artikel statuiert das grundlegende Pflichtenprogramm im Bereich der Minderung und bildet damit einen der Eckpfeiler des Übereinkommens.

A b s a t z 1 formuliert das gemeinsame Ziel der Vertragsparteien, schnellstmöglich den Scheitelpunkt der weltweiten Treibhausgasemissionen zu erreichen und die Emissionen danach rasch zu reduzieren, um in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts eine Balance zwischen den menschlichen Treibhausgasemissionen und deren Abbau durch Senken zu erreichen. Ziel ist damit letztlich die Treibhausgasneutralität.

A b s a t z 2 regelt die individuellen Beiträge der Vertragsparteien. Sie müssen national festgelegte Klimaschutzbeiträge („nationally determined contributions") erarbeiten und übermitteln und nationale Maßnahmen ergreifen, um die Ziele dieser Beiträge zu verwirklichen. Die national festgelegten Beiträge werden selbst nicht Vertragsbestandteil und erlangen auch keine Rechtsverbindlichkeit. Die Parteien schulden somit zwar kein verbindliches Ergebnis, aber die Ergreifung darauf gerichteter Maßnahmen.

Bereits im Vorfeld des Übereinkommens hat der überwiegende Teil der Staatengemeinschaft seine beabsichtigten national festgelegten Beiträge vorgelegt. Diese werden jedoch noch nicht zur Einhaltung der 2-°C-Obergrenze genügen, wie die Vertragsstaatenkonferenz im Umsetzungsbeschluss zum Übereinkommen (Paragraph 17) festgehalten hat. Die A b s ä t z e 3 u n d 9 definieren daher einen Prozess der kontinuierlichen Ambitionssteigerung im Sinne eines Progressionsgebotes. Alle fünf Jahre haben die Vertragsparteien neue national festgelegte Beiträge zu übermitteln, die jeweils ambitionierter ausfallen als die vorherigen. Dabei werden die Vertragsparteien von der in Artikel 14 vorgesehenen globalen Bestandsaufnahme unterrichtet. Eine weitere Verschärfung der Beiträge ist gemäß A b s a t z 11 jederzeit – also auch während der 5-Jahres-Zyklen – möglich.

Gemäß dem Umsetzungsbeschluss der Vertragsstaatenkonferenz sollen die Länder, die bislang ein Ziel bis zum Jahr 2025 formuliert haben, im Jahr 2020 neue national festgelegte Beiträge vorlegen. Länder mit einem Ziel bis zum Jahr 2030 – wie die EU und ihre Mitgliedstaaten – sind aufgefordert, ihre national festgelegten Beiträge

erneut mitzuteilen oder zu aktualisieren und ab 2025 für die Zeit nach 2030 anspruchsvoller als der bisherige Beitrag fortzuschreiben. Die erste Vertragsstaatenkonferenz dieses Übereinkommens soll genauere gemeinsame Zeitrahmen für die zukünftigen national festgelegten Beiträge erarbeiten (Absatz 10).

Die übermittelten national festgelegten Beiträge werden gemäß Absatz 12 in einem öffentlichen Register gespeichert.

Nach Absatz 4 sollen die Industriestaaten ihre national festgelegten Beiträge als absolute gesamtwirtschaftliche Reduktionsziele formulieren. Die Entwicklungsländer sollen ihre Minderungsanstrengungen verstärken und werden ermutigt, mit der Zeit ebenfalls auf gesamtwirtschaftliche Emissionsreduktions- oder -begrenzungsziele überzugehen.

Die Absätze 5, 6 und 15 sprechen die besonderen Belange von Entwicklungsländern und deren Unterstützungsbedarf an.

Absatz 7 bestimmt, dass der Zusatznutzen für die Minderung, der sich aus den Anpassungsmaßnahmen und/oder Plänen zur wirtschaftlichen Diversifizierung der Vertragsparteien ergibt, zu den Minderungsergebnissen aufgrund dieses Artikels beitragen kann.

Absatz 8 legt fest, dass die Vertragsparteien zusammen mit ihren national festgelegten Beiträgen Informationen übermitteln, die deren Transparenz und Verständlichkeit sicherstellen. Die Vorschrift soll ermöglichen, dass die national festgelegten Beiträge miteinander verglichen und bewertet werden können. Die Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens soll die benötigten Informationen näher bestimmen (Paragraph 28 des Umsetzungsbeschlusses zum Übereinkommen).

Nach den Absätzen 13 und 14 müssen die Vertragsparteien über ihre national bestimmten Beiträge und Emissionen abrechnen. Dabei haben die Vertragsparteien Umweltintegrität, Transparenz, Genauigkeit, Vollständigkeit, Vergleichbarkeit und Konsistenz zu fördern und Doppelzählungen zu vermeiden. Die Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens soll hierzu nähere Leitlinien beschließen.

Die Absätze 16 bis 18 regeln Fälle, in denen Vertragsparteien einschließlich der Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration und ihrer Mitgliedstaaten vereinbart haben, bei der Festlegung und Erfüllung der Klimaschutzbeiträge gemeinsam zu handeln. Unter anderem müssen die beteiligten Vertragsparteien in diesen Fällen dem Sekretariat des Klimarahmenübereinkommens zum Zeitpunkt der Übermittlung ihrer national festgelegten Beiträge die entsprechende Vereinbarung, einschließlich des jeder beteiligten Vertragspartei zugeteilten Emissionsniveaus, mitteilen.

Absatz 19 fordert die Vertragsparteien dazu auf, langfristige Strategien für eine treibhausgasarme Entwicklung zu erarbeiten. Der Umsetzungsbeschluss zum Übereinkommen (Paragraph 36) lädt die Vertragsparteien dazu ein, dem Sekretariat bis zum Jahr 2020 solche Strategien für den Zeitraum bis zur Mitte dieses Jahrhunderts zu übermitteln. Das Sekretariat wird diese dann im Internet veröffentlichen.

Artikel 5

Maßnahmen zur Erhaltung von Wäldern und deren Wiederaufbau leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Dies erkennt Artikel 5 an und fordert die Vertragsparteien unter anderem auf, Maßnahmen zur Reduzierung der Entwaldung und Walddegradierung sowie zum Wiederaufbau und zur nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern und zur Stärkung ihrer CO_2-Speicherleistung – oft zusammengefasst unter der Bezeichnung „REDD+“ – fortzusetzen.

Artikel 6

Dieser Artikel bietet den Vertragsparteien verschiedene Möglichkeiten der Nutzung von Kooperationsmechanismen an. Sie können erstens Minderungsergebnisse unter bestimmten Voraussetzungen untereinander transferieren, um sie auf die Erreichung ihrer eigenen national festgelegten Beiträge anrechnen zu lassen (Absatz 2). Dabei müssen sie die nachhaltige Entwicklung fördern, die Umweltintegrität gewährleisten und insgesamt für Transparenz sorgen und Doppelzählungen vermeiden.

Zweitens können sie den durch Absatz 4 eingerichteten freiwilligen Mechanismus nutzen, der darauf abzielt, Treibhausgasemissionen zu senken und die nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Die erste Vertragsstaatenkonferenz dieses Übereinkommens soll hierzu Regeln, Modalitäten und Verfahren beschließen (Absatz 7).

Daneben wird in den Absätzen 8 und 9 auch die Bedeutung nicht marktbasierter Ansätze anerkannt.

Artikel 7

Die Anpassung erfährt in diesem Artikel eine wesentliche Stärkung gegenüber dem Klimarahmenübereinkommen und dem Protokoll von Kyoto.

Absatz 1 gibt als globales Anpassungsziel die Verbesserung der Anpassungsfähigkeit, die Stärkung der Widerstandsfähigkeit und die Verringerung der Anfälligkeit gegenüber Klimaänderungen vor. Absatz 2 unterstreicht die Schlüsselrolle der Anpassung und betont zugleich die speziellen Bedürfnisse besonders anfälliger Entwicklungsländer. Die Anpassungsbemühungen der Entwicklungsländer werden anerkannt (Absatz 3).

In Absatz 4 erkennen die Parteien den erheblichen Anpassungsbedarf und die möglicherweise erhöhten Anpassungskosten sowie den Zusammenhang zwischen dem Niveau der Minderungsbemühungen und dem der erforderlichen Anpassungsmaßnahmen an.

In den Absätzen 5 und 6 werden Grundsätze für die Anpassung aufgestellt: Dazu gehört, dass Anpassungsmaßnahmen von den Ländern ausgehen, geschlechtergerecht, partizipatorisch und vollständig transparent sein sollen, wobei besonders schutzbedürftige Gruppen, Gemeinschaften und Ökosysteme zu berücksichtigen sind. Die Parteien betonen die Bedeutung von Unterstützung und internationaler Zusammenarbeit sowie die notwendige Berücksichtigung der Bedürfnisse der Entwicklungsländer.

Gemäß Absatz 7 sollen die Vertragsparteien ihre Zusammenarbeit bei der Verstärkung der Anpassung unter Berücksichtigung des Anpassungsrahmens von Cancún

intensivieren. Die Organisationen der Vereinten Nationen werden ermutigt, die Bemühungen der Parteien zu unterstützen (Absatz 8).

Gemäß Absatz 9 befassen sich die Parteien mit Prozessen zur Planung der Anpassung und der Durchführung von Maßnahmen einschließlich der Ausarbeitung und Verbesserung von Plänen, Politiken oder Beiträgen. Als Beispiele werden unter anderem die Abschätzung der Auswirkungen des Klimawandels und der Anfälligkeit gegenüber Klimaänderungen genannt.

Die Absätze 10 bis 12 betreffen Anpassungsmitteilungen, in denen die Parteien ihre Prioritäten, ihren Durchführungs- und Unterstützungsbedarf sowie ihre Pläne und Maßnahmen darlegen sollen. Die Anpassungsmitteilungen werden in ein öffentliches Register eingetragen, das vom Sekretariat geführt wird.

Absatz 13 sieht vor, dass die Entwicklungsländer bei der Durchführung der Absätze 7, 9, 10 und 11 unterstützt werden.

Absatz 14 stellt einen Bezug zu der in Artikel 14 geregelten weltweiten Bestandsaufnahme her und konkretisiert deren Zielsetzungen hinsichtlich der Anpassung an den Klimawandel. Die weltweite Bestandsaufnahme soll insbesondere die Anpassungsbemühungen von Entwicklungsländern anerkennen, die Umsetzung auf der Grundlage der Anpassungsmitteilungen fördern, die Angemessenheit und die Wirksamkeit der Maßnahmen und der Unterstützungsleistungen sowie den allgemeinen Fortschritt bei der Erreichung des weltweiten Anpassungsziels (Absatz 1) überprüfen.

Artikel 8

Dieser Artikel betont, dass es wichtig ist, Verluste und Schäden durch Klimawandel („Loss and Damage“) abzuwehren, zu vermeiden und zu bewältigen. Insbesondere für die Inselstaaten und die besonders verletzlichen Entwicklungsländer war es ein Kernanliegen, dass dieses Thema im Übereinkommen von Paris ebenfalls thematisiert wird. Artikel 8 soll jedoch keine Grundlage für Haftungs- oder Schadensersatzansprüche sein (Paragraph 52 des Umsetzungsbeschlusses zum Übereinkommen). Vielmehr bestätigt die Vorschrift den bestehenden Internationalen Mechanismus von Warschau für Verluste und Schäden und unterstellt ihn der Weisungsbefugnis und Leitung der Vertragsstaatenkonferenz dieses Übereinkommens, die nunmehr auch für seine Verbesserung und Stärkung zuständig ist (Absatz 2).

Die Parteien sollen gemäß Absatz 3 Verständnis, Handeln und Unterstützung in Bezug auf Verluste und Schäden in kooperativer und fördernder Weise verbessern. Absatz 4 nennt – nicht abschließend – eine Vielzahl von Bereichen, auf die sich derartige Bemühungen erstrecken können. Dazu gehören etwa Frühwarnsysteme, Versicherungslösungen, Notfallvorsorge und Risikobewertung.

Artikel 9

Dieser Artikel regelt das Thema Klimafinanzierung.

Während Absatz 1 die schon nach dem Klimarahmenübereinkommen bestehenden Finanzierungspflichten der Industrienationen gegenüber Entwicklungsländern bekräftigt, ermuntert Absatz 2 die anderen Vertragsparteien zu freiwilliger Unterstützung.

Absatz 3 sieht demgegenüber die weltweite Mobilisierung finanzieller Mittel für den Klimaschutz aus verschiedenen Quellen als Teil einer Anstrengung aller und weist den Industrieländern dabei weiterhin eine Führungsrolle zu. Er stellt darüber hinaus klar, dass die bisherigen Bemühungen gesteigert werden sollen.

Im Umsetzungsbeschluss zum Übereinkommen (Paragraph 53) haben die Industrieländer ihr Versprechen, ab dem Jahr 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Entwicklungsländer aus einer weiten Vielfalt von Quellen zu mobilisieren, bestätigt und bis zum Jahr 2025 fortgeschrieben. Bis zum Jahr 2025 soll ein neues globales Mobilisierungsziel für die Zeit danach festgelegt werden, welches nicht unter dem alten Ziel liegen soll. Allerdings ist nicht festgelegt, dass hierfür ausschließlich die Industriestaaten verantwortlich sind.

Nach Absatz 4 soll durch die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel ein Gleichgewicht zwischen Anpassung und Minderung angestrebt werden, in Erwägung öffentlicher Finanzierung von Maßnahmen in besonders armen und verletzlichen Entwicklungsländern.

Die Industrieländer stellen gemäß Absatz 5 alle zwei Jahre als Anhaltspunkt dienende quantitative und qualitative Informationen über beabsichtigte Finanzierung und Mobilisierung nach den Absätzen 1 und 3 bereit. Die anderen Vertragsparteien, die Mittel zur Verfügung stellen, sollen freiwillig entsprechende Informationen übermitteln (ex-ante). Die Informationen der Industrieländer gehen auch in die weltweite Bestandsaufnahme nach Artikel 14 ein (Absatz 6).

Absatz 7 verpflichtet die Industrienationen schließlich auch dazu, alle zwei Jahre über die geleistete und die durch öffentliches Handeln mobilisierte Unterstützung für die Entwicklungsländer zu berichten (ex-post); andere Vertragsparteien werden ermutigt, dasselbe zu tun.

Der Finanzmechanismus des Klimarahmenübereinkommens gilt auch als Finanzmechanismus dieses Übereinkommens (Absatz 8).

Der Finanzmechanismus des Klimarahmenübereinkommens sowie andere Institutionen sollen sich um die Gewährleistung eines effizienten Zugangs zu finanziellen Mitteln durch vereinfachte Zusageverfahren bemühen und insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder und Inselstaaten dabei unterstützen (Absatz 9).

Artikel 10

Dieser Artikel bestätigt im Wesentlichen den bisherigen Mechanismus für Technologieentwicklung und -transfer und verstärkt die gemeinsamen Maßnahmen der Vertragsparteien in diesem Bereich. Es wird ein Technologierahmen geschaffen, der übergeordnete Leitlinien für die Arbeit des Technologiemechanismus vorgibt. Ziel ist die weltweite Beschleunigung, Förderung und Ermöglichung von Innovationen und der Zugang von Entwicklungsländern zu neuen Technologien zur Minderung der Emissionen und zur Anpassung an den Klimawandel.

Artikel 11

Dieser Artikel zielt zum einen darauf ab, die Kapazität und die Fähigkeit der Entwicklungsländer zur wirksamen Be-

wältigung der Klimaänderungen zu stärken; zum anderen sollen Entwicklung, Verbreitung und Anwendung von Technologie, der Zugang zu finanziellen Mitteln für den Klimaschutz, entsprechende Bildung, Ausbildung und öffentliches Bewusstsein sowie die transparente, rechtzeitige und genaue Weiterleitung von Informationen erleichtert werden (Absatz 1).

Artikel 12

Dieser Artikel sieht vor, dass die Vertragsparteien bei der Verbesserung der Bildung, der Ausbildung, des öffentlichen Bewusstseins, der Öffentlichkeitsbeteiligung und des öffentlichen Informationszugangs im Bereich des Klimawandels zusammenarbeiten.

Artikel 13

Dieser Artikel richtet einen gegenüber dem bisherigen System deutlich erweiterten gemeinsamen Transparenzrahmen ein, der das gegenseitige Vertrauen der Vertragsparteien stärken und die wirksame Umsetzung fördern soll (Absatz 1). Der Transparenzrahmen stützt sich auf die Transparenzregelungen aufgrund des Klimarahmenübereinkommens und wird diese verstärken (Absätze 3 und 4).

Artikel 13 unterscheidet genauer zwischen dem Rahmen für die Transparenz der Klimaschutzmaßnahmen und dem Rahmen für die Transparenz der Unterstützung. Der Rahmen für die Transparenz der Klimaschutzmaßnahmen soll unter anderem ermöglichen, die Fortschritte der Vertragsparteien beim Erreichen ihrer national festgelegten Beiträge und bei ihren Anpassungsmaßnahmen zu verfolgen (Absatz 5). Der Rahmen für die Transparenz der Unterstützung soll demgegenüber einen Überblick über die gewährte bzw. erhaltene finanzielle Unterstützung bieten (Absatz 6).

Die von den Staaten zu übermittelnden Informationen werden in den Absätzen 7 bis 10 näher spezifiziert. Die Absätze 11 und 12 legen fest, wie die technische Überprüfung dieser Informationen abläuft.

Artikel 14

Gemäß diesem Artikel wird alle fünf Jahre eine weltweite Bestandsaufnahme durchgeführt, um die gemeinsamen Fortschritte in Hinblick auf die Ziele des Übereinkommens zu bewerten – erstmalig im Jahr 2023. Die Ergebnisse dieser Bestandsaufnahme dienen zur Unterrichtung der Vertragsparteien bei der kontinuierlichen Fortführung und Verstärkung ihrer nationalen Klimapolitik, etwa bei der Erstellung des alle fünf Jahre zu übermittelnden national festgelegten Beitrags (Artikel 14 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 4 Absatz 9).

Artikel 15

Dieser Artikel errichtet einen Mechanismus zur Förderung und Einhaltung des Übereinkommens im Sinne einer Erfüllungskontrolle („compliance“). Der Mechanismus soll weder streitig noch strafend ausgerichtet sein.

Artikel 16

Gemäß Absatz 1 fungiert die Konferenz der Vertragsparteien des Klimarahmenübereinkommens zugleich als Vertragsstaatenkonferenz dieses Übereinkommens, wobei an der Beschlussfassung nur die Vertragsparteien dieses Übereinkommens mitwirken. Absatz 3 enthält eine Regelung zur Ersetzung von Mitgliedern des Präsidiums der Konferenz der Vertragsparteien, die Staaten vertreten, die nicht Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind.

Die Vertragsstaatenkonferenz dieses Übereinkommens hat die Aufgabe, die Durchführung des Übereinkommens zu überprüfen und die zur Durchführung notwendigen Beschlüsse zu fassen. Sie setzt die zur Durchführung dieses Übereinkommens erforderlichen Nebenorgane ein und erfüllt die sonstigen Aufgaben, die zur Durchführung des Übereinkommens notwendig sind (Absatz 4).

Vorbehaltlich einer anderslautenden einstimmigen Entscheidung der Vertragsstaatenkonferenz dieses Übereinkommens finden die Geschäftsordnung der Konferenz der Vertragsparteien des Klimarahmenübereinkommens und die dort geltende Finanzordnung entsprechende Anwendung (Absatz 5).

Nach Absatz 6 wird die erste Vertragsstaatenkonferenz dieses Übereinkommens gemeinsam mit der ersten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Klimarahmenübereinkommens stattfinden, die nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens gemäß Artikel 21 anberaumt wird. Sofern die Vertragsstaatenkonferenz dieses Übereinkommens keine abweichende Entscheidung trifft, finden auch die nachfolgenden ordentlichen Tagungen gemeinsam statt. Absatz 7 sieht zudem die Einberufung außerordentlicher Sitzungen vor.

Absatz 8 gibt den Vereinten Nationen, ihren Sonderorganisationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation sowie jedem Mitgliedstaat oder Beobachter bei einer solchen Organisation das Recht, als Beobachter auf den Tagungen der Vertragsstaatenkonferenz dieses Übereinkommens vertreten zu sein. Auf Antrag können auch alle sonstigen Stellen, die in den von diesem Übereinkommen erfassten Angelegenheiten fachlich befähigt sind, zur Teilnahme an der Tagung zugelassen werden.

Artikel 17

Dieser Artikel bestimmt, dass das Sekretariat des Klimarahmenübereinkommens mit Sitz in Bonn zugleich das Sekretariat des Übereinkommens von Paris ist.

Artikel 18

Dieser Artikel bestimmt, dass die nach den Artikeln 9 und 10 des Klimarahmenübereinkommens eingesetzten Nebenorgane für die Durchführung des Übereinkommens und für die wissenschaftlich-technologische Beratung auch als Nebenorgane dieses Übereinkommens dienen. Die Nebenorgane tagen in ihrer Funktion für das Klimarahmenübereinkommen und in ihrer Eigenschaft als Nebenorgane dieses Übereinkommens jeweils gemeinsam. Soweit die Nebenorgane als Organe dieses Übereinkommens tätig werden, sind nur dessen Parteien stimmberechtigt.

Artikel 19

Die durch das Klimarahmenübereinkommen oder in seinem Rahmen eingesetzten Nebenorgane oder anderen institutionellen Regelungen, die nicht in diesem Übereinkommen genannt sind, haben diesem Übereinkommen

gemäß Absatz 1 auf Beschluss der Vertragsstaatenkonferenz dieses Übereinkommens zu dienen. Die Vertragsstaatenkonferenz legt die zu erfüllenden Aufgaben fest (Absatz 1) und kann weitere Maßgaben erteilen (Absatz 2).

Artikel 20

Dieser Artikel betrifft die Unterzeichnung und Ratifikation, Annahme oder Genehmigung des Übereinkommens. Das Übereinkommen liegt vom 22. April 2016 bis zum 21. April 2017 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf. Danach steht es zum Beitritt offen (Absatz 1).

Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration wie die EU sind für sich genommen an alle Pflichten aus dem Übereinkommen gebunden. Sofern neben der Organisation auch einer oder mehrere ihrer Mitgliedstaaten Vertragspartei werden, haben die Mitgliedstaaten und die Organisation eine Zuständigkeitsteilung bezüglich der Erfüllung des Übereinkommens zu vereinbaren. Eine parallele Ausübung der Rechte aus dem Übereinkommen durch die Organisation und ihre Mitgliedstaaten ist ausgeschlossen (Absatz 2).

Die Organisation hat den Umfang ihrer Zuständigkeiten in Bezug auf die Erfüllung des Übereinkommens sowie diesbezügliche wesentliche Änderungen mitzuteilen (Absatz 3).

Artikel 21

Nach Absatz 1 tritt das Übereinkommen am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem mindestens 55 Vertragsparteien des Klimarahmenübereinkommens, die mindestens 55 Prozent der gesamten weltweiten Treibhausgasemissionen repräsentieren, das Übereinkommen ratifiziert haben. Der Anteil an den weltweiten Treibhausgasemissionen wird auf Grundlage der jeweils letzten von den Vertragsparteien übermittelten Informationen ermittelt (Absatz 2). Das Sekretariat des Klimarahmenübereinkommens hat diese Informationen und die entsprechenden Anteile an den Emissionen gemäß Paragraph 104 des Umsetzungsbeschlusses zum Übereinkommen auf seiner Internetseite veröffentlicht. Absatz 3 regelt das Inkrafttreten für Staaten und Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die das Übereinkommen nach diesem Zeitpunkt ratifizieren.

Artikel 22

Nach diesem Artikel ist bei Vertragsänderungen Artikel 15 des Klimarahmenübereinkommens sinngemäß anzuwenden.

Artikel 23

Gemäß diesem Artikel ist die Regelung des Artikels 16 des Klimarahmenübereinkommens zur Beschlussfassung über Anlagen und deren Änderung sinngemäß anzuwenden.

Artikel 24

Dieser Artikel erklärt den Streitbeilegungsmechanismus aus Artikel 14 des Klimarahmenübereinkommens für sinngemäß anwendbar.

Artikel 25

Nach diesem Artikel hat jede Vertragspartei eine Stimme. Die Anzahl der Stimmen von Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration wie der EU richtet sich nach der Zahl ihrer Mitgliedstaaten. Eine gleichzeitige Stimmabgabe durch eine solche Organisation und ihre Mitgliedstaaten ist ausgeschlossen.

Artikel 26

Dieser Artikel bestimmt den Generalsekretär der Vereinten Nationen zum Verwahrer des Übereinkommens.

Artikel 27

Nach diesem Artikel sind Vorbehalte zu dem Übereinkommen unzulässig.

Artikel 28

Dieser Artikel bestimmt, dass eine Vertragspartei nach Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten des Übereinkommens vom Vertrag zurücktreten kann. Der Rücktritt wird frühestens ein Jahr nach der Rücktrittserklärung wirksam.

Artikel 29

Gemäß diesem Artikel ist das Übereinkommen in den sechs Amtssprachen der Vereinten Nationen gleichermaßen verbindlich.

Anlage 1 zur Denkschrift

Tagung des Europäischen Rates (23./24. Oktober 2014) – Schlussfolgerungen

I. Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030

1. Es wurden erhebliche Fortschritte bei der Verwirklichung der EU-Ziele in den Bereichen Reduzierung der Treibhausgasemissionen, erneuerbare Energien und Energieeffizienz erzielt, die bis 2020 vollständig erreicht werden müssen. Auf der Grundlage der in den Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom März 2014 ermittelten Grundsätze hat sich der Europäische Rat heute auf den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 für die Europäische Union verständigt. Die EU wird demnach ihren Beitrag gemäß dem von den UNFCCC-Vertragsparteien in Warschau vereinbarten Zeitplan für den Abschluss eines globalen Klimaabkommens spätestens bis zum ersten Quartal 2015 vorlegen. Der Europäische Rat fordert alle Länder auf, rechtzeitig vor der 21. Konferenz der Vertragsparteien in Paris ehrgeizige Ziele und Strategien vorzulegen. Er wird nach der Konferenz in Paris auf diese Frage zurückkommen. Der Europäische Rat wird alle Aspekte des Rahmens fortdauernd prüfen und weiterhin gegebenenfalls strategische Leitlinien vorgeben, insbesondere was Konsens über vom EHS erfasste Sektoren, nicht unter das EHS fallende Sektoren, den Verbund und die Energieeffizienz anbelangt. Die Kommission wird auch in Zukunft einen regelmäßigen Dialog mit den Beteiligten führen.

THG-Emissionsreduktionsziel

2. Der Europäische Rat hat das verbindliche Ziel der EU gebilligt, die EU-internen Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40 % im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Hierzu gilt Folgendes:

2.1 Das Ziel wird von der EU gemeinsam in möglichst kostenwirksamer Weise erfüllt werden, wobei die vom Emissionshandelssystem (EHS) erfassten Sektoren und die nicht unter das EHS fallenden Sektoren eine Reduzierung um 43 % bzw. 30 % gegenüber 2005 erzielen müssen.

2.2 Alle Mitgliedstaaten werden sich an diesen Anstrengungen beteiligen, wobei Fairness- und Solidaritätsaspekte in ausgewogener Weise zu berücksichtigen sind.

Emissionshandelssystem der EU (EU-EHS)

2.3 Ein gut funktionierendes, reformiertes Emissionshandelssystem (EHS) mit einem Instrument zur Stabilisierung des Markts im Einklang mit dem Kommissionsvorschlag wird das wichtigste europäische Instrument zur Erreichung dieses Ziels darstellen; der jährliche Faktor, um den die Obergrenze für die maximal zulässigen Emissionen gesenkt wird, wird von 1,74 % auf 2,2 % für die Zeit ab 2021 angehoben.

2.4 Das System der kostenfreien Zuteilung von Emissionsrechten wird nicht außer Kraft treten; bestehende Maßnahmen werden auch nach 2020 weiter dazu dienen, der Gefahr einer Verlagerung von CO_2-Emissionen aufgrund der Klimapolitik vorzubeugen, solange in anderen führenden Wirtschaftsnationen keine vergleichbaren Anstrengungen unternommen werden; auf diese Weise sollen Sektoren, die Gefahr laufen, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen, in angemessenem Umfang unterstützt werden. Die Benchmarks für kostenfreie Zuteilungen werden im Einklang mit dem technologischen Fortschritt in den jeweiligen Industriesektoren regelmäßig überprüft. Sowohl die direkten als auch die indirekten CO_2-Kosten werden im Einklang mit den EU-Regeln für staatliche Beihilfen berücksichtigt, um auf diese Weise gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten. Zur Wahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sollten den effizientesten Anlagen in diesen Sektoren keine unangemessenen CO_2-Kosten entstehen, die zu Verlagerungen von CO_2-Emissionen führen würden. Künftige Zuteilungen werden stärker an das sich ändernde Produktionsniveau in verschiedenen Sektoren angepasst werden. Gleichzeitig werden die Innovationsanreize für die Industrie in vollem Umfang beibehalten und der Verwaltungsaufwand wird nicht erhöht. Das Anliegen, erschwingliche Energiepreise zu gewährleisten und Marktlagengewinne zu vermeiden, wird berücksichtigt.

2.5 In diesem Zusammenhang können sich Mitgliedstaaten mit einem Pro-Kopf-BIP unter 60 % des EU-Durchschnitts dafür entscheiden, dem Energiesektor bis 2030 weiterhin kostenlose Zertifikate zu gewähren. Die nach 2020 kostenfrei ausgegebene Höchstmenge sollte nicht mehr als 40 % der gemäß Nummer 2.9 zugeteilten Zertifikate betragen, die den Mitgliedstaaten, die diese Option nutzen, zur Versteigerung zugeteilt werden. Die derzeitigen Modalitäten, einschließlich Transparenz, sollten verbessert werden, um sicherzustellen, dass die Mittel zur Förderung von Realinvestitionen zur Modernisierung des Energiesektors genutzt werden, wobei Verzerrungen im Energiebinnenmarkt zu vermeiden sind.

2.6 Die bestehende NER300-Fazilität wird – auch für die CO_2-Abscheidung und Speicherung sowie für erneuerbare Energiequellen – verlängert, wobei ihr Anwendungsbereich auf CO_2-arme Innovationen in Industriesektoren ausgedehnt und ihre ursprüngliche Ausstattung auf 400 Millionen Zertifikate aufgestockt wird (NER400). Investitionsvorhaben in allen Mitgliedstaaten, einschließlich kleinerer Vorhaben, werden förderfähig sein.

2.7 Es wird eine neue Reserve von 2 % der EU-EHS-Zertifikate geschaffen, mit der besonders hohem zusätzlichen Investitionsbedarf in Mitgliedstaaten mit niedrigerem Einkommen (BIP pro Kopf[1] von weniger als

[1] Alle Bezugnahmen auf das BIP 2013 in EUR zu Marktpreisen.

60 % des EU-Durchschnitts) begegnet werden soll. Sie wird die folgenden Merkmale aufweisen:

– Die Erträge aus der Reserve werden zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Modernisierung der Energiesysteme dieser Mitgliedstaaten verwendet, damit ihre Bürger über sauberere, sichere und erschwingliche Energie verfügen.

– Die Verwendung der Mittel erfolgt in vollkommener Transparenz.

– Zertifikate aus der Reserve werden nach den gleichen Grundsätzen und Modalitäten wie andere Zertifikate versteigert.

– Die Reserve wird dazu dienen, einen Fonds einzurichten, der von den begünstigten Mitgliedstaaten unter Beteiligung der EIB an der Projektauswahl verwaltet wird. Für kleinere Vorhaben werden vereinfachte Regelungen gelten. Bis zum 31. Dezember 2030 erfolgt die Verteilung der Mittel auf der Grundlage der Kombination eines Anteils von 50 % der geprüften Emissionen und eines Anteils von 50 % der BIP-Kriterien; die Basis für die Projektauswahl wird jedoch Ende 2024 überprüft.

2.8 Im Interesse von Solidarität, Wachstum und Verbund werden 10 % der von den Mitgliedstaaten zu versteigernden EU-EHS-Zertifikate unter denjenigen Ländern aufgeteilt, deren BIP pro Kopf (im Jahr 2013) 90 % des EU-Durchschnitts nicht überstieg.

2.9 Die restlichen Zertifikate werden auf der Grundlage geprüfter Emissionen auf alle Mitgliedstaaten verteilt, ohne dass dabei der Anteil der Zertifikate für die Versteigerung verringert wird.

Nicht unter das EHS fallende Sektoren

2.10 Die Methode zur Festsetzung der nationalen Emissionsreduktionsziele für nicht unter das EHS fallende Sektoren – mit allen Elementen wie in der Lastenteilungsentscheidung für 2020 angewandt – wird bis 2030 beibehalten, wobei die Anstrengungen auf der Grundlage des relativen BIP pro Kopf verteilt werden. Alle Mitgliedstaaten werden zur allgemeinen Emissionsreduktion in der EU bis 2030 beitragen, wobei die Ziele in einem Bereich zwischen 0 % und –40 % gegenüber 2005 liegen.

2.11 Die Ziele für die Mitgliedstaaten mit einem BIP pro Kopf über dem EU-Durchschnitt werden im Verhältnis angepasst, um Kostenwirksamkeit in fairer und ausgewogener Weise widerzuspiegeln.

2.12 Die Verfügbarkeit und der Einsatz von bestehenden Flexibilitätsinstrumenten in den nicht unter das EHS fallenden Sektoren werden erheblich verbessert, um die Kostenwirksamkeit der gemeinsamen EU-Anstrengungen und die Konvergenz der Pro-Kopf-Emissionen bis 2030 sicherzustellen. Eine neue Flexibilität bei der Verwirklichung der Ziele – für Mitgliedstaaten, deren nationale Reduktionsziele erheblich über dem EU-Durchschnitt wie auch über ihrem kostenwirksamen Reduktionspotenzial liegen, sowie für Mitgliedstaaten, die im Jahr 2013 keine kostenfreie Zuteilung von Emissionsrechten für Industrieanlagen erhalten haben – wird durch eine vor 2020 zu beschließende begrenzte einmalige Kürzung der EU-EHS-Zertifikate geschaffen, wobei die Erwartungssicherheit und die ökologische Integrität erhalten bleiben.

2.13 Es ist wichtig, dass im Verkehrssektor die Treibhausgasemissionen und die Risiken in Verbindung mit der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringert werden. Der Europäische Rat ersucht die Kommission daher, auch nach 2020 weiter Instrumente und Maßnahmen für ein umfassendes und technologieneutrales Konzept zu prüfen, mit dem die Emissionsreduktion und die Energieeffizienz im Verkehrssektor, der Elektroverkehr und erneuerbare Energiequellen im Verkehrssektor gefördert werden. Der Europäische Rat ruft dazu auf, die Richtlinie zur Festlegung von Berechnungsverfahren und Berichterstattungspflichten gemäß der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Otto- und Dieselkraftstoffen rasch anzunehmen. Er erinnert ferner daran, dass die Mitgliedstaaten sich gemäß den geltenden Rechtsvorschriften dafür entscheiden können, den Verkehrssektor in das Emissionshandelssystem einzubeziehen.

2.14 Die vielfältigen Ziele im Bereich Landwirtschaft und Landnutzung, die durch ein geringeres Klimaschutzpotenzial gekennzeichnet sind, sowie die Tatsache, dass Kohärenz zwischen den Zielen der EU im Bereich der Ernährungssicherheit und des Klimaschutzes sicherzustellen ist, sollten anerkannt werden. Der Europäische Rat ersucht die Kommission zu prüfen, welches die geeignetsten Mittel sind, die nachhaltige Intensivierung der Lebensmittelerzeugung zu fördern und gleichzeitig den Beitrag dieses Sektors zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen und zur Bindung von Treibhausgasen, auch durch Aufforstung, zu optimieren. Eine Strategie dafür, wie Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft in den Rahmen für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 einzubeziehen sind, wird festgelegt, sobald die technischen Gegebenheiten dies zulassen, in jedem Fall aber vor 2020.

Erneuerbare Energiequellen und Energieeffizienz

3. Für den bis 2030 zu erreichenden Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch in der EU wird ein EU-Ziel von mindestens 27 % festgesetzt. Dieses Ziel wird auf EU-Ebene verbindlich sein. Es wird durch Beiträge der Mitgliedstaaten erfüllt werden, die von der Notwendigkeit geleitet werden, das EU-Ziel gemeinsam zu erreichen, ohne dass die Mitgliedstaaten daran gehindert werden, eigene ehrgeizigere nationale Ziele festzulegen und in Einklang mit den Regeln für staatliche Beihilfen zu unterstützen, wobei auch dem Ausmaß ihrer Integration in den Energiebinnenmarkt Rechnung getragen wird. Die Einspeisung von immer mehr Energie aus intermittierenden erneuerbaren Quellen erfordert einen stärker vernetzten Energiebinnenmarkt und geeignete Reservekapazitäten, wobei die Koordinierung erforderlichenfalls auf regionaler Ebene erfolgen sollte.

Zur Verbesserung der Energieeffizienz bis 2030 gegenüber dem auf der Basis der derzeitigen Kriterien prognostizierten künftigen Energieverbrauch wird auf EU-Ebene ein indikatives Ziel von mindestens 27 % vorgegeben. Das Ziel wird in kostenwirksamer Weise erreicht und es wird die Wirksamkeit des EU-EHS im Hinblick auf einen Beitrag zur Erreichung der allgemeinen Klimaziele voll und ganz achten. Dies wird bis 2020 mit Blick auf ein EU-Niveau von 30 % überprüft. Die Kommission wird vorrangige Sektoren vorschlagen, in denen beträchtliche Energieeffizienzgewinne erlangt werden können, und Maßnahmen empfehlen, wie dieses Ziel auf EU-Ebene zu erreichen ist, wobei die EU und die Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen im Regulierungs- und im Finanzbereich auf diese Sektoren konzentrieren.

Diese Ziele werden unter vollständiger Achtung der Freiheit der Mitgliedstaaten zur Festlegung ihres Energiemixes erreicht. Aus den Zielen werden keine national verbindlichen Ziele abgeleitet. Den einzelnen Mitgliedstaaten steht es frei, eigene höhere nationale Ziele festzulegen.

Schaffung eines voll funktionsfähigen und vernetzten Energiebinnenmarkts

4. Der Europäische Rat stellt fest, dass einem voll funktionsfähigen und vernetzten Energiebinnenmarkt grundlegende Bedeutung zukommt. Unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen vom März 2014 zur Vollendung des Energiebinnenmarkts

betont der Europäische Rat, dass alle Kräfte mobilisiert werden müssen, damit dieses Ziel vordringlich erreicht werden kann. Eine vorrangige Aufgabe für die Zeit nach 2020 besteht weiterhin darin, eine unzureichende Verbindung von Mitgliedstaaten an die europäischen Gas- und Stromnetze zu verhindern und einen Synchronverbund der Mitgliedstaaten innerhalb der kontinentaleuropäischen Netze sicherzustellen, wie es in der Europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit vorgesehen ist. In diesem Zusammenhang beschließt der Europäische Rat Folgendes:

– Die Europäische Kommission wird mit Unterstützung der Mitgliedstaaten vordringliche Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass das 10%-Mindestziel für den aktuellen Stromverbund vordringlich erreicht wird, und zwar spätestens 2020 zumindest für diejenigen Mitgliedstaaten, die noch kein Mindestniveau der Integration in den Energiebinnenmarkt erreicht haben, also die baltischen Staaten, Portugal und Spanien, und für Mitgliedstaaten, die deren wichtigsten Zugangspunkt zum Energiebinnenmarkt bilden. Die Kommission wird die Fortschritte überwachen und dem Europäischen Rat über alle möglichen Finanzierungsquellen Bericht erstatten, unter anderem über die Möglichkeiten einer EU-Finanzierung, um sicherzustellen, dass das 10%-Ziel erreicht wird. Vor diesem Hintergrund ersucht der Europäische Rat die Kommission, gegebenenfalls Vorschläge, einschließlich zur Finanzierung, im Rahmen der einschlägigen Instrumente des mehrjährigen Finanzrahmens vorzulegen. Unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom März bzw. Juni, in denen das Erfordernis einer umfassenden Beteiligung aller Mitgliedstaaten am Energiebinnenmarkt hervorgehoben wurde, wird die Kommission ferner dem Europäischen Rat regelmäßig Bericht erstatten mit dem Ziel, bis 2030 ein Verbundziel von 15 % zu erreichen, wie dies von der Kommission vorgeschlagen wird. Beide Ziele werden im Wege der Durchführung von Vorhaben von gemeinsamem Interesse erreicht werden.

– Die Mitgliedstaaten und die Kommission werden die Durchführung der Vorhaben von gemeinsamem Interesse, einschließlich der in der Europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit dargelegten Vorhaben, erleichtern, die insbesondere die baltischen Staaten, Spanien und Portugal an den übrigen Energiebinnenmarkt anbinden, und sicherstellen, dass sie höchste Priorität haben und bis 2020 abgeschlossen sind. Besondere Aufmerksamkeit wird abgelegenen und/oder weniger gut angebundenen Binnenmarktgebieten wie Malta, Zypern und Griechenland gewidmet. In diesem Zusammenhang begrüßt der Europäische Rat – als ersten Schritt – die kürzlich vorgestellte gemeinsame Strategie der Übertragungsnetzbetreiber für den Ausbau der Anbindung der Iberischen Halbinsel an den Elektrizitätsbinnenmarkt, einschließlich konkreter Projekte zur Erhöhung der Kapazität. Der Europäische Rat fordert die Umsetzung dieser Strategie und ermuntert die Übertragungsnetzbetreiber und Regulierungsbehörden, die einschlägigen Projekte in die kommenden Zehnjahresnetzausbaupläne aufzunehmen.

– Sofern die Durchführung dieser Projekte nicht ausreicht, um das Ziel von 10 % zu erreichen, werden neue Projekte benannt, die vorrangig in die kommende Überprüfung der Liste mit Vorhaben von gemeinsamem Interesse aufgenommen und rasch durchgeführt werden. Für diese Vorhaben sollte eine Kofinanzierung durch die EU bereitgestellt werden. Die Kommission wird ersucht, vor der Tagung des Europäischen Rates im März 2015 eine Mitteilung darüber vorzulegen, welches Vorgehen am besten geeignet ist, um das vorgenannte Ziel wirksam zu erreichen.

Energieversorgungssicherheit

5. Der Europäische Rat hat unter Hinweis auf seine Schlussfolgerungen vom Juni 2014 weitere Maßnahmen zur Verringerung der Energieabhängigkeit der EU und zur Erhöhung ihrer Energieversorgungssicherheit sowohl in Bezug auf Strom als auch Gas gebilligt. Eine Mäßigung der Energienachfrage durch eine verbesserte Energieeffizienz wird ebenfalls zur Verwirklichung dieses Ziels beitragen. Der Europäische Rat nimmt den Bericht des Vorsitzes über die Energieversorgungssicherheit[1] zur Kenntnis. Er begrüßt den Bericht der Kommission über Sofortmaßnahmen, mit denen die Widerstandsfähigkeit der EU im Falle einer größeren Versorgungsstörung im kommenden Winter gestärkt werden soll. Dieser Bericht vermittelt ein vollständiges Bild von der Robustheit des Energiesystems in Europa (Durchführung von Stresstests). In diesem Zusammenhang begrüßt der Europäische Rat die Beiträge aller Mitgliedstaaten, der wichtigsten Akteure im Energiebereich sowie von Nachbarländern und Partnern. Ferner erkennt der Europäische Rat an, dass die Energieversorgungssicherheit der EU durch die Nutzung heimischer Quellen sowie den Rückgriff auf sichere und nachhaltige CO_2-arme Technologien verbessert werden kann.

Der Europäische Rat hat sich auf Folgendes verständigt:

– Es werden kritische Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Gassektor wie der Nord-Süd-Korridor, der südliche Gaskorridor und die Förderung eines neuen Gashubs in Südeuropa sowie die grundlegenden Infrastrukturvorhaben zur Erhöhung der Energieversorgungssicherheit Finnlands und der baltischen Staaten durchgeführt, um eine Diversifizierung der Energielieferanten und -versorgungswege und das Funktionieren des Marktes zu gewährleisten.

– Die Vorkehrungen für eine bessere Nutzung der Regasifizierungs- und Speicherkapazitäten im Gassystem werden verbessert, um Notfallsituationen besser bewältigen zu können.

– Die Kommission wird ersucht, dass sie ihre Unterstützung intensiviert, um eine bessere Koordinierung der Anstrengungen zur Fertigstellung der kritischen Vorhaben von gemeinsamem Interesse zu gewährleisten, und dass sie gezielte Maßnahmen entwickelt, wie etwa technische Beratung oder die Einsetzung von multilateralen Arbeitsgruppen zu bestimmten Verbindungsleitungen mit den betroffenen Mitgliedstaaten, damit die Durchführungsprobleme rasch gelöst werden können.

– Die nationalen Verwaltungsverfahren werden gemäß den Leitlinien der Kommission gestrafft und es wird eine Politik weiterentwickelt, die auf den Schutz kritischer Energieinfrastrukturen – einschließlich vor IKT-Risiken – abstellt.

– Zur Stärkung der Verhandlungsposition der EU in den Verhandlungen im Energiesektor wird der Beschluss zur Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Energieabkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern umfassend genutzt, insbesondere in Bezug auf Standardbestimmungen und die Unterstützung durch die Kommission bei den Verhandlungen.

– Die Mitgliedstaaten und die beteiligten Unternehmen werden angehalten, der Kommission relevante Informationen zukommen zu lassen und während der gesamten Verhandlungen deren Unterstützung einzuholen, auch in Bezug auf die Ex-ante-Bewertung der Frage, ob die zwischenstaatlichen Abkommen mit den Rechtsvorschriften der EU und ihren Prioritäten im Bereich Energieversorgungssicherheit vereinbar sind.

– Angesichts der Sorge um die Sicherheit der Energieversorgung der EU wird die Energiegemeinschaft, in deren Rahmen der EU-Besitzstand im Energiebereich auf die Erweiterungs- und die Nachbarschaftsländer ausgedehnt werden soll, weiter gestärkt.

[1] Dok. 13788/14

– Die außenpolitischen Instrumente der EU und der Mitgliedstaaten werden genutzt, um insbesondere gegenüber strategischen Partnern und den wichtigsten Energielieferanten kohärente Aussagen zu Fragen der Energieversorgungssicherheit zu treffen.

Der Europäische Rat wird 2015 auf das Problem der Energieversorgungssicherheit zurückkommen und die Fortschritte bewerten.

Governance

6. Der Europäische Rat ist übereingekommen, dass ein zuverlässiges und transparentes Governance-System ohne unnötigen Verwaltungsaufwand zu entwickeln ist, das dazu beiträgt, dass die EU ihre energiepolitischen Ziele erreicht, wobei den Mitgliedstaaten die notwendige Flexibilität einzuräumen und ihre Freiheit zur Festlegung ihres Energiemixes uneingeschränkt zu achten ist. Dieses Governance-System wird

6.1 sich auf die vorhandenen Bausteine wie die nationalen Klimaprogramme und die nationalen Pläne für erneuerbare Energien und Energieeffizienz stützen. Gesonderte Planungs- und Berichterstattungsbereiche werden gestrafft und zusammengeführt;

6.2 die Rolle und die Rechte der Verbraucher stärken sowie die Transparenz und Erwartungssicherheit für Investoren unter anderem durch eine systematische Überwachung der Schlüsselindikatoren für ein erschwingliches, wettbewerbsfähiges, sicheres und nachhaltiges Energiesystem erhöhen;

6.3 die Koordinierung der nationalen Energiepolitiken erleichtern und die regionale Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten fördern.

Der Europäische Rat verweist auf die in seiner strategischen Agenda festgelegte Zielvorgabe, eine Energieunion mit dem Ziel erschwinglicher, sicherer und nachhaltiger Energie zu errichten; er wird die Verwirklichung dieser Zielvorgabe regelmäßig überprüfen.

II. Wirtschaftliche Aspekte

[…]*

---

* Nicht abgedruckt.

Anlage 2 zur Denkschrift

Vorlage Lettlands und der Europäischen Kommission
im Namen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten

Riga, den 6. März 2015

Beabsichtigte nationale Beiträge der EU und ihrer Mitgliedstaaten

Einleitung

1. Die EU und ihre 28 Mitgliedstaaten verpflichten sich uneingeschränkt dem UNFCCC-Verhandlungsprozess mit dem Ziel, auf der Konferenz von Paris im Dezember 2015 im Einklang mit dem Zwei-Grad-Ziel eine globale, rechtsverbindliche und für alle Vertragsparteien geltende Übereinkunft zu treffen.

Beabsichtigte nationale Beiträge (intended nationally determined contributions – INDC) der EU und ihrer Mitgliedstaaten

2. Auf der Konferenz von Lima wurde der Beschluss von Warschau bestätigt, dass alle Parteien, die dazu bereit sind, ihre INDC im ersten Quartal 2015 in einer Weise bekanntgeben sollten, die der Klarheit, der Transparenz und dem Verständnis der INDC förderlich ist.
3. Die EU und ihre Mitgliedstaaten möchten die folgenden INDC bekanntgeben. Die EU und ihre Mitgliedstaaten verpflichten sich, wie in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Oktober 2014 dargelegt, dem gemeinschaftlich zu erreichenden **verbindlichen Ziel, die EU-internen Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40 % im Vergleich zu 1990 zu reduzieren**. Gemäß dem Klima-Aktionsplan von Lima, insbesondere dessen Nummer 14, werden hiermit die folgenden quantifizierbaren Informationen vorgelegt:

Anlage

Beabsichtigte nationale Beiträge der EU und ihrer Mitgliedstaaten	
Parteien	Die EU und ihre Mitgliedstaaten (Belgien, Bulgarien, Kroatien, die Tschechische Republik, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, die Slowakei, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich), die gemeinsam handeln
Art	Absolute Emissionsminderung gemessen an Werten des Basisjahres.
Erfassungsbereich	Gesamtwirtschaftliche absolute Emissionsminderung gemessen an Werten des Basisjahres
Geltungsbereich	Alle nicht durch das Montrealer Protokoll geregelten Treibhausgase: Kohlendioxid (CO_2) ► Methan (CH_4) ► Distickstoffoxid (N_2O) ► Teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW/HFC) ► Perfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKW/PFC) ► Schwefelhexafluorid (SF_6) ► Stickstofftrifluorid (NF_3)
Basisjahr	1990.
Zeitraum	1. Januar 2021 – 31. Dezember 2030.
Reduktionsziel	Minderung der EU-internen Treibhausgasemissionen um mindestens 40 % bis 2030.
Emissionserfassung (in %)	100 %
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und sonstige Formen der Landnutzung	Eine Strategie dafür, wie Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft in den Rahmen für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 einzubeziehen sind, wird festgelegt, sobald die technischen Gegebenheiten dies zulassen, in jedem Fall aber vor 2020.
Nettobeitrag internationaler marktbasierter Mechanismen	Kein Beitrag in Form internationaler Gutschriften.
Planungsprozess	Bereits für das Klima- und Energiepaket 2020 gültige nationale rechtsverbindliche Vorschriften. Die bestehenden Rechtsvorschriften für Landnutzungen, Landnutzungsänderungen und forstwirtschaftliche Maßnahmen (Beschluss Nr. 529/2013/EU) basieren auf den bestehenden Anrechnungsvorschriften ab dem zweiten Verpflichtungszeitraum im Rahmen des Kyoto-Protokolls. Gesetzgebungsvorschläge zur Durchführung des Rahmens für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 sowohl im Emissionshandelssektor als auch außerhalb dieses Sektors, die die Europäische Kommission dem Rat und dem Europäischen Parlament im Zeitraum 2015 – 2016 auf Grundlage der allgemeinen politischen Vorgaben des Europäischen Rates und unter Berücksichtigung der Umweltwirksamkeit vorzulegen hat.
Fair und ambitioniert	Das Ziel geht wesentlich über die derzeitige Verpflichtung zu einer Emissionsminderung um 20 % bis 2020 im Vergleich zu 1990 (einschließlich der Verwendung von Ausgleichszertifikaten) hinaus. Es steht im Einklang mit dem Ziel der EU, ihre Emissionen im Rahmen der nach Ansicht der IPCC erforderlichen Reduzierungen durch die Gruppe der Industrieländer bis 2050 um 80 bis 95 % gegenüber dem Niveau von 1990 zu verringern. Außerdem entspricht es dem Erfordernis, die weltweiten Emissionen bis 2050 im Vergleich zu 1990 mindestens zu halbieren. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben ihre Emissionen bereits um rund 19 % im Vergleich zu den Werten von 1990 verringert, während das BIP im selben Zeitraum um über 44 % gestiegen ist. Infolgedessen sind die durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen in der gesamten EU und ihren Mitgliedstaaten von 12 Tonnen CO_2-Äquivalenten im Jahr 1990 auf 9 Tonnen CO_2-Äquivalente im Jahr 2012 gesunken, und für das Jahr 2030 wird ein weiteres Absinken auf rund 6 Tonnen CO_2-Äquivalente prognostiziert. Die Emissionen waren in der EU und ihren Mitgliedstaaten 1979 auf ihrem höchsten Stand.
Eckdaten	
Angewandte Metrik	Erderwärmungspotenzial innerhalb einer Zeitspanne von 100 Jahren (entsprechend dem Vierten IPCC-Sachstandsbericht).
Methoden für die Emissionsschätzung	IPCC-Leitlinien 2006 und IPCC-KP-Ergänzung 2013.

Eckdaten	
Verfahren für die Anrechnung der Emissionen aus Landwirtschaft, Forstwirtschaft und anderen Formen der Landnutzung	Umfassender Rahmen (tätigkeits- oder flächenbasierter Ansatz) für die Anrechnung von Emissionen (Quellen und Senken) aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft
Erfassung	
Sektoren/Quellenkategorien	▶ Energie ○ Verbrennung von Brennstoffen ◆ Energiewirtschaft ◆ Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe ◆ Verkehr ◆ Andere Sektoren ◆ Andere ○ Flüchtige Emissionen aus Brennstoffen ◆ Feste Brennstoffe ◆ Öl und Erdgas und sonstige Emissionen aus der Energieerzeugung ○ Transport und Speicherung von CO_2 ▶ Industrielle Verfahren und Verwendung von Erzeugnissen ○ Mineralverarbeitende Industrie ○ Chemische Industrie ○ Metallindustrie ○ Nicht der Energiewirtschaft zuzurechnende Erzeugnisse aus der Verwendung von Brennstoffen und Lösungsmitteln ○ Elektronikindustrie ○ Ersatzstoffe für ozonabbauende Stoffe (ODS) ○ Fertigung und Verwendung anderer Erzeugnisse ○ Andere ▶ Landwirtschaft ○ Enterische Fermentation ○ Düngewirtschaft ○ Reisanbau ○ Landwirtschaftlich genutzte Böden ○ Traditionelles Abbrennen von Grasland ○ Offene Verbrennung landwirtschaftlicher Rückstände ○ Kalkdüngung ○ Harnstoffaufbringung ○ Sonstige kohlenstoffhaltige Düngemittel ○ Andere ▶ Abfallwirtschaft ○ Entsorgung fester Abfälle ○ Biologische Behandlung fester Abfälle ○ Abfallverbrennung und offene Verbrennung von Abfall ○ Abwasserbehandlung und -ableitung ○ Andere ▶ Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft gemäß dem Beschluss Nr. 529/2013/EU ○ Aufforstung, Wiederaufforstung ○ Entwaldung ○ Waldbewirtschaftung ○ Ackerbewirtschaftung ○ Weidebewirtschaftung ○ Oder eine gleichwertige flächenbezogene Berechnung nach den UNFCCC-Kategorien für die Berichterstattung ○ Von der EU und ihren Mitgliedstaaten als Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls und seiner Doha-Änderung gewählte andere Kategorien/Tätigkeiten

Folgemaßnahmen

4. Die EU und ihre Mitgliedstaaten fordern alle anderen Vertragsparteien, insbesondere die führenden Volkswirtschaften, nachdrücklich auf, ihre INDC ebenfalls bis Ende März 2015 in einer Weise bekanntzugeben, die der Transparenz, der Klarheit und dem Verständnis förderlich ist.
5. Die EU und ihre Mitgliedstaaten bitten das Sekretariat des UNFCCC, die INDC der EU und ihrer Mitgliedstaaten auf seiner Website zu veröffentlichen und sie bei der Erstellung des Syntheseberichts über die Gesamtwirkung der von den Vertragsparteien bekanntgegebenen INDC zu berücksichtigen.
6. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sehen erwartungsvoll der Erörterung mit den anderen Vertragsparteien entgegen in Bezug auf die Fairness und die Ambition der INDC vor dem Hintergrund des Zwei-Grad-Ziels, deren Gesamtbeitrag zu diesem Ziel und der Möglichkeiten, wie sich die Ambition gemeinschaftlich weiter steigern lässt.

Anlage 2

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gem. § 6 Abs. 1 NKRG

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015 (NKR-Nr. 3761)

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf des oben genannten Regelungsvorhabens geprüft.

I. Zusammenfassung

Bürgerinnen und Bürger	Keine Auswirkungen
Wirtschaft	Keine Auswirkungen
Verwaltung	Keine Auswirkungen
Weitere Kosten	Keine weiteren Kosten
Der NKR erhebt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Einwände gegen die Darstellungen der Gesetzesfolgen im vorliegenden Regelungsvorhaben. Nach der Ratifikation des Übereinkommens werden Umsetzungspflichten mit Kostenfolgen in den Mitgliedstaaten durch einen EU-Legislativakt begründet. Für diesen Legislativakt wird ein Impact Assessment über die Kostenfolgen vorgelegt. Der Nationale Normenkontrollrat hält es für erforderlich, dass das BMUB darauf hinwirkt, dass die Europäische Kommission die Kosten für Deutschland auch separat ausweist oder die Kalkulationsgrundlagen so anlegt, dass die Kosten auf die Ebene der Mitgliedstaaten heruntergebrochen werden können.	

Im Einzelnen

Mit dem Regelungsvorhaben soll das Übereinkommen vom Paris vom 12. Dezember 2015 ratifiziert werden.

Inhalt des Übereinkommens ist im Wesentlichen:

als Ziele:

- den Anstieg der durchschnittlichen Erderwärmung auf unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau zu halten
- oder sogar auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen,
- die Anpassungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimaänderungen zu erhöhen,
- Finanzmittelflüsse im Einklang mit einer gegenüber Treibhausgasen emissionsarmen und gegenüber Klimaänderungen widerstandsfähigen Entwicklung zu bringen,
- Treibhausgasneutralität (ausgedrückt als „ein Gleichgewicht für anthropogene Emissionen von Treibhausgasen im Verhältnis zum Abbau dieser Gase“) in der 2. Hälfte des Jahrhunderts zu erzielen,

als Maßnahmen:

- Alle Vertragsparteien (egal ob Industriestaaten oder Entwicklungsländer) sollen ihre Klimaschutzziele national festlegen, übermitteln und einhalten,
- Vertragsparteien sollen alle Anstrengungen unternehmen, damit Ziele des Übereinkommens erreicht werden können,
- der Erhalt und Wiederaufbau von Wäldern soll erreicht werden,
- Vertragsstaaten können Kooperationen schließen, Minderungsergebnisse können bspw. transferiert werden. Regeln und Verfahren sollen in der ersten Vertragsstaatenkonferenz abgestimmt werden.

- Die im Klimarahmenübereinkommen bestehenden Finanzierungspflichten der Industriestaaten gegenüber Entwicklungsländern werden bekräftigt, um letztere bei ihren Minderungspflichten und Anpassungsfähigkeiten zu unterstützen.

  (Hierfür hatten die Industrieländer auf dem UN-Klimagipfel in Kopenhagen im Jahr 2009 versprochen, bis zum Jahr 2020 jährlich 100 Mrd. US-Dollar für Entwicklungsländer zu mobilisieren. Dies wird bis zum Jahr 2025 fortgeschrieben, dann soll ein neues, höheres Mobilisierungsziel festgeschrieben werden.)

Weiterer Inhalt des Übereinkommens ist u. a.:

- alle fünf Jahre haben die Vertragsparteien neue nationale Beiträge zu übermitteln, die ambitionierter ausfallen sollen als die vorherigen,
- die übermittelten Klimaschutzziele werden in einem öffentlichen Register gespeichert,
- ein gemeinsames Transparenzsystem für alle Staaten – Berichte aller Staaten werden einer technischen Experten-Überprüfung unterzogen und anschließend einer multilateralen Betrachtung durch andere Staaten unterzogen (Richtlinien werden in den nächsten Jahren erarbeitet)

Da nach der Ratifikation die Mitgliedstaaten der EU auch darzulegen hätten, in welchem Maße sie zu dem EU-Minderungsziel beitragen, soll die Hinterlegung der deutschen Ratifikationsurkunde erst dann erfolgen, wenn auch die EU und die Mitgliedstaaten ihre jeweiligen Urkunden hinterlegen können. Aus Sicht des Ressorts soll dies Klarheit über die Verteilung des EU-Klimaziels herstellen, welches bereits vor dem Übereinkommen von Paris verabredet wurde. Im Oktober 2014 hatte der Europäische Rat den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis zum Jahr 2030 abgesteckt, darunter eine Senkung der EU-internen Treibhausgasemissionen um mindestens 40 %, einen Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch von mindestens 27 % sowie eine Steigerung der Energieeffizienz in gleicher Höhe beschlossen (vergleiche ECO 169/14 sowie COM(2016) 110 final).

Voraussichtlich im Juli 2016 wird daher die Europäische Kommission einen Entwurf eines Beschlusses nach Art. 288 AEUV vorlegen, der Vorschläge für die Aufteilung des EU-Minderungsziels enthält.

1. <u>Erfüllungsaufwand</u>

Das Ressort hat die Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand nachvollziehbar in den Ausführungen zum Gesetzentwurf dargestellt.

Für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung fällt durch das Regelungsvorhaben kein Erfüllungsaufwand an.

2. <u>Weitere Kosten</u>

Das Umsetzungsgesetz des Übereinkommens von Paris führt zu keinen weiteren Kosten.

Nach der Ratifikation des Übereinkommens werden Umsetzungspflichten mit Kostenfolgen in den Mitgliedstaaten durch einen EU-Legislativakt begründet. Für diesen Legislativakt wird ein Impact Assessment über die Kostenfolgen vorgelegt. Der Nationale Normenkontrollrat hält es für erforderlich, dass das BMUB darauf hinwirkt, dass die Europäische Kommission die Kosten für Deutschland auch separat ausweist oder die Kalkulationsgrundlagen so anlegt, dass die Kosten auf die Ebene der Mitgliedstaaten heruntergebrochen werden können.

Der NKR erhebt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Einwände gegen die Darstellungen der Gesetzesfolgen im vorliegenden Regelungsvorhaben.

Dr. Ludewig Vorsitzender	Prof. Dr. Versteyl Berichterstatterin

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333